



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 31. März 2021

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand
31. Dezember 2020
BT-Drucksache 19/26863**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2020

BT-Drucksache 19/26863

Vorbemerkung der Fragesteller:

Asylstatistiken beinhalten zumeist nur Zugangs-, Antrags- und Anerkennungs- bzw. Ablehnungsdaten. Zahlen zu aktuell in Deutschland lebenden anerkannten, abgelehnten oder (noch) nicht anerkannten Geflüchteten und genauere Angaben zu ihrem aufenthaltsrechtlichen Status sind hingegen schwerer verfügbar, weshalb die Fraktion DIE LINKE. sie seit dem Jahr 2008 regelmäßig erfragt (vgl. Bundestagsdrucksache 16/8321 und zuletzt Bundestagsdrucksache 19/22457).

Am 2. November 2017 stellte auch das Statistische Bundesamt erstmalig ein ausführliches Zahlenwerk zu in Deutschland lebenden „Schutzsuchenden“ auf der Datengrundlage des Ausländerzentralregisters (AZR) vor (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/11/PD17_387_12521.html). Als „Schutzsuchende“ gelten demnach anerkannte Flüchtlinge genauso wie z. B. Asylsuchende, entscheidend ist bei dieser statistischen Erhebung die „Berufung auf humanitäre Gründe“. Bei vielen Kategorien humanitärer Aufenthaltstitel hat das Bundesamt deshalb zusätzlich untersucht, inwieweit die Personen eine „Asylhistorie“ aufweisen. Sogenannte „Visa-Overstayers“ (ohne Asylantragstellung) fallen damit aus dieser Statistik heraus, selbst wenn sie später einen humanitären Aufenthaltstitel erhalten. Die Gesamtzahl der Geflüchteten auf Basis der Anfragen der Fraktion DIE LINKE. wird aufgrund des aktuellen Status der hier lebenden Personen nach Angaben des AZR ermittelt, wobei auch hier nicht nur anerkannte Flüchtlinge, sondern auch Asylsuchende, Geduldete und Geflüchtete mit einem humanitären Status berücksichtigt werden. Trotz dieser Erfassungsunterschiede im Detail entspricht die vom Statistischen Bundesamt ermittelte Gesamtzahl in etwa der Summe, die sich aufgrund der Anfragen der Fraktion DIE LINKE. errechnen lässt. Für Ende 2018 nannte das Statistische Bundesamt eine Zahl von insgesamt knapp 1,8 Millionen Schutzsuchenden in Deutschland (<https://www.tagesschau.de/inland/schutzsuchende-deutschland-103.html>); aus der Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/8258 ließ sich ebenso eine Gesamtzahl von knapp 1,8 Millionen Geflüchteten errechnen. Für Ende 2019 ergibt sich aus beiden Quellen erneut die Zahl von etwa 1,8 Millionen Geflüchteten in Deutschland, davon knapp 1,4 Millionen mit einem Schutzstatus (vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_274_12521.html und Bundestagsdrucksache 19/19333).

Von 1997 bis 2011 war die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Geflüchteten mit unterschiedlichen Aufenthaltsstatus von über eine Million auf unter 400 000 gesunken. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge hatte sich von über 200 000 im Jahr 1997 auf 113 000 im Jahr 2011 reduziert, vor allem infolge zehntausender Asyl-Widerrufe, aber auch durch Einbürgerungen und Ausreisen. Seit 2012 steigt die Gesamtzahl hier lebender Geflüchteter wieder an, vor allem Schutzsuchende aus Syrien sorgten für einen deutlichen Anstieg der Zahl anerkannter Flüchtlinge auf insgesamt etwa 750 000 Ende 2019. Zudem hatten 350 000 Geflüchtete, viele aus Syrien, einen sogenannten subsidiären Schutzstatus. Über 110 000 Menschen, mehrheitlich aus Afghanistan, lebten Ende 2019 mit nationalem Abschiebungsschutz in Deutschland (alle Angaben, auch im Folgenden, aus: Bundestagsdrucksache 19/19333).

Etwa 66 500 Personen verfügten Ende 2019 über eine Aufenthaltserlaubnis infolge von Bleiberechts- oder Aufnahmeregelungen (§ 22, § 23 Absatz 1, § 104a, § 18a und § 25a und b AufenthG), gut 56 000 wegen langjährigen Aufenthalts und unzumutbarer Ausreise (§ 25 Absatz 5 AufenthG) und gut 21 000 Personen wegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe (§ 25 Absatz 4 AufenthG). Knapp 9 000 Menschen verfügten über einen Aufenthaltstitel infolge einer individuellen Härtefallentscheidung nach § 23a AufenthG. Die Zahl der (noch) nicht anerkannten, geduldeten oder asylsuchenden Flüchtlinge war von knapp 650 000 Ende 1997 auf etwa 134 000 im Jahr 2011 gesunken und stieg bis Ende 2016 auf über 725 000 an, um dann bis Ende 2019 wieder auf knapp 468 000 zurückzugehen.

Die Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR) zu ausreisepflichtigen Personen sind zum Teil fehlerhaft und überhöht. Insbesondere Ausreisepflichtige ohne Duldung können beispielsweise das Land längst wieder verlassen haben, ohne registriert worden zu sein, viele angeblich Ausreisepflichtige sind tatsächlich gar nicht ausreisepflichtig (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12725 sowie: <https://mediendienst-integration.de/artikel/niemand-weiss-wie-viele-ausreisepflichtige-es-genau-gibt.html> und <https://www.proasyl.de/news/das-angebliche-abschiebungsvollzugsdefizit-statistisch-fragwuerdig-aber-gut-fuer-schlagzeilen/>). Auf Nachfrage erläuterte das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit Schreiben vom 16. April 2020, dass es infolge von Überprüfungen von Datensätzen einen Rückgang der Zahl der im AZR gespeicherten ausreisepflichtigen Personen ohne Duldung um 26 Prozent gegeben habe, von gut 64 000 im April 2017 auf 47 317 Ende September 2019. Ausreisepflichtige „ohne Duldung bleiben demnach im AZR gespeichert, auch wenn sie nicht mehr in den Behörden vorsprechen, bis die Ausländerbehörden „Kenntnis von einem Fortzug erhalten“. Die entsprechende Erfassung „obliegt allein der jeweils zuständigen Ausländerbehörde“ (Bundestagsdrucksache 19/22457, Antwort zu Frage 35), nur „bei Vorliegen eines Ausreisenachweises wird ‚Fortzug ins Aus-land‘ erfasst (...) und die Person gilt ebenfalls als nicht mehr aufhältig“ (ebd.).

Gut 202 000 der knapp 250 000 zum Ende des Jahres 2019 Ausreisepflichtigen verfügten über eine Duldung, etwa wegen medizinischer Abschiebungshindernisse oder der Pflege von Angehörigen, wegen der Aufnahme einer Ausbildung, wegen fehlender Reisedokumente oder weil Abschiebungen aufgrund der Lage im Herkunftsland nicht möglich oder zumutbar sind. 36 Prozent dieser Duldungen wurden aus „sonstigen Gründen“ erteilt, das kann z. B. bei Asyl-Folgeanträgen der Fall sein oder wenn enge verwandtschaftliche Beziehungen zu Personen mit Aufenthaltsrecht bestehen. Beim Duldungsgrund „fehlende Reisedokumente“ wird nicht erfasst, ob den Betroffenen dieses Fehlen von Reisedokumenten angelastet werden kann. Häufig sind die fehlenden Dokumente auch nicht der ursächliche Grund dafür, dass eine Abschiebung nicht vollzogen wird. Wie viele Ausreisepflichtige bzw. Geduldete nicht abgeschoben werden dürfen oder sollen, wird im AZR jedoch nicht erfasst.

Frage 1:

Wie viele Asylberechtigte lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese Asylberechtigten?

b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?

c) Wie verteilten sich die Asylberechtigten auf die Bundesländer?

Antwort zu Frage 1:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 43.927 Personen mit einer Asylberechtigung, darunter 26.047 männliche und 17.851 weibliche sowie 28 Personen mit unbekanntem Geschlecht und eine Person mit dem Geschlecht divers erfasst. 5.962 Personen waren unter 18 Jahre, 37.964 Personen über 17 Jahre alt und bei einer Person ist das Alter unbekannt. 27.798 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 16.119 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei 10 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 2.055 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

Antwort zu den Fragen 1a bis 1c:

Die Fragen 1a bis 1c werden gemeinsam beantwortet. Die Verteilung auf den jeweiligen Aufenthaltsstatus, die Hauptstaatsangehörigkeiten sowie die Länder kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylberechtigte insgesamt	43.927
darunter mit dem Aufenthaltsstatus:	in Prozent
unbefristete Aufenthaltsrechte	59,6
befristete Aufenthaltsrechte	38,7
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	1,7

Asylberechtigte insgesamt	43.927
darunter:	
Türkei	12.147
Syrien	7.045
Iran	5.563
Afghanistan	2.039
Irak	1.954
Eritrea	1.412
Sri Lanka	1.256
Russische Föderation	1.048
Kosovo	947
Ungeklärt	670
Pakistan	601
Polen	571
Äthiopien	558
China	554
Vietnam	508

Asylberechtigte insgesamt	43.927
Länder	
Baden-Württemberg	5.214
Bayern	4.346
Berlin	2.565
Brandenburg	253
Bremen	618
Hamburg	1.755
Hessen	5.086
Mecklenburg-Vorpommern	154
Niedersachsen	5.222
Nordrhein-Westfalen	13.861
Rheinland-Pfalz	1.365
Saarland	784
Sachsen	953
Sachsen-Anhalt	334
Schleswig-Holstein	1.114
Thüringen	303

Frage 2:

Wie viele nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Flüchtlinge (vgl. § 3 Absatz 1 AsylG und § 60 Absatz 1 Satz 1 AufenthG) lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese anerkannten Flüchtlinge?

b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?

c) Wie verteilten sich die anerkannten Flüchtlinge auf die Bundesländer?

Antwort zu Frage 2:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 741.685 Personen mit Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylgesetzes (AsylG) i. V. m. § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), darunter 468.466 männliche und 272.629 weibliche, 3 diverse und 587 Personen mit unbekanntem Geschlecht im AZR erfasst. 246.328 Personen waren unter 18 Jahre alt, 495.345 Personen über 17 Jahre alt und bei 12 Personen ist das Alter unbekannt. 93.953 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 647.156 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei 576 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 41.778 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

Antwort zu den Fragen 2a bis 2c:

Die Fragen 2a bis 2c werden gemeinsam beantwortet. Die Verteilung auf den jeweiligen Aufenthaltsstatus, die Hauptstaatsangehörigkeiten sowie die Länder kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Aufgrund von Rundungen können sich bei der Summenbildung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben:

Personen mit Flüchtlingsschutz insgesamt	741.685
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in Prozent
unbefristete Aufenthaltsrechte	10,1
befristete Aufenthaltsrechte	88,1
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	1,8

	Personen mit Flüchtlingsschutz
Deutschland	741.685
darunter:	
Syrien	397.231
Irak	108.807
Afghanistan	50.426
Eritrea	42.327
Iran	36.295
Ungeklärt	23.215
Türkei	18.515
Somalia	14.497
Staatenlos	7.917
Pakistan	6.607
Russische Föderation	4.285
Nigeria	3.559
Äthiopien	2.838
Aserbajdschan	2.066
Guinea	1.946

Personen mit Flüchtlingsschutz	741.685
Länder	
Baden-Württemberg	79.469
Bayern	83.215
Berlin	32.473
Brandenburg	10.977
Bremen	15.117
Hamburg	21.751
Hessen	64.949
Mecklenburg-Vorpommern	9.241
Niedersachsen	84.274
Nordrhein-Westfalen	211.896
Rheinland-Pfalz	32.888
Saarland	18.367
Sachsen	20.669
Sachsen-Anhalt	16.424
Schleswig-Holstein	26.859
Thüringen	13.116

Frage 3:

Wie viele Flüchtlinge mit einem subsidiären Schutzstatus nach § 25 Absatz 2 bzw. einem Abschiebungsschutz nach § 25 Absatz 3 AufenthG (internationaler bzw. nationaler subsidiärer Schutz, bitte differenzieren, auch bei den Unterfragen) lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese subsidiär Schutzberechtigte?

b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?

c) Wie verteilten sich diese subsidiär Schutzberechtigten auf die Bundesländer?

Antwort zu den Fragen 3 und 3a:

Die Fragen 3 und 3a werden gemeinsam beantwortet. Im AZR werden Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Absatz 2 Satz 1, 2. Alt. des AufenthG (subsidiärer Schutz) und nach § 25 Absatz 3 AufenthG (Abschiebungsverbote) gespeichert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 244.190 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 Satz 1, 2. Alt. AufenthG (subsidiärer Schutz) erfasst, davon 143.702 männliche, 100.284 weibliche und 204 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 77.251 Personen waren unter 18 Jahre, 166.938 Personen über 17 Jahre und bei einer Person ist das Alter unbekannt. 12.472 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 231.165 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei 533 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 16.222 Personen erhielten den Status erstmalig im Jahr 2020. Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG waren 120.977 Personen zum Stichtag 31. Dezember 2020 erfasst, davon 64.781 männliche, 56.087 weibliche und 109 mit unbekanntem Geschlecht. 42.512 Personen waren unter 18 Jahre, 78.457 Personen über 17 Jahre und bei acht Personen ist das Alter unbekannt. 24.928 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland und 95.831 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei 218 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 14.935 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

Antwort zu den Fragen 3b und 3c:

Die Fragen b und c werden gemeinsam beantwortet.

Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten und auf die Länder kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 Satz 1, 2.Alt. AufenthG (subsidiärer Schutz)
Deutschland	244.190
darunter:	
Syrien	162.654
Irak	23.208
Afghanistan	17.531
Eritrea	13.229
Somalia	7.045
Ungeklärt	6.283
Jemen	1.928
Staatenlos	1.553
Iran	1.375
Russische Föderation	1.157
Sudan (ohne Südsudan)	750
Libyen	712
Nigeria	570
Libanon	545
Türkei	459
	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG
Deutschland	120.977
darunter:	
Afghanistan	72.515
Irak	6.178
Syrien	5.888
Somalia	4.660
Nigeria	4.291
Russische Föderation	2.111
Eritrea	1.948
Kosovo	1.917
Armenien	1.522
Äthiopien	1.379
Ungeklärt	1.270
Iran	1.171
Türkei	1.145
Serbien	990
Guinea	975

Bundesland	Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 Satz 1, 2.Alt. AufenthG (subsidiärer Schutz)	Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG
Deutschland	244.190	120.977
darunter:		
Baden-Württemberg	20.341	12.107
Bayern	20.398	17.672
Berlin	17.477	7.757
Brandenburg	5.486	2.341
Bremen	3.387	1.574
Hamburg	4.370	6.771
Hessen	20.499	13.239
Mecklenburg-Vorpommern	2.514	1.513
Niedersachsen	29.264	10.194
Nordrhein-Westfalen	71.054	24.118
Rheinland-Pfalz	15.436	5.711
Saarland	4.064	1.087
Sachsen	6.992	4.505
Sachsen-Anhalt	6.043	3.664
Schleswig-Holstein	12.522	5.605
Thüringen	4.343	3.119

Frage 4:

Bei wie vielen der nach Frage 1 bis 3 benannten Personen war ein Widerrufsverfahren in Bezug auf den erteilten Schutzstatus zum 31. Dezember 2020 anhängig (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und Status differenzieren)?

Antwort zu Frage 4:

Die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 basieren auf Daten des AZR. Anhängige Widerrufsverfahren werden im AZR jedoch nicht erfasst. Nach Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die keine Unterscheidung nach „aufhältig“ oder „nicht aufhältig“ oder nach dem jeweiligen Schutzstatus treffen, waren 148.873 Widerrufsprüfverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2020 eingeleitet und anhängig. Die Verteilung nach Hauptherkunftsländern kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

2020	Anhängige Widerrufsprüfverfahren
Staatsangehörigkeiten gesamt	148.873
darunter:	
Syrien	56.124
Irak	21.909
Afghanistan	21.316
Iran	12.336
Eritrea	8.947
Somalia	4.792
Ungeklärt	4.680
Türkei	3.798
Nigeria	1.794
Staatenlos	1.497
Russische Föderation	1.431
Pakistan	1.365
Äthiopien	1.015
Sudan	669
Aserbaidshan	632

Frage 5:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, deren Flüchtlingsstatus widerrufen worden ist (bitte auch nach aktuellem Status, nach Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 5:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren im AZR 20.607 Personen mit Widerruf/ Rücknahme eines Schutzstatus erfasst. 18.217 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 2.390 Personen sechs Jahre oder weniger. Die Verteilung nach Aufenthaltsstatus und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Widerruf/ Rücknahme des Flücht- lingsstatus	Asylanerken- nung wider- rufen / zu- rückgenom- men	Flüchtlingsei- genschaft wider- rufen / zurück- genommen	subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG wider- rufen / zurück- genommen	Summe
insgesamt	18.787	1.391	429	20.607
darunter mit dem Aufent- haltsstatus:				
unbefristete Aufenthalts- rechte	15.258	148	8	15.414
befristete Aufenthalts- rechte	2.875	948	270	4.093
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	654	295	151	1.100

Personen mit Widerruf/ Rücknahme des Schutzstatus alle Staatsangehörigkeiten	20.607
darunter:	
Kosovo	6.943
Irak	3.397
Türkei	2.701
Serbien	1.219
Syrien	843
Serbien und Montenegro (ehemals)	632
Albanien	562
Sri Lanka	366
Jugoslawien (ehemals)	334
Afghanistan	300
Serbien (ehemals)	282
Iran	240
Polen	199
Eritrea	198
Vietnam	172

Frage 6:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Duldung aufgrund einer Abschiebestopp-Anordnung nach § 60a AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 6:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 3.744 Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 1 AufenthG, darunter 2.509 männliche und 1.225 weibliche sowie zehn Personen mit unbekanntem Geschlecht, im AZR erfasst. 1.056 Personen waren unter 18 Jahre und 2.688 Personen über 17 Jahre alt. 684 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 3.055 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei fünf Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1.743 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Bundesländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Duldung nach § 60a Abs. 1 AufenthG	3.744
Bundesländer	
Baden-Württemberg	179
Bayern	441
Berlin	13
Brandenburg	85
Bremen	58
Hamburg	2
Hessen	287
Mecklenburg-Vorpommern	37
Niedersachsen	289
Nordrhein-Westfalen	1.426
Rheinland-Pfalz	140
Saarland	71
Sachsen	60
Sachsen-Anhalt	62
Schleswig-Holstein	554
Thüringen	40

Personen mit Duldung nach § 60a Abs. 1 AufenthG alle Staatsangehörigkeiten	3.744
darunter:	
Irak	945
Afghanistan	387
Syrien	225
Russische Föderation	175
Serbien	169
Kosovo	137
Türkei	117
Nigeria	111
Pakistan	105
Armenien	102
Albanien	101
Ghana	88
Iran	84
Ungeklärt	73
Libanon	70

Frage 7:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG (vorherige Rechtslage) bzw. § 19d AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 7:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 2.931 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18a und § 19d (neue Fassung) AufenthG, darunter 2.440 männliche und 490 weibliche sowie eine Person mit unbekanntem Geschlecht im AZR erfasst. 19 Personen waren unter 18 Jahre und 2.911 Personen über 17 Jahre alt. Bei einer Person ist das Alter unbekannt. 623 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 2.308 Personen sechs Jahre oder weniger. 1.716 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Bundesländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Aufenthaltserlaubnis nach § 18a/19d AufenthG	Summe
Länder	2.931
Baden-Württemberg	620
Bayern	578
Berlin	102
Brandenburg	23
Bremen	12
Hamburg	113
Hessen	114
Mecklenburg-Vorpommern	59
Niedersachsen	297
Nordrhein-Westfalen	665
Rheinland-Pfalz	113
Saarland	4
Sachsen	42
Sachsen-Anhalt	29
Schleswig-Holstein	138
Thüringen	22

Aufenthaltserlaubnis nach § 18a/19d AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	2.931
darunter:	
Afghanistan	652
Albanien	317
Gambia	207
Kosovo	175
Pakistan	169
Ukraine	119
Nigeria	103
Irak	98
Armenien	98
Guinea	65
Ägypten	63
Iran	59
Bangladesch	57
Kamerun	49
Serbien	44

Frage 8:

Wie viele jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wurden bis zum 31. Dezember 2020 infolge verschiedener politischer Anordnungen in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 8:

Bis zum 31. Dezember 2020 wurden im geregelten Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderer insgesamt 210.288 Personen aufgenommen. Hinzu kommen 8.535 Personen, die vor Beginn oder außerhalb des geregelten Aufnahmeverfahrens eingereist waren. Insgesamt sind damit 218.823 jüdische Zuwanderer mit ihren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten eingereist. Die Verteilung nach Bundesländern kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Bundesland	Einreisen / Personen
Baden-Württemberg	20.073
Bayern	32.328
Berlin	1.169
Brandenburg	7.601
Bremen	2.248
Hamburg	5.340
Hessen	18.507
Mecklenburg-Vorpommern	6.613
Niedersachsen	18.336
Nordrhein-Westfalen	51.791
Rheinland-Pfalz	11.605
Saarland	3.242
Sachsen	11.045
Sachsen-Anhalt	7.695
Schleswig-Holstein	6.790
Thüringen	5.905
Gesamt	210.288

Jüdische Zuwanderer, die eine Aufnahmezusage bekommen haben, erhalten nach der Einreise in Deutschland eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 des AufenthG. Gemeinsam aufgenommene Familienangehörige (Ehegatten und minderjährige, ledige Kinder), die nicht selbst die Voraussetzungen für eine Aufnahme als jüdische Zuwanderer erfüllen, erhalten nach der Einreise zunächst eine Aufenthaltserlaubnis.

Diese Aufenthaltserlaubnis kann entsprechend den allgemeinen Bestimmungen des AufenthG auf Antrag verlängert oder in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt werden. Die Einreisestatistik der jüdischen Zuwanderer enthält keine Differenzierung nach der Art der erteilten Aufenthaltstitel.

Frage 9:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis infolge einer Aufnahmeerklärung nach § 22 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020 und welche Personengruppen betraf dies insbesondere (bitte darlegen)?

Antwort zu Frage 9:

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG besaßen zum 31. Dezember 2020 insgesamt 3.265 Personen, darunter 1.689 männliche und 1.575 weibliche sowie eine Person mit unbekanntem Geschlecht. 1.310 Personen waren unter 18 Jahre alt und 1.955 Personen über 17 Jahre alt. 300 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland und 2.965 Personen sechs Jahre oder weniger. 74 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

§ 22 AufenthG ist nur für die Aufnahme einzelner Personen anwendbar. Eine weitergehende statistische Erfassung im Sinne einer Zuordnung der aufgenommenen Einzelpersonen zu bestimmten Personengruppen erfolgt insofern nicht. Die Verteilung nach Bundesländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den folgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	3.265
Länder	
Baden-Württemberg	369
Bayern	349
Berlin	283
Brandenburg	103
Bremen	24
Hamburg	83
Hessen	266
Mecklenburg-Vorpommern	50
Niedersachsen	348
Nordrhein-Westfalen	823
Rheinland-Pfalz	155
Saarland	32
Sachsen	77
Sachsen-Anhalt	81
Schleswig-Holstein	154
Thüringen	68

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	3.265
darunter:	
Afghanistan	2.405
Syrien	400
Iran	80
Irak	58
Ungeklärt	58
Libanon	30
Jemen	21
Staatenlos	21
Eritrea	14
Usbekistan	14
Bosnien und Herzegowina	13
Jordanien	12
Albanien	10
Russische Föderation	10
Guinea	9

Frage 10:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis infolge der Härtefallregelung nach § 23a AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 10:

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG besaßen zum 31. Dezember 2020 insgesamt 8.932 Personen, darunter 4.683 männliche, 4.243 weibliche und sechs Personen unbekanntes Geschlechts. 2.763 Personen waren unter 18 Jahre alt und 6.169 Personen über 17 Jahre alt.

4.842 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 4.088 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei zwei Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1.079 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Bundesländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den folgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	8.932
Länder	
Baden-Württemberg	459
Bayern	316
Berlin	1.862
Brandenburg	127
Bremen	166
Hamburg	146
Hessen	296
Mecklenburg-Vorpommern	57
Niedersachsen	1.071
Nordrhein-Westfalen	2.016
Rheinland-Pfalz	565
Saarland	86
Sachsen	309
Sachsen-Anhalt	176
Schleswig-Holstein	193
Thüringen	1.087

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	8.932
darunter:	
Kosovo	1.274
Albanien	1.190
Serbien	1.041
Russische Föderation	512
Türkei	502
Nordmazedonien	438
Armenien	360
Afghanistan	349
Bosnien und Herzegowina	347
Irak	229
Libanon	223
Aserbajdschan	185
Georgien	179
Pakistan	148
Iran	141

Frage 11:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG oder eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 oder 4 AufenthG (bitte differenzieren) erteilt wurde (bitte jeweils nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 11:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 19.713 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG erfasst. 3.300 Personen waren unter 18 Jahre alt und 16.413 Personen über 17 Jahre alt. 13.820 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 5.893 Personen sechs Jahre oder weniger. 544 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

Nach § 23 Absatz 2 AufenthG waren 90.050 Personen erfasst, davon 8.411 Personen unter 18 Jahre alt und 81.639 Personen über 17 Jahre alt. 68.056 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 21.990 Personen sechs Jahre oder weniger und bei vier Personen war die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1.946 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

Zudem waren nach § 23 Absatz 4 AufenthG 4.771 Personen erfasst, davon waren 2.022 Personen unter 18 Jahre alt und 2.749 Personen über 17 Jahre alt. 231 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 4.537 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei drei Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1.174 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020.

Die Verteilung nach Geschlecht, Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

nach § 23 AufenthG	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 4	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 4
Summe	19.713	21.980	68.070	4.589	182
männlich	8.868	10.610	30.711	2.299	96
weiblich	10.835	11.335	37.347	2.286	86
unbekannt	10	35	12	4	0

Bundesland	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG
Deutschland	19.713
Baden-Württemberg	2.558
Bayern	640
Berlin	3.080
Brandenburg	493
Bremen	400
Hamburg	961
Hessen	1.246
Mecklenburg-Vorpommern	29
Niedersachsen	1.434
Nordrhein-Westfalen	5.711
Rheinland-Pfalz	714
Saarland	365
Sachsen	193
Sachsen-Anhalt	193
Schleswig-Holstein	934
Thüringen	762

Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG	19.713
darunter:	
Syrien	4.734
Kosovo	2.243
Serbien	2.024
Türkei	1.425
Libanon	1.409
Bosnien und Herzegowina	1.386
Irak	1.047
Ungeklärt	771
Afghanistan	590
Iran	406
Russische Föderation	276
Kroatien	269
Ukraine	256
Sri Lanka	246
Pakistan	191

Bundesland	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG
Deutschland	21.980	68.070
Baden-Württemberg	3.056	7.233
Bayern	3.613	11.298
Berlin	1.409	3.936
Brandenburg	731	1.528
Bremen	238	461
Hamburg	481	1.883
Hessen	1.514	5.252
Mecklenburg-Vorpommern	405	1.628
Niedersachsen	1.703	5.834
Nordrhein-Westfalen	4.496	18.072
Rheinland-Pfalz	1.067	2.332
Saarland	277	851
Sachsen	1.166	3.847
Sachsen-Anhalt	543	1.705
Schleswig-Holstein	704	1.297
Thüringen	577	913

Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG	21.980
darunter:	
Syrien	17.428
Ukraine	1.329
Irak	1.171
Russische Föderation	660
Ungeklärt	272
Staatenlos	212
Somalia	139
Eritrea	108
Weißrussland	83
Iran	70
Libanon	59
Usbekistan	56
Aserbaidshjan	55
Moldau (Republik)	44
Sudan (ohne Südsudan)	43

Personen mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG	68.070
darunter:	
Ukraine	28.917
Russische Föderation	24.899
Moldau (Republik)	2.829
Usbekistan	1.816
Aserbajdschan	1.788
Weißrussland	1.510
Vietnam	1.383
Kirgisistan	1.033
Georgien	652
Kasachstan	644
Sowjetunion (ehemals)	511
Staatenlos	447
Lettland	290
Ungeklärt	234
Litauen	185

Bundesland	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 4 AufenthG	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 4 AufenthG
Deutschland	4.589	182
Baden-Württemberg	567	16
Bayern	651	19
Berlin	266	4
Brandenburg	132	4
Bremen	46	1
Hamburg	122	11
Hessen	319	13
Mecklenburg-Vorpommern	95	0
Niedersachsen	581	8
Nordrhein-Westfalen	889	97
Rheinland-Pfalz	220	6
Saarland	63	0
Sachsen	206	0
Sachsen-Anhalt	109	1
Schleswig-Holstein	207	2
Thüringen	116	0

Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis (AE) nach § 23 Abs. 4 AufenthG	4.589
darunter:	
Syrien	2.873
Sudan (ohne Südsudan)	502
Somalia	441
Eritrea	408
Irak	96
Äthiopien	50
Südsudan	49
Libanon	32
Ungeklärt	25
Ägypten	24
Iran	23
Staatenlos	14
Sri Lanka	13
Sudan (ehemals)	12
Jemen	5

Personen mit einer Niederlassungserlaubnis (NE) nach § 23 Abs. 4 AufenthG	182
darunter:	
Ukraine	38
Kosovo	27
Türkei	14
Irak	12
Serbien	12
Afghanistan	7
Syrien	7
Sri Lanka	5
Vietnam	5
Bosnien und Herzegowina	4
Kongo, Dem. Republik	4
Montenegro	4
Aserbaidshjan	3
Iran	3
Staatenlos	3

Frage 12:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a bzw. b AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 12:

Zum 31. Dezember 2020 waren im AZR insgesamt 694 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 104a oder 104b AufenthG gespeichert. 167 Personen waren unter 18 Jahre alt und 527 Personen über 17 Jahre alt. Weitere Details können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	AE nach § 104a bzw. § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104a AufenthG	AE nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
Insgesamt	667	27	694
männlich	345	11	356
weiblich	322	16	338

Bundesland	AE nach § 104a bzw. § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104a AufenthG	AE nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
alle Bundesländer	667	27	694
darunter:			
Baden-Württemberg	13	0	13
Bayern	37	2	39
Berlin	20	0	20
Brandenburg	18	0	18
Bremen	17	0	17
Hamburg	17	0	17
Hessen	1	0	1
Mecklenburg-Vorpommern	17	0	17
Niedersachsen	60	0	60
Nordrhein-Westfalen	365	25	390
Rheinland-Pfalz	24	0	24
Saarland	10	0	10
Sachsen	19	0	19
Sachsen-Anhalt	24	0	24
Schleswig-Holstein	23	0	23
Thüringen	2	0	2

	AE nach § 104a bzw. § 23 Abs. 1 i. V. m § 104a AufenthG	AE nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	667	27	694
darunter:			
Kosovo	216	2	218
Serbien	144	5	149
Türkei	48	4	52
Syrien	27	0	27
Irak	20	2	22
Libanon	20	3	23
Serbien (ehemals)	16	0	16
Russische Föderation	13	0	13
Bosnien und Herzegowina	12	2	14
Jugoslawien (ehemals)	12	0	12
Vietnam	12		0 12
Afghanistan	11	0	11
Pakistan	10	0	10
Ungeklärt	10	2	12
Serbien und Montenegro (ehemals)	9	1	10

Frage13:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erteilt wurde?

Antwort zu Frage 13:

Zum 31. Dezember 2020 waren im AZR insgesamt 81 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG gespeichert.

Frage 14:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern, den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Satz 1 bzw. 2 differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 14:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 18.854 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG erfasst, darunter 9.180 nach § 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG sowie 9.674 nach § 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG. 2.943 Personen waren unter 18 Jahre alt und 15.911 Personen über 17 Jahre alt. 1.313 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Geschlecht, Aufenthaltsdauer, Bundesländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

AE nach § 25 Abs. 4 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Summe	9.180	9.674	18.854
weiblich	4.344	5.308	9.652
männlich	4.780	4.360	9.140
unbekannt	56	6	62

AE nach § 25 Abs. 4 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Aufenthaltsdauer	9.180	9.674	18.854
6 Jahre und weniger	4.906	1.452	6.358
mehr als 6 Jahre	4.274	8.222	12.496

AE nach § 25 Abs. 4 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Deutschland	9.180	9.674	18.854
Baden-Württemberg	386	318	704
Bayern	1.620	301	1.921
Berlin	2.209	1.234	3.443
Brandenburg	45	56	101
Bremen	87	112	199
Hamburg	988	419	1.407
Hessen	766	310	1.076
Mecklenburg-Vorpommern	23	343	366
Niedersachsen	428	1.963	2.391
Nordrhein-Westfalen	2.172	3.894	6.066
Rheinland-Pfalz	211	260	471
Saarland	24	130	154
Sachsen	43	81	124
Sachsen-Anhalt	29	127	156
Schleswig-Holstein	137	82	219
Thüringen	12	44	56

AE nach § 25 Abs. 4 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	9.180	9.674	18.854
darunter:			
Türkei	326	1.682	2.008
Libyen	1.869	52	1.921
Russische Föderation	1.259	300	1.559
Serbien	185	1.202	1.387
Kosovo	165	1.065	1.230
Libanon	58	667	725
Saudi Arabien	698	23	721
Kuwait	556	14	570
Irak	233	253	486
Vereinigte Arabische Emirate	466	8	474
Bosnien und Herzego- wina	100	356	456
Ungeklärt	54	390	444
Ukraine	297	115	412
Nordmazedonien	108	266	374
Katar	340	5	345

Frage 15:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a bzw. 4b (bitte differenzieren) AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 15:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 87 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG erfasst. Davon waren sechs Personen unter 18 Jahre alt und 81 Personen über 17 Jahre alt. Sieben Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Geschlecht, Aufenthaltsdauer, Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

AE nach § 25 Abs. 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
Summe	80	7	87
männlich	24	3	27
weiblich	56	4	60

AE nach § 25 Abs. 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
Aufenthaltsdauer	80	7	87
6 Jahre und weniger	60	4	64
mehr als 6 Jahre	20	3	23

AE nach § 25 Abs. 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
Länder insgesamt	80	7	87
davon:			
Baden-Württemberg	9		9
Bayern	8		8
Berlin	9		9
Bremen	4		4
Hamburg	12	2	14
Hessen	5		5
Mecklenburg-Vorpommern	1		1
Niedersachsen	5		5
Nordrhein-Westfalen	19	4	23
Saarland	4		4
Sachsen	2	1	3
Sachsen-Anhalt	1		1
Thüringen	1		1

	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG
alle Staatsangehörigkeiten	80	7
darunter:		
Nigeria	13	0
Bulgarien	11	0
Rumänien	8	0
Simbabwe	5	0
Thailand	5	0
Ukraine	5	0
Albanien	4	0
China	3	0
Brasilien	2	0
Irak	2	0
Tschechien	2	0
Ungarn	2	0
Ungeklärt	2	0
Afghanistan	1	0
Dominikanische Republik	1	0

Frage 16:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 16:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 lebten 54.347 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG in Deutschland, darunter 29.531 männliche und 24.782 weibliche, sowie 34 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 17.652 Personen waren unter 18 Jahre alt, 36.694 Personen über 17 Jahre alt und bei einer Person ist das Alter unbekannt. 32.499 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 21.837 Personen sechs Jahre oder weniger. Bei elf Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 5.803 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den folgenden Tabellen entnommen werden:

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG
Länder insgesamt	54.347
davon:	
Baden-Württemberg	2.449
Bayern	2.645
Berlin	6.399
Brandenburg	1.245
Bremen	3.530
Hamburg	3.298
Hessen	2.074
Mecklenburg-Vorpommern	357
Niedersachsen	5.114
Nordrhein-Westfalen	19.484
Rheinland-Pfalz	1.752
Saarland	342
Sachsen	1.366
Sachsen-Anhalt	1.282
Schleswig-Holstein	2.187
Thüringen	823

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG
alle Staatsangehörigkeiten	54.347
darunter:	
Serbien	7.973
Kosovo	5.905
Türkei	4.050
Nordmazedonien	2.859
Ungeklärt	2.173
Nigeria	2.140
Russische Föderation	2.046
Vietnam	1.904
Bosnien und Herzegowina	1.874
Ghana	1.862
Afghanistan	1.709
Albanien	1.602
Armenien	1.570
Irak	1.437
Libanon	1.196

Frage 17:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Unterabsätzen bzw. Sätzen, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG (bitte ebenfalls nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern, Absätzen und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 17:

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 waren 11.065 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG, 851 Personen mit einer Duldung nach 60a Abs. 2b AufenthG und 6.658 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG aufhältig. Die Verteilung nach Geschlecht, Alter, Bundesländern und Staatsangehörigkeiten kann den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Abs. 1	§ 25a Abs. 2 Satz 1	§ 25a Abs. 2 Satz 2	Summe
Summe	9.273	1.232	560	11.065
männlich	5.860	585	309	6.754
weiblich	3.399	646	248	4.293
unbekannt	14	1	3	18

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Abs. 1	§ 25a Abs. 2 Satz 1	§ 25a Abs. 2 Satz 2	Summe
Altersgruppen insgesamt	9.273	1232	560	11.065
unter 18 Jahre	2.572	43	495	3.110
18 Jahre und älter	6.701	1.189	65	7.955

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Abs. 1	§ 25a Abs. 2 Satz 1	§ 25a Abs. 2 Satz 2	Summe
Länder insgesamt	9.273	1.232	560	11.065
Baden-Württemberg	957	138	63	1.158
Bayern	1.170	151	65	1.386
Berlin	532	61	22	615
Brandenburg	132	17	11	160
Bremen	328	22	12	362
Hamburg	401	14	10	425
Hessen	440	49	21	510
Mecklenburg-Vorpommern	148	38	18	204
Niedersachsen	968	165	87	1.220
Nordrhein-Westfalen	2.890	357	166	3.413
Rheinland-Pfalz	335	97	38	470
Saarland	55	10	4	69
Sachsen	167	26	3	196
Sachsen-Anhalt	105	9	4	118
Schleswig-Holstein	544	68	29	641
Thüringen	101	10	7	118

	Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 1 AufenthG
insgesamt	9.273
darunter:	
Afghanistan	1.947
Kosovo	800
Serbien	796
Russische Föderation	659
Albanien	498
Türkei	455
Armenien	443
Nordmazedonien	332
Libanon	307
Irak	283
Aserbajdschan	228
Ukraine	206
Guinea	205
Ungeklärt	164
Gambia	147

	Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 2 S. 1 AufenthG
insgesamt	1.232
darunter:	
Kosovo	159
Serbien	148
Albanien	110
Armenien	100
Ukraine	94
Türkei	72
Russische Föderation	71
Aserbaidschan	59
Afghanistan	55
Nordmazedonien	53
Libanon	36
Bosnien und Herzegowina	30
Irak	30
Iran	29
Georgien	24

	Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 2 S. 2 AufenthG
insgesamt	560
darunter:	
Kosovo	74
Serbien	62
Türkei	44
Ukraine	43
Russische Föderation	36
Nordmazedonien	35
Albanien	34
Syrien	31
Armenien	24
Afghanistan	19
Irak	19
Libanon	18
Montenegro	17
Bosnien und Herzegowina	16
Aserbaidschan	13

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Abs. 1	§ 25a Abs. 2 Satz 1	§ 25a Abs. 2 Satz 2
Erteilungen insgesamt	9.273	1.232	560
davon erstmalig in 2020	3.514	419	176

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	851
Altersgruppen insgesamt	
unter 18 Jahre	351
18 Jahre und älter	500

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	851
Geschlecht	
männlich	411
unbekannt	1
weiblich	439

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	851
Länder	
davon:	
Baden-Württemberg	70
Bayern	53
Berlin	163
Brandenburg	3
Bremen	1
Hamburg	24
Hessen	18
Mecklenburg-Vorpommern	19
Niedersachsen	104
Nordrhein-Westfalen	262
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	7
Sachsen	34
Sachsen-Anhalt	24
Schleswig-Holstein	28
Thüringen	9

Staatsangehörigkeiten	Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG
insgesamt	851
davon:	
Russische Föderation	172
Serbien	119
Albanien	72
Kosovo	66
Libanon	50
Ungeklärt	47
Armenien	44
Nordmazedonien	37
Türkei	34
Irak	32
Afghanistan	28
Aserbajdschan	22
Pakistan	18
Georgien	13
Ägypten	13

Duldung	nach § 60a Abs. 2b AufenthG
Erteilungen insgesamt	851
davon erstmalig in 2020	424

	nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (in- tegrierter Auslän- der)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Ehe- gatte/Lebenspartner)	nach § 25b Abs. 4 Auf- enthG (Minder- jähriges Kind)	Summe
Summe	4.452	476	1.730	6.658
männlich	3.104	73	905	4.082
weiblich	1.348	403	819	2.570
unbekannt	0	0	6	6

AE nach § 25b AufenthG	nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (integrierter Ausländer)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Ehegatte/Lebenspartner)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Minderjähriges Kind)	Summe
Altersgruppe	4.452	476	1.730	6.658
unter 18 Jahre	90	44	1.701	1.835
18 Jahre und älter	4.362	432	29	4.823

AE nach § 25b AufenthG	nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (integrierter Ausländer)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Ehegatte/Lebenspartner)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Minderjähriges Kind)	Summe
Länder	4.452	476	1.730	6.658
Baden-Württemberg	588	62	235	885
Bayern	348	23	76	447
Berlin	269	35	140	444
Brandenburg	64	4	18	86
Bremen	163	24	99	286
Hamburg	381	23	93	497
Hessen	210	32	82	324
Mecklenburg-Vorpommern	31	2	3	36
Niedersachsen	435	53	188	676
Nordrhein-Westfalen	1.312	157	554	2.023
Rheinland-Pfalz	229	30	99	358
Saarland	47	1	14	62
Sachsen	84	8	24	116
Sachsen-Anhalt	77	5	17	99
Schleswig-Holstein	174	15	66	255
Thüringen	40	2	22	64

AE nach § 25b AufenthG	nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (integrierter Ausländer)
insgesamt	4.452
darunter:	
Afghanistan	401
Irak	380
Serbien	337
Kosovo	320
Libanon	295
Armenien	230
Russische Föderation	219
Türkei	210
Aserbajdschan	182
Pakistan	175
Iran	122
Ungeklärt	112
China	96
Indien	94
Nigeria	77

AE nach § 25b AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Ehegatte/Lebenspartner)
insgesamt	476
darunter:	
Serbien	48
Armenien	37
Russische Föderation	35
Libanon	32
Afghanistan	31
Kosovo	30
Albanien	22
Aserbajdschan	20
Nordmazedonien	20
Pakistan	20
Türkei	20
China	19
Ägypten	13
Georgien	12
Irak	12

AE nach § 25b AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)
insgesamt	1.730
darunter:	
Serbien	214
Kosovo	152
Libanon	147
Russische Föderation	142
Armenien	109
Afghanistan	91
Türkei	87
Nordmazedonien	80
Albanien	59
Aserbajdschan	53
Pakistan	49
Ägypten	45
Georgien	43
Ungeklärt	39
Bosnien und Herzegowina	35

AE nach § 25b AufenthG	nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (integrierter Ausländer)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Ehegatte/Lebenspartner)	nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Minderjähriges Kind)
Erteilungen insgesamt	4.452	476	1.730
davon erstmalig in 2020	1.270	178	644

Frage 18:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Duldung erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, „Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als drei, vier, fünf, sechs, acht, zehn, zwölf und 15 Jahren, nach Bundesländern, nach Alter (0–11, 12–15, 16–17, 18–20, 21–29, 30–39, 40–49, 50–59, 60–69 Jahre und älter als 70 Jahre) und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; bitte in gesonderten Tabellen eine Auflistung der genauen Duldungsgründe, so differenziert wie möglich, und der Duldungen nach §§ 60a, 60b, 60c und 60d AufenthG, jeweils aufgelistet nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern, vornehmen), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Welche Ausführungen kann die Bundesregierung zur Anwendung der Neuregelungen des § 60b, c und d AufenthG in der Praxis und entsprechenden Erfahrungsberichten oder etwaigen Problemen machen, auch dazu, inwieweit eine aktuelle und differenzierte Erfassung der Duldungsgründe im AZR durch die Ausländerbehörden gelingt (bitte ausführen und zu § 60b, c und d AufenthG zusätzliche Angaben zum letzten verfügbaren Stand machen)?

Antwort zu Frage 18:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren im AZR 235.771 Personen mit einer Duldung, darunter 163.036 männliche und 72.391 weibliche sowie 344 Personen mit unbekanntem Geschlecht, erfasst. 61.521 Personen waren unter 18 Jahre, 174.174 Personen über 17 Jahre alt und bei 76 Personen ist das Alter unbekannt. 58.411 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Aussagen im Sinne des letzten Absatzes der Fragestellung können noch nicht getroffen werden.

Die Einführung eines Speichersachverhaltes zur Abbildung der Duldung im Sinne des § 60a AufenthG mit § 60b AufenthG wurde mit der Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung und der Aufenthaltsverordnung rechtlich umgesetzt. Diese trat am 1. April 2020 in Kraft. Die technische Umsetzung erfolgte Ende August 2020. Das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, mit dem die Speichersachverhalte zur Abbildung der Duldungen nach §§ 60c und 60d AufenthG rechtlich umgesetzt wurden, trat am 1. Januar 2020 in Kraft. Die Speichersachverhalte wurden im AZR technisch im Verlauf des Februar 2020 umgesetzt. Im Verlauf des Jahres 2020 haben auch die Ausländerbehörden ihre Systeme entsprechend angepasst. Daher können bisher noch keine hinreichend belastbaren Daten für das Jahr 2020 genannt werden.

Die bisher bereits von den Ausländerbehörden an das AZR gemeldeten Duldungen nach § 60a AufenthG jeweils in Verbindung mit den §§ 60b, 60c und 60d AufenthG (aktuell in einer ungefähren Größenordnung von etwa 20.000) deuten aber darauf hin, dass die Ausländerbehörden begonnen haben, diese neuen Speichersachverhalte bei der Erteilung von Duldungen auch entsprechend zu nutzen.

Die Verteilung nach Aufenthaltsdauer, Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Duldung	235.771
Aufenthaltsdauer	
0 - 3 Jahre	85.703
mehr als 3 Jahre	149.670
0 - 4 Jahre	118.916
mehr als 4 Jahre	116.457
0 - 5 Jahre	181.719
mehr als 5 Jahre	53.654
0 - 6 Jahre	200.231
mehr als 6 Jahre	35.142
0 - 8 Jahre	215.822
mehr als 8 Jahre	19.551
0 - 10 Jahre	220.656
mehr als 10 Jahre	14.717
0 - 12 Jahre	222.994
mehr als 12 Jahre	12.379
0 - 15 Jahre	225.119
mehr als 15 Jahre	10.254
Aufenthaltsdauer nicht bekannt	398

Personen mit Duldung	235.771
Alter	
0 - 11 Jahre	45.277
12 - 15 Jahre	10.938
16 - 17 Jahre	5.306
18 - 20 Jahre	10.091
21 - 29 Jahre	66.545
30 - 39 Jahre	56.277
40 - 49 Jahre	25.852
50 - 59 Jahre	10.310
60 - 69 Jahre	3.688
70 Jahre und mehr	1.411
Ohne Altersangaben	76

	Duldungen insgesamt	zum Stichtag 31.12.2020	235.771
	darunter:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	894
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen oder in bestimmte Staaten)	3.744
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente	86.646
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern nach Nummer 1	20.488
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen	3.449
6.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen	76.091
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren	308

8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	sogenannte „Ermessensduldung“ Es liegen dringende humanitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger)	11.599
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	Zurückschiebung oder Abschiebung ist gescheitert, und Deutschland ist rechtlich zur Rückübernahme verpflichtet	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit AE nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche).	851
11.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	Abschiebungshindernisse n. § 60 Abs. 1-5,7 AufenthG	2.565
12.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	als unbegleiteter Minderjähriger gem. § 58 Abs. 1a AufenthG	849
13.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	197
14.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	28
15.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	120
16.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	fehlendes, aber erforderliches Einvernehmen einer Stelle nach § 72 (4) AufenthG	48
17.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	Asylfolgeantrags	2.920
18.	Nach § 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG	Weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen erteilt	3.357
19.	Nach § 60a Abs. 2 S. 13 AufenthG	Vaterschaftsanerkennung	41
20.	Nach § 60a Abs. 2 S. 4 AufenthG	Ausbildungsduldung	2.431

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
insgesamt	894	3.744	86.646	20.488	3.449	76.091	308	11.599	0	851
darunter:										
Afghanistan	6	387	9.429	572	59	9.399	34	2.147	0	28
Irak	26	945	7.679	1.281	68	12.328	15	1.318	0	32
Nigeria	13	111	6.414	1.780	59	3.000	19	317	0	5
Russische Föderation	30	175	4.906	1.663	203	4.115	14	481	0	172
Serbien	9	169	1.286	2.009	417	4.366	28	445	0	119
Pakistan	8	105	5.302	273	24	1.468	5	295	0	18
Iran	11	84	3.951	340	52	1.859	6	253	0	7
Ungeklärt	40	73	4.344	369	36	1.437	6	141	0	47
Libanon	14	70	4.075	340	21	1.264	5	129	0	50
Kosovo	12	137	842	1.368	268	3.088	22	489	0	66
Türkei	54	117	2.041	641	120	2.417	10	243	0	34
Albanien	4	101	303	1.031	393	2.820	17	790	0	72
Armenien	11	102	1.704	1.029	157	1.993	9	416	0	44
Gambia	1	23	3.361	193	19	1.192	6	327	0	1
Indien	15	29	2.921	195	30	713	8	87	0	5

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	alle Dul- dungen
insgesamt	2.565	849	197	28	120	48	2.920	3.357	41	2.431	235.771
darunter:											
Afghanistan	638	170	26	0	12	3	244	256	6	678	26.346
Irak	214	32	16	1	7	3	315	217	2	180	25.596
Nigeria	105	12	20	1	12	0	241	315	2	87	13.817
Russische Föderation	99	4	14	1	7	1	274	200	1	53	13.047
Serbien	82	17	8	2	4	3	129	151	0	13	9.438
Pakistan	23	12	4	1	2	1	83	108	1	74	9.003
Iran	49	17	8	0	6	0	183	125	0	94	8.073
Ungeklärt	40	17	3	1	2	0	47	22	0	15	7.183
Libanon	14	4	3	0	4	0	51	16	0	27	6.828
Kosovo	30	2	2	3	6	1	61	86	0	29	6.727
Türkei	79	12	10	6	7	6	147	140	1	26	6.397
Albanien	43	104	5	0	1	9	64	108	1	100	6.213
Armenien	24	1	5	0	0	0	44	64	0	101	6.093
Gambia	18	30	4	0	1	2	20	160	0	173	6.043
Indien	11	2	2	0	0		0	3	25	0	16

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Bundesländer insgesamt	894	3.744	86.646	20.488	3.449	76.091	308	11.599	0	851
davon:										
Baden-Württemberg	30	179	14.860	3.575	227	7.880	26	700	0	70
Bayern	25	441	10.680	2.205	281	7.788	11	1.232	0	53
Berlin	49	13	5.709	543	110	3.358	12	2.085	0	163
Brandenburg	30	85	2.588	245	56	2.143	18	339	0	3
Bremen	0	58	337	485	459	1.042	17	284	0	1
Hamburg	1	2	2.193	529	74	1.904	3	118	0	24
Hessen	8	287	5.538	267	104	3.978	17	198	0	18
Mecklenburg-Vorpommern	2	37	1.549	260	59	1.183	2	213	0	19
Niedersachsen	120	289	7.182	2.151	399	6.867	24	1.538	0	104
Nordrhein-Westfalen	492	1.426	20.686	7.098	1.176	25.483	76	2.746	0	262
Rheinland-Pfalz	83	140	3.708	820	199	3.363	17	1.162	0	32
Saarland	0	71	314	90	22	544	4	40	0	7
Sachsen	1	60	5.017	859	81	2.801	13	202	0	34
Sachsen-Anhalt	3	62	1.825	239	33	1.169	4	105	0	24
Schleswig-Holstein	47	554	3.061	895	102	4.948	51	386	0	28
Thüringen	3	40	1.399	227	67	1.640	13	251	0	9

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	alle Duldun- gen
Bundesländer ins- gesamt	2.565	849	197	28	120	48	2.920	3.357	41	2.431	235.771
davon:											
Baden-Württem- berg	267	34	11	3	12	3	129	1.455	1	417	28.697
Bayern	364	29	29	4	30	8	638	107	8	372	12.579
Berlin	24	46	2	2	3	11	173	2	5	68	12.264
Brandenburg	26	39	5	0	6	0	0	120	52	0	23
Bremen	4	82	1	3	4	3	83	20	3	22	11.288
Hamburg	994	66	14	4	9	4	47	438	1	22	4.289
Hessen	155	72	16	2	7	2	117	319	3	88	6.234
Mecklenburg-Vor- pommern	20	5	6	2	1	0	67	20	3	23	21.246
Niedersachsen	72	55	27	3	10	2	580	174	7	238	5.572
Nordrhein-Westfa- len	199	275	30	1	14	7	377	298	2	701	10.824
Rheinland-Pfalz	64	7	13	1	0	0	134	103	1	121	31.110
Saarland	17	5	6	0	1	0	27	27	0	6	10.793
Sachsen	251	54	27	0	5	6	133	70	0	123	65.961
Sachsen-Anhalt	31	36	3	0	1	0	79	41	3	51	4.059
Schleswig-Holstein	13	18	1	1	7	1	44	165	0	106	2.959
Thüringen	64	26	6	2	10	1	172	66	4	50	1.243

Frage 19:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltsgestattung erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 19:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren im AZR 208.266 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung, darunter 133.473 männliche, 74.588 weibliche und acht diverse sowie 197 Personen mit unbekanntem Geschlecht erfasst. 62.443 Personen waren unter 18 Jahre alt, 145.742 Personen über 17 Jahre alt und bei 81 Personen ist das Alter unbekannt.

4.613 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 203.156 Personen sechs Jahre oder weniger, bei 497 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. Die Verteilung nach Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Aufenthaltsgestattung	208.266
Länder	
Baden-Württemberg	28.754
Bayern	25.902
Berlin	11.346
Brandenburg	11.042
Bremen	2.129
Hamburg	5.624
Hessen	22.302
Mecklenburg-Vorpommern	2.965
Niedersachsen	24.232
Nordrhein-Westfalen	43.820
Rheinland-Pfalz	5.572
Saarland	802
Sachsen	8.455
Sachsen-Anhalt	3.168
Schleswig-Holstein	7.741
Thüringen	4.412

Personen mit Aufenthaltsgestattung	208.266
Staatsangehörigkeiten insgesamt	
darunter:	
Afghanistan	34.169
Irak	25.744
Syrien	21.239
Iran	18.285
Nigeria	14.907
Türkei	13.873
Russische Föderation	11.001
Pakistan	6.290
Somalia	6.012
Ungeklärt	4.200
Guinea	4.055
Äthiopien	3.447
Aserbaidshan	3.093
Eritrea	2.922
Gambia	2.564

Frage 20:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Ankunftsnachweis (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele Ankunftsnachweise wurden bis heute insgesamt erteilt, wie lang war deren durchschnittliche und wie lang ist deren aktuelle durchschnittliche Gültigkeit?

Antwort zu Frage 20:

Zum 31. Dezember 2020 lebten in Deutschland 4.020 Personen mit einem Ankunftsnachweis, darunter 2.855 männliche und 1.164 weibliche Personen sowie eine mit unbekanntem Geschlecht. 1.041 Personen waren unter 18 Jahre und 2.979 waren über 17 Jahre alt. Die Aufteilung nach Bundesländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Ausgewertet wurden die Personen, die zum Stichtag 31. Dezember 2020 noch im Besitz eines gültigen Ankunftsnachweises waren.

Personen mit Ankunftsnachweis	4.020
Länder	
Baden-Württemberg	152
Bayern	816
Berlin	3
Brandenburg	84
Bremen	21
Hamburg	63
Hessen	1.024
Mecklenburg-Vorpommern	63
Niedersachsen	294
Nordrhein-Westfalen	239
Rheinland-Pfalz	342
Saarland	13
Sachsen	479
Sachsen-Anhalt	100
Schleswig-Holstein	173
Thüringen	154

Personen mit Ankunftsnachweis	
insgesamt	4.020
darunter:	
Syrien	1.236
Afghanistan	706
Irak	428
Türkei	195
Algerien	175
Iran	124
Georgien	118
Somalia	94
Marokko	91
Libyen	72
Nigeria	72
Pakistan	71
Eritrea	57
Russische Föderation	51
Moldau (Republik)	33

Ausweislich des AZR wurden bis zum 31. Dezember 2020 insgesamt an 487.089 Personen Ankunftsachweise ausgestellt, deren durchschnittliche Gültigkeit etwa 77 Tage betrug. Dieser durchschnittliche Wert hat allerdings nur eine geringe Aussagekraft, da auch Fälle enthalten sind, in denen dem Asylsuchenden zwar ein Ankunftsachweis ausgestellt wurde, er aber im weiteren Verlauf keinen Asylantrag gestellt hat, so dass erst mit dem Ablauf der Befristung des Ankunftsachweises die Gültigkeit endet.

Betrachtet man nur die aktuellen Fälle von Personen mit Ankunftsachweisen, die im Jahr 2020 einen Asylantrag stellten, so ergibt sich mit einer durchschnittlichen Gültigkeit des Ankunftsachweises von etwa 30 Tagen ein realistischerer Wert.

Frage 21:

Wie viele in einem anderen Staat als Flüchtlinge im Sinne der GFK anerkannte Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Aufenthaltsstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 21:

Zum 31. Dezember 2020 waren im AZR 407 Personen mit dem Sachverhalt „Als Flüchtling im Ausland anerkannt“, darunter 237 männliche und 170 weibliche Personen, erfasst. 13 Personen waren unter 18 Jahre alt und 394 Personen über 17 Jahre alt. Elf Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den folgenden Tabellen entnommen werden:

Personen als Flüchtling im Ausland anerkannt	407
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	323
sechs Jahre oder weniger	84

Personen als Flüchtling im Ausland anerkannt	407
darunter mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	70,3%
befristete Aufenthaltsrechte	26,5%
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	3,2%

Staatsangehörigkeiten	Personen als Flüchtling im Ausland anerkannt
insgesamt	407
darunter:	
Vietnam	51
Eritrea	41
Irak	37
Türkei	36
Afghanistan	27
Russische Föderation	23
Äthiopien	18
Ukraine	17
Iran	15
Syrien	13
Ungeklärt	12
Libanon	11
Kosovo	10
Bosnien und Herzegowina	10
Sri Lanka	8

Frage 22:

Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 22:

Aus der nachfolgenden Tabelle ergibt sich die Anzahl der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (UMA), die sich am Stichtag 31. Dezember 2020 in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit (vorläufige Schutzmaßnahmen und/oder Anschlussmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe) in den einzelnen Bundesländern befanden:

Bundesländer	UMA (Altverfahren nach 89d SGB VIII)	UMA - Vorläufige Inobhutnahmen	UMA - Inobhutnahmen	UMA-Anschlussmaßnahmen (HzE und sonstige)	Summe UMA (zum Stichtag 31.12.2020)
Baden-Württemberg	24	55	52	490	621
Bayern	137	60	167	675	1.039
Berlin	42	9	46	511	608
Brandenburg	8	6	69	221	304
Bremen	14	48	38	181	281
Hamburg	125	4	42	0	171
Hessen	55	52	107	527	741
Mecklenburg-Vorpommern	2	5	47	127	181
Niedersachsen	26	13	96	681	816
Nordrhein-Westfalen	256	54	330	1.983	2.623
Rheinland-Pfalz	10	13	47	300	370
Saarland	1	9	0	34	44
Sachsen	16	11	25	319	371
Sachsen-Anhalt	1	10	50	111	172
Schleswig-Holstein	6	14	72	194	286
Thüringen	17	1	43	132	193
Summe aller Zuständigkeiten	740	364	1.231	6.486	8.821

Frage 23:

Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG (bitte nach Absätzen sowie nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 23:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 216.384 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG erfasst. 36.270 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die Verteilung nach Geschlecht, Alter, Bundesländer und Staatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Titel nach §26 AufenthG insgesamt	216.384
	davon:	
1.	nach § 26 Abs. 3 S. 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 Jahren)	50.863
2.	nach § 26 Abs. 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 7 Jahren)	86.872
3.	nach § 26 Abs. 3 S. 2 AufenthG (Resettlement nach 3 Jahren) erteilt am...	537
4.	nach § 26 Abs. 3 Satz 3 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 Jahren)	18.081
5.	nach § 26 Abs. 3 Satz 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 5 Jahren)	27.296
6.	nach § 26 Abs. 3 Satz 6 i. V. m. Satz 3 AufenthG (Resettlement nach 3 Jahren)	738
7.	nach § 26 Abs. 3 Satz 6 i. V. m. Satz 1 AufenthG (Resettlement nach 5 Jahren)	1.404
8.	nach § 26 Abs. 3 S. 5 i.V.m. § 35 AufenthG (Kinder mit Einreise vor Vollendung des 18. Lebensjahrs)	1.401
9.	nach § 26 Abs. 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 5 Jahren)	29.192

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Summe	50.863	86.872	537	18.081	27.296	738	1.404	1.401	29.192	216.384
männlich	30.751	48.413	348	12.853	21.191	561	1.089	821	17.269	133.296
unbekannt	8	15	0	9	13	0	0	0	6	51
weiblich	20.104	38.444	189	5.219	6.092	177	315	580	11.917	83.037

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Altersgruppen insgesamt	50.863	86.872	537	18.081	27.296	738	1.404	1.401	29.192	216.384
unter 18 Jahre	4.306	52	44	1.124	973	29	43	456	1.372	8.399
18 Jahre und älter	46.557	86.818	493	16.957	26.322	709	1.361	945	27.820	207.982
unbekannt	0	2	0	0	1	0	0	0	0	3

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Bundesländer insgesamt	50.863	86.872	537	18.081	27.296	738	1.404	1.401	29.192	216.384
davon:										
Baden-Württemberg	7.688	12.780	15	1.094	3.433	138	317	146	4.866	30.477
Bayern	8.395	10.764	40	1.749	3.430	34	102	130	3.411	28.055
Berlin	1.111	4.926	1	1.211	1.478	30	50	0	1.908	10.715
Brandenburg	109	554	0	239	250	5	7	17	130	1.311
Bremen	435	1.200	0	732	715	14	37	55	358	3.546
Hamburg	1.191	2.636	0	828	1.135	23	67	1	1.154	7.035
Hessen	7.292	9.183	26	871	2.867	85	163	180	3.103	23.770
Mecklenburg-Vorpommern	172	435	0	153	150	4	3	2	106	1.025
Niedersachsen	6.399	8.915	19	2.488	3.030	88	116	203	2.758	24.016
Nordrhein-Westfalen	14.726	26.554	383	5.681	6.440	217	363	422	8.373	63.159
Rheinland-Pfalz	997	3.586	6	1.026	1.446	34	43	83	1.249	8.470
Saarland	614	1.583	4	410	710	14	38	46	355	3.774
Sachsen	457	924	0	276	535	9	29	37	372	2.639
Sachsen-Anhalt	335	658	35	153	289	5	9	16	206	1.706
Schleswig-Holstein	745	1.589	7	926	1.105	34	41	60	627	5.134
Thüringen	197	585	1	244	283	4	19	3	216	1.552

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Staatsangehörigkeiten insgesamt	50.863	86.872	537	18.081	27.296	738	1.404	1.401	29.192	216.384
darunter:										
Kosovo	2.042	15.417	0	256	282	7	17	63	6.704	24.788
Syrien	3.444	0	97	7.303	13.551	391	711	631	1.932	28.060
Irak	14.305	2.645	138	3.380	2.934	104	153	119	1.211	24.989
Iran	5.034	1.299	74	1.340	1.831	47	90	39	595	10.349
Afghanistan	2.997	3.371	29	1.006	1.720	37	91	135	1.927	11.313
Türkei	10.151	10.869	47	1.651	1.160	45	48	49	1.705	25.725
Eritrea	1.460		7	293	1.703	17	89	36	0	3.605
Russische Föderation	1.048	1.444	9	439	313	9	9	23	529	3.823
Somalia	970	0	0	191	325	7	23	27	0	1.543
Sri Lanka	1.348	1.510	0	278	235	0	0	0	0	3.371
Serbien	571	9.135	9	0	0	0	7	53	3.674	13.449
Pakistan	960	0	11	133	389	4	15	22	0	1.534
Äthiopien	715	0	6	0	167	0	0	0	0	888
Vietnam	516	5.781	0	0	0	0	8	0	730	7.035
Ungeklärt	500	1.276	0	342	732	21	32	37	707	3.647

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Erteilungen insgesamt	50.863	86.872	537	18.081	27.296	738	1.404	1.401	29.192	216.384
davon erstmalig in 2020	0	0	0	6.804	16.338	292	867	852	11.117	36.270

Frage 24:

Wie viele Asylanerkennungen bzw. Anerkennungen eines internationalen bzw. subsidiären oder nationalen Schutzbedarfs (bitte differenzieren) wurden bis zum 31. Dezember 2020 durch das BAMF bzw. – soweit vorliegend – durch Gerichte (bitte differenzieren) ausgesprochen (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 24:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden, wobei sich die fünfzehn wichtigsten Herkunftsländer auf die Anzahl des erteilten Schutzes beziehen:

BAMF 2020	Ausgesprochene Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlingschutz nach § 3 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	1.693	36.125	18.950	5.702
davon:				
männlich	845	18.658	9.718	2.910
weiblich	848	17.467	9.232	2.792
unter 18 Jahre	796	30.126	8.515	3.172
über 17 Jahre	897	5.999	10.435	2.530

BAMF 2020	Ausgesprochene Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlingschutz nach § 3 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	1.693	36.125	18.950	5.702
darunter:				
Syrien	270	18.563	15.464	192
Irak	18	3.358	566	754
Afghanistan	49	1.491	496	2.550
Türkei	514	3.706	31	38
Eritrea	42	2.042	674	252
Ungeklärt	91	2.147	300	89
Somalia	50	1.346	261	226
Iran	198	1.366	172	64
Nigeria	16	273	47	287
Guinea	32	274	101	97
Venezuela	80	36	13	367
Jemen	23	56	294	29
Libyen	17	47	194	39
Russische Föderation	63	118	58	47
Äthiopien	5	157	13	99

Gerichte 2020	Ausgesprochene An- erkenntnisse als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlings- schutz nach § 3 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsver- bote nach § 60 Abs. 5 u. 7 Auf- enthG
Herkunftsländer insgesamt	433	6.287	1.701	12.832
davon:				
männlich	254	4.023	1.187	7.989
weiblich	179	2.264	514	4.843
unter 18 Jahre	83	1.348	412	4.259
über 17 Jahre	350	4.939	1.289	8.573

Gerichte 2020	Ausgesprochene Anerkenntnisse als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlings- schutz nach § 3 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsver- bote nach § 60 Abs. 5 u. 7 Auf- enthG
Staatsangehörig- keiten insgesamt	433	6.287	1.701	12.832
darunter:				
Syrien	8	871	15	839
Irak	15	557	341	1.529
Afghanistan	6	1.196	651	6.445
Türkei	119	431	32	56
Eritrea	1	115	113	77
Ungeklärt	2	138	82	115
Somalia	1	109	92	357
Iran	46	1.508	23	109
Nigeria	4	69	13	612
Guinea	3	24	12	66
Venezuela	13	14	1	121
Jemen	0	11	1	17
Libyen	0	2	89	32
Russische Föde- ration	88	155	20	171
Äthiopien	1	84	19	931

Frage 25:

Wie viele (rechtskräftig) abgelehnte Asylsuchende lebten zum 31. Dezember 2020 mit welchem Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Status, Bundesländern, Jahr der Asylentscheidung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 25:

Zum 31. Dezember 2020 waren im AZR 758.761 Personen mit einem abgelehnten Asylantrag erfasst, darunter 475.727 männliche, 282.574 weibliche und 460 Personen unbekanntes Geschlechts. 120.189 Personen waren unter 18 Jahre alt, 638.487 Personen waren über 17 Jahre alt und bei 85 Personen ist das Alter unbekannt. Es ist darauf hinzuweisen, dass eine Asylablehnung im AZR im Regelfall nicht gelöscht wird, die zugrundeliegende Asylentscheidung daher u. U. viele Jahre zurückliegen kann und der Ausländer zwischenzeitlich das Aufenthaltsrecht ggf. auf andere Weise erworben hat. Eine im AZR gespeicherte Asylablehnung allein bedeutet also nicht, dass diese Person etwa ausreisepflichtig wäre.

Die Verteilung nach Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer und Hauptstaatsangehörigkeiten und Bundesländer kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	758.761
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahre	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	335.543
sechs Jahre oder weniger	422.748
Aufenthaltsdauer unbekannt	470

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	
darunter mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	34,3%
befristete Aufenthaltsrechte	39,4%
sonstiges (z.B. Duldung, kein Status gespeichert)	26,3%

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	
Staatsangehörigkeiten insgesamt 758.761	
darunter:	
Afghanistan	112.395
Türkei	76.777
Kosovo	67.471
Serbien	47.912
Irak	39.107
Vietnam	27.013
Nigeria	23.567
Syrien	20.217
Russische Föderation	19.705
Libanon	18.040
Nordmazedonien	16.422
Pakistan	16.299
Albanien	15.009
Ungeklärt	13.726
Armenien	13.230

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	758.761
Länder	
Baden-Württemberg	92.173
Bayern	97.115
Berlin	49.596
Brandenburg	11.824
Bremen	11.802
Hamburg	28.899
Hessen	62.018
Mecklenburg-Vorpommern	8.126
Niedersachsen	69.520
Nordrhein-Westfalen	207.064
Rheinland-Pfalz	35.915
Saarland	7.658
Sachsen	24.517
Sachsen-Anhalt	14.649
Schleswig-Holstein	25.118
Thüringen	12.767

Jahr der Asylentscheidung	Aufhältige - Asylantrag abgelehnt nach Jahr
Summe	758.761
vor 1980	53
1980-1989	3.692
1990	5.363
1991	6.614
1992	8.399
1993	15.767
1994	17.093
1995	18.368
1996	19.062
1997	18.788
1998	19.290
1999	19.870
2000	28.849
2001	23.509
2002	26.298
2003	25.563
2004	21.781
2005	18.963
2006	15.738
2007	10.567
2008	6.168
2009	6.172
2010	9.129
2011	10.423
2012	14.148
2013	15.878
2014	13.557
2015	18.128
2016	39.935
2017	69.685
2018	59.955
2019	71.894
2020	73.166
unbekannt	26.896

Frage 26:

Wie viele Personen waren zum 31. Dezember 2020 im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst, die weder einen Aufenthaltstitel, eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung besaßen, wie viele EU-Bürgerinnen und -bürger waren hierunter, wie viele Ausreisepflichtige, wie viele abgelehnte Asylsuchende und wie viele ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende (bitte jeweils nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 26:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 4.138.537 Personen erfasst, bei denen im AZR weder ein Aufenthaltstitel, eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung gespeichert war, darunter 3.804.237 EU- und Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)-Bürger.

Neben EU- und EWR-Bürgern sind Personen enthalten, deren Aufenthaltstitel erloschen, widerrufen oder zurückgenommen wurde, bei denen die Prüfung der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels andauert oder zu denen keinerlei aufenthaltsrechtlicher Status im AZR erfasst ist. Da es im AZR keine Speichersachverhalte gibt, die Personengruppen abbilden, die sich mit einem langfristigen Visum in Deutschland aufhalten, in Haft untergebracht sind oder denen eine Betretenserlaubnis erteilt wurde, werden auch diese Personen im Sinne der Frage als Personen ohne aufenthaltsrechtlichen Status gezählt. Sie könnten aber nicht etwa der Gruppe der Ausreisepflichtigen zugerechnet werden, da sie sich legal im Bundesgebiet aufhalten.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.138.537
Geschlecht	
männlich	2.295.570
weiblich	1.833.623
unbekannt	9.324
divers	20
unter 18 Jahre	744.580
18 Jahr und älter	3.393.839
unbekannt	118

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.138.537
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren	
sechs Jahre oder weniger	2.700.482
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	1.437.784
unbekannt	271

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.138.537
Länder	
Baden-Württemberg	664.800
Bayern	837.725
Berlin	305.661
Brandenburg	51.889
Bremen	37.330
Hamburg	88.085
Hessen	410.253
Mecklenburg-Vorpommern	34.775
Niedersachsen	310.795
Nordrhein-Westfalen	880.703
Rheinland-Pfalz	211.073
Saarland	45.082
Sachsen	79.160
Sachsen-Anhalt	41.179
Schleswig-Holstein	93.883
Thüringen	46.144

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	
Deutschland	4.138.537
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Polen	781.146
Rumänien	778.216
Bulgarien	375.529
Italien	350.880
Kroatien	237.364
Griechenland	207.981
Ungarn	196.943
Spanien	127.078
Niederlande	95.704
Frankreich	92.735
Österreich	90.600
Portugal	79.568
Vereinigtes Königreich	63.190
Slowakei	55.502
Litauen	54.308

EU- und EWR-Bürger	3.798.864
Geschlecht	
männlich	2.102.454
weiblich	1.688.515
unbekannt	7.882
Divers	13
unter 18 Jahre	
18 Jahre und älter	634.607
Unbekannt	3.164.224
	33

EU- und EWR-Bürger	3.798.864
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	1.358.672
sechs Jahre oder weniger	2.440.166
unbekannt	26

EU- und EWR-Bürger	3.798.684
Länder	
Baden-Württemberg	627.672
Bayern	781.262
Berlin	270.280
Brandenburg	45.562
Bremen	33.829
Hamburg	76.911
Hessen	377.578
Mecklenburg-Vorpommern	31.554
Niedersachsen	286.534
Nordrhein-Westfalen	797.230
Rheinland-Pfalz	197.094
Saarland	42.571
Sachsen	69.833
Sachsen-Anhalt	35.835
Schleswig-Holstein	83.004
Thüringen	42.115

EU- und EWR-Bürger	
Deutschland	3.798.864
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Polen	781.146
Rumänien	778.216
Bulgarien	375.529
Italien	350.880
Kroatien	237.364
Griechenland	207.981
Ungarn	196.943
Spanien	127.078
Niederlande	95.704
Frankreich	92.735
Österreich	90.600
Portugal	79.568
Vereinigtes Königreich	63.190
Slowakei	55.502
Litauen	54.308

Ausreisepflichtige ohne Aufenthaltsstatus	42.231
Geschlecht	
männlich	30.891
weiblich	11.225
divers	1
unbekannt	114
unter 18 Jahre	
18 Jahre und älter	34.288
unbekannt	19

Ausreisepflichtige ohne Aufenthaltsstatus	42.231
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren	
sechs Jahre oder weniger	34.786
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	7.371
unbekannt	74

Ausreisepflichtige ohne Aufenthaltsstatus	42.231
Länder	
Baden-Württemberg	3.372
Bayern	7.222
Berlin	3.586
Brandenburg	1.294
Bremen	407
Hamburg	2.496
Hessen	3.124
Mecklenburg-Vorpommern	435
Niedersachsen	4.020
Nordrhein-Westfalen	8.895
Rheinland-Pfalz	1.764
Saarland	206
Sachsen	2.635
Sachsen-Anhalt	838
Schleswig-Holstein	1.382
Thüringen	555

Ausreisepflichtige ohne Aufenthaltsstatus	
Deutschland	42.231
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Afghanistan	2.561
Irak	2.361
Rumänien	2.339
Türkei	1.752
Nigeria	1.668
Serbien	1.620
Albanien	1.580
Russische Föderation	1.561
Polen	1.521
Kroatien	1.404
Bulgarien	1.237
Moldau (Republik)	1.082
Georgien	1.077
Pakistan	1.037
Iran	1.022

Abgelehnte Asylsuchende	45.281
Geschlecht	
männlich	30.058
weiblich	15.167
unbekannt	56
unter 18 Jahre	
18 Jahre und älter	36.647
unbekannt	12

Abgelehnte Asylsuchende	45.281
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren	
sechs Jahre oder weniger	29.198
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	16.050
unbekannt	33

Abgelehnte Asylsuchende	45.281
Länder	
Baden-Württemberg	4.863
Bayern	7.291
Berlin	3.732
Brandenburg	1.103
Bremen	491
Hamburg	1.302
Hessen	3.908
Mecklenburg-Vorpommern	443
Niedersachsen	3.950
Nordrhein-Westfalen	11.158
Rheinland-Pfalz	2.317
Saarland	298
Sachsen	1.634
Sachsen-Anhalt	700
Schleswig-Holstein	1.477
Thüringen	614

Abgelehnte Asylsuchende	
Deutschland	45.281
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Rumänien	4.938
Afghanistan	4.790
Polen	4.256
Bulgarien	2.453
Irak	2.376
Serbien	1.645
Albanien	1.489
Nigeria	1.377
Türkei	1.315
Russische Föderation	1.047
Kosovo	966
Pakistan	870
Kroatien	831
Iran	776
Ungarn	739

Ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende	18.724
Geschlecht	
männlich	13.447
weiblich	5.245
unbekannt	32
unter 18 Jahre	4.879
18 Jahre und älter	13.837
unbekannt	8

Ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende	18.724
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren	
sechs Jahre oder weniger	16.061
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	2.646
unbekannt	17

Ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende	18.724
Länder	
Baden-Württemberg	1.527
Bayern	3.148
Berlin	1.562
Brandenburg	738
Bremen	168
Hamburg	460
Hessen	955
Mecklenburg-Vorpommern	275
Niedersachsen	1.841
Nordrhein-Westfalen	4.179
Rheinland-Pfalz	988
Saarland	70
Sachsen	1.166
Sachsen-Anhalt	398
Schleswig-Holstein	880
Thüringen	369

Ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende	
Deutschland	18.724
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Afghanistan	1.754
Irak	1.700
Nigeria	997
Serbien	899
Russische Föderation	886
Türkei	835
Albanien	725
Pakistan	698
Iran	619
Georgien	539
Kosovo	534
Armenien	395
Moldau (Republik)	387
Syrien	374
Somalia	356

Frage 27:

Wie viele in Deutschland lebende Personen waren zum Stand 31. Dezember 2020 vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 27:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	66.855
Geschlecht	
männlich	35.955
weiblich	30.878
unbekannt	22
unter 18 Jahre	
18 Jahre und älter	61.547

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	66.855
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahre	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	56.956
sechs Jahre oder weniger	9.899

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	66.855
Länder	
Baden-Württemberg	18.874
Bayern	12.663
Berlin	2.171
Brandenburg	140
Bremen	431
Hamburg	1.574
Hessen	5.985
Mecklenburg-Vorpommern	213
Niedersachsen	3.256
Nordrhein-Westfalen	15.897
Rheinland-Pfalz	3.109
Saarland	1.110
Sachsen	207
Sachsen-Anhalt	125
Schleswig-Holstein	1021
Thüringen	79

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit Staatsangehörigkeit	66.855
darunter:	
Italien	19.659
Griechenland	11.252
Frankreich	4.466
Portugal	3.660
Türkei	2.949
Österreich	2.887
Rumänien	2.559
Niederlande	2.523
Polen	2.515
Spanien	2.385
Vereinigte Staaten von Amerika	2.265
Vereinigtes Königreich	1.294
Kroatien	1.024
Bulgarien	891
Ungarn	669

Frage 28:

Wie viele Personen hatten zum Stand 31. Dezember 2020 einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt (bitte nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, den Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 28:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt	392.447
Geschlecht	
männlich	211.898
weiblich	180.151
unbekannt	394
divers	4
unter 18 Jahre	91.428
18 Jahre und älter	301.015
Unbekannt	4

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt	392.447
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahre	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	99.738
sechs Jahre oder weniger	292.560
unbekannt	149

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt	392.447
Länder	
Baden-Württemberg	44.998
Bayern	67.445
Berlin	11.249
Brandenburg	5.103
Bremen	2.036
Hamburg	22.093
Hessen	42.268
Mecklenburg-Vorpommern	3.711
Niedersachsen	25.894
Nordrhein-Westfalen	112.502
Rheinland-Pfalz	16.234
Saarland	3.730
Sachsen	11.459
Sachsen-Anhalt	6.258
Schleswig-Holstein	10.637
Thüringen	6.830

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	392.447
darunter:	
Syrien	58.526
Türkei	29.526
Afghanistan	21.395
Irak	19.707
Serbien	17.550
Kosovo	17.546
China	14.617
Indien	14.168
Bosnien und Herzegowina	11.755
Russische Föderation	9.921
Iran	9.752
Nordmazedonien	9.009
Albanien	7.475
Vereinigte Staaten von Amerika	6.711
Ukraine	6.580

Frage 29:

Wie ist der Rückgang der Zahl der in Deutschland lebenden GFK-Flüchtlinge um etwa 40 000 Personen (trotz gut 20 000 Neuerteilungen eines GFK-Status) im ersten Halbjahr 2020 zu erklären (vgl. Bundestagsdrucksachen 19/22457 und 19/19333, jeweils Antwort zu Frage 2), und wie genau ist die den Fragestellerinnen und Fragestellern vorliegende Erklärung des BMI vom 29. September 2020 auf eine diesbezügliche journalistische Anfrage zu verstehen, ein erheblicher Anteil der Betroffenen halte sich nicht mehr im Bundesgebiet auf – die Informationen zur Abbildung eines laufenden Aufhebungsverfahrens seien erst zum 1. Mai 2020 ins Ausländerzentralregister eingeführt und bis dahin seien Personen nur mit ihrem zuvor erteilten Schutzstatus abgebildet worden (bitte nachvollziehbar ausführen)?

Antwort zu Frage 29:

Personen wurden bislang statistisch mit ihrem zuletzt im AZR erfassten Asylstatus ausgewiesen. Durch die Einführung der neuen Sachverhalte zu Widerrufsverfahren - durch das Inkrafttreten weiterer Inhalte des zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetzes (DAVG) (2. DAVG) zum 1. Mai 2020 gemäß Art. 2, Nr. 5, lit. h), dd) 2. DAVG (neu: Tabelle Nummer 8 (Teil II) der Anlage zur AZRG-DV) - im AZR entstand daher vorübergehend der Eindruck, dass die Anzahl der aufhältigen schutzberechtigten Personen sinkt, da diese nun mit dem neu erfassten Widerrufssachverhalt ausgewiesen wurden. Der Schutzstatus einer Person besteht jedoch während der Prüfung und Durchführung eines Widerrufsverfahrens fort. Die Berechnungslogik in den Statistiken des BAMF wurde zwischenzeitlich angepasst, sodass Personen zum Stichtag 31. Dezember 2020 bis zum endgültigen Widerruf eines Schutzstatus als weiterhin schutzberechtigt ausgewiesen werden. Damit sind die entsprechenden Statistiken zum Stichtag 31. Dezember 2020 wieder mit denen der Vorjahre vergleichbar.

Frage 30:

Wie viele Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG lebten zum 31. Dezember 2020 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern und gesondert nach den ausstellenden Mitgliedstaaten differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 30:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren im AZR 29.897 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG, darunter 25.830 männliche und 4.027 weibliche sowie 40 Personen mit unbekanntem Geschlecht, erfasst. 427 Personen waren unter 18 Jahre und 29.470 Personen über 17 Jahre alt.

3.688 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2020. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG	29.897
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahre	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	2.844
sechs Jahre oder weniger	27.051
unbekannt	2

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	29.897
darunter:	
Kosovo	4.531
Albanien	3.522
Pakistan	2.826
Indien	2.739
Vietnam	2.245
Nordmazedonien	1.935
Bosnien und Herzegowina	1.796
Marokko	1.606
Bangladesch	1.058
Türkei	927
Ghana	820
Nigeria	783
Italien	591
China	574
Tunesien	402

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG*	
Ausstellender Mitgliedstaat:	
Italien	17.918
Griechenland	3.731
Slowenien	3.075
Tschechien	2.246
Spanien	1.748
Polen	333
Österreich	299
Slowakei	184
Deutschland	107
Kroatien	59
Estland	51
Litauen	39
Frankreich	36
Lettland	27
Portugal	25
Rumänien	22
Niederlande	18
Ungarn	16
Belgien	15
Bulgarien	9
Finnland	8
Schweden	6
Vereinigtes Königreich	4
Zypern	2
Irland	2
Dänemark	1

* In Einzelfällen können mehrere Ausstellungen zu einer Person im AZR gespeichert sein.

Frage 31:

Wie viele ausländische Personen waren zum 31. Dezember 2020 zur Festnahme (mit dem Ziel der Abschiebung) bzw. zur Aufenthaltsermittlung (bitte differenzieren) ausgeschrieben (bitte jeweils nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele dieser Personen lebten zum 31. Dezember 2020 noch in Deutschland, und bei wie vielen erfolgte die jeweilige Ausschreibung im Jahr 2020?

Antwort zu Frage 31:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 280.898 Personen zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben, darunter 234.205 männliche, 45.845 weibliche und 13 diverse sowie 835 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 5.344 Personen waren unter 18 Jahre und 275.508 Personen waren älter als 17 Jahre, bei 46 Personen war das Alter unbekannt. 9.098 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 129.337 Personen sechs Jahre oder weniger, bei 142.463 Personen ist eine Aufenthaltsdauer nicht ermittelbar.

Bei 63.087 Personen wurde im Jahr 2020 eine Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung erfasst. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 18.761 Personen mit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung als aufhältig erfasst. Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Personen mit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung alle Staatsangehörigkeiten	280.898
darunter:	
Rumänien	32.531
Polen	18.910
Bulgarien	10.163
Albanien	9.813
Georgien	9.292
Ungeklärt	9.204
Afghanistan	8.861
Algerien	8.428
Türkei	8.009
Serbien	7.765
Ohne Angabe	7.385
Marokko	7.309
Irak	7.198
Pakistan	6.917
Syrien	5.903

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 140.566 Personen zur Festnahme ausgeschrieben, darunter 119.531 männliche und 20.833 weibliche sowie 202 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 3.284 Personen waren unter 18 Jahre alt und 137.277 Personen waren älter als 17 Jahre, bei fünf Personen war das Alter unbekannt. 5.175 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 65.563 Personen sechs Jahre oder weniger, bei 69.828 Personen ist eine Aufenthaltsdauer nicht ermittelbar. Bei 16.914 Personen wurde im Jahr 2020 eine Ausschreibung zur Festnahme erfasst. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 3.461 Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme als aufhältig erfasst.

Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme alle Staatsangehörigkeiten	140.566
darunter:	
Albanien	9.531
Serbien	7.943
Georgien	7.101
Türkei	7.048
Russische Föderation	6.674
Ukraine	6.271
Marokko	5.753
Algerien	5.066
Pakistan	4.552
Kosovo	4.160
Nordmazedonien	4.033
Ungeklärt	4.025
Afghanistan	3.748
Nigeria	3.508
Moldau (Republik)	3.084

Frage 32:

Wie viele Personen, die wegen einer Straftat nach § 95 Absatz 1 Nr. 3 oder Absatz 2 Nr. 1 AufenthG (vgl. § 2 Absatz 2 Nr. 11 AZRG: illegale Einreise/Aufenthalt) verurteilt wurden, waren zum 31. Dezember 2020 im AZR erfasst, und wie viele von ihnen lebten zu diesem Zeitpunkt noch in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Aufenthaltsstatus und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

a) Wie viele Personen sind nach Angaben des AZR insgesamt bzw. bis zum 31. Dezember 2020 nach § 54 Absatz 2 Nr. 7 AufenthG sicherheitsrechtlich befragt worden und wie viele von ihnen lebten zum 31. Dezember 2020 noch in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. § 2 Absatz 2 Nr. 12 AZRG; bitte nach Aufenthaltsstatus, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Geschlecht und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

b) Wie viele Personen wurden bis zum 31. Dezember 2020 aufgegriffen, die über keinen Aufenthaltstitel verfügten bzw. deren Aufenthaltstitel/Visum abgelaufen war, und wie viele von ihnen stellten einen Asylantrag (bitte differenzieren und jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Geschlecht differenziert antworten)?

Antwort zu Frage 32:

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren im AZR 4.733 Personen mit einer Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 Ausländerzentralregistergesetz (AZRG) erfasst. Darunter 2.704 Personen mit der genannten Speicherung hielten sich zum Stichtag in Deutschland auf. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	2.704
Geschlecht	
männlich	2.145
weiblich	559
unter 18 Jahre	48
über 17 Jahre	2.656

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	2.704
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahre	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	1.254
sechs Jahre oder weniger	1.426
unbekannt	4

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	2.704
darunter mit Aufenthaltsstatus:	in %
befristet	44,5%
unbefristet	26,8%
sonstiges (z.B. Duldung, kein Status gespeichert)	28,7%

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	
Deutschland	2.704
darunter:	
Türkei	319
Syrien	297
Afghanistan	206
Irak	165
Nigeria	128
Somalia	112
Kosovo	104
Iran	90
Russische Föderation	89
Vietnam	86

Antwort zu Frage 32a:

Im zweiten Halbjahr 2020 sind 15.287 Personen nach § 54 Absatz 2 Nummer 7 AufenthG sicherheitsrechtlich befragt worden. Darunter waren 14.978 Personen, die sich lt. AZR zum Stichtag noch in Deutschland aufhielten. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Aufgrund von Rundungen können sich bei der Summenbildung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben:

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	14.978
Geschlecht	
männlich	9.805
weiblich	5.168
divers	1
unbekannt	4

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	14.978
Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahre	
seit mehr als sechs Jahren in Deutschland	1.827
sechs Jahre oder weniger	13.127
unbekannt	24

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	14.978
darunter mit Aufenthaltsstatus:	
befristet	70,1%
unbefristet	15,4%
sonstiges (z.B. Duldung, kein Status gespeichert)	14,5%

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	14.978
darunter:	
Syrien	4.003
Afghanistan	2.212
Irak	1.941
Iran	888
Nigeria	791
Pakistan	694
Ägypten	449
Tunesien	428
Somalia	381
Marokko	317

Antwort zu 32b:

Im Jahr 2020 sind seitens der Bundespolizei sowie den weiteren mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden 29.783 unerlaubt eingereiste Personen sowie 23.354 Personen festgestellt worden, die nicht im Besitz eines erforderlichen Aufenthaltstitels waren. Informationen zur Anzahl, wie viele dieser Personen einen förmlichen Asylantrag gegenüber dem BAMF gestellt haben, liegen nicht vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Unerlaubte Einreise ohne erforderlichen Aufenthaltstitel							
Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen	männlich		weiblich		unbekannt	
		Gesamt	davon unter 18	Gesamt	davon unter 18	Gesamt	davon unter 18
Gesamt	29.783	23.560	2.711	6.212	980	11	2
darunter:							
afghanisch	2.961	2.441	762	519	240	1	1
syrisch	2.923	2.497	416	426	119	-	-
ukrainisch	2.154	1.590	30	564	15	-	-
albanisch	1.864	1.651	41	213	21	-	-
irakisch	1.480	1.168	213	309	135	3	-
moldauisch	1.229	956	27	273	24	-	-
serbisch	1.095	789	33	306	18	-	-
türkisch	1.036	874	61	161	28	1	-
algerisch	1.029	1.000	145	29	5	-	-

Unerlaubter Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel bzw. abgelaufenen Aufenthaltstitel/Visum							
Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen	männlich		weiblich		unbekannt	
		Gesamt	davon unter 18	Gesamt	davon unter 18	Gesamt	davon unter 18
Gesamt	23.354	16.686	1.334	6.653	422	15	5
darunter:							
ukrainisch	2.086	1.353	17	733	12	-	-
albanisch	2.038	1.565	52	473	35	-	-
türkisch	1.343	761	19	582	12	-	-
chinesisch	1.132	496	23	636	16	-	-
georgisch	1.057	854	5	203	4	-	-
serbisch	1.021	626	32	395	34	-	-
algerisch	959	926	176	32	3	1	-
afghanisch	893	758	219	135	44	-	-
marokkanisch	846	784	232	61	8	1	-
mazedonisch	795	490	40	305	23	-	-

Frage 33:

Wie viele Ausreisepflichtige lebten nach Angaben des AZR zum 31. Dezember 2020 in Deutschland, wie viele von ihnen hatten eine Duldung, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende ohne Duldung, wie viele von ihnen befanden sich nach Angaben des AZR noch in einem Asylverfahren, hatten einen Schutzstatus erhalten oder waren Unionsangehörige ohne Entzug des Freizügigkeitsrechts (bitte zu allen Unterfragen jeweils nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Antwort zu Frage 33:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2020	281.143
Länder	
Baden-Württemberg	34.595
Bayern	36.546
Berlin	16.354
Brandenburg	7.631
Bremen	3.437
Hamburg	9.352
Hessen	15.490
Mecklenburg-Vorpommern	4.553
Niedersachsen	25.612
Nordrhein-Westfalen	75.485
Rheinland-Pfalz	12.784
Saarland	1.464
Sachsen	14.147
Sachsen-Anhalt	6.480
Schleswig-Holstein	12.339
Thüringen	4.874

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2020	
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	281.143
Afghanistan	29.245
Irak	28.162
Nigeria	15.649
Russische Föderation	14.767
Serbien	11.225
Pakistan	10.103
Iran	9.171
Türkei	8.359
Albanien	7.899
Ungeklärt	7.846
Kosovo	7.683
Libanon	7.311
Armenien	6.687
Gambia	6.569
Syrien	5.887

Ausreisepflichtige Personen mit einer Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020	235.771
Länder	
Baden-Württemberg	31.110
Bayern	28.697
Berlin	12.579
Brandenburg	6.234
Bremen	2.959
Hamburg	6.653
Hessen	12.264
Mecklenburg-Vorpommern	4.059
Niedersachsen	21.246
Nordrhein-Westfalen	65.961
Rheinland-Pfalz	10.824
Saarland	1.243
Sachsen	11.288
Sachsen-Anhalt	5.572
Schleswig-Holstein	10.793
Thüringen	4.289

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020	
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	235.771
Afghanistan	26.346
Irak	25.596
Nigeria	13.817
Russische Föderation	13.047
Serbien	9.438
Pakistan	9.003
Iran	8.073
Ungeklärt	7.183
Libanon	6.828
Kosovo	6.727
Türkei	6.397
Albanien	6.213
Armenien	6.093
Gambia	6.043
Indien	5.175

Ausreisepflichtige Personen mit einem abgelehnten Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2020	
Länder	183.667
Baden-Württemberg	24.230
Bayern	24.362
Berlin	9.393
Brandenburg	3.957
Bremen	1.401
Hamburg	4.205
Hessen	9.000
Mecklenburg-Vorpommern	3.211
Niedersachsen	16.633
Nordrhein-Westfalen	49.940
Rheinland-Pfalz	9.497
Saarland	848
Sachsen	10.280
Sachsen-Anhalt	4.716
Schleswig-Holstein	8.503
Thüringen	3.491

Ausreisepflichtige Personen mit einem abgelehnten Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2020	
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	183.667
Afghanistan	23.306
Irak	22.247
Nigeria	9.965
Russische Föderation	9.731
Pakistan	7.749
Serbien	6.980
Iran	6.106
Libanon	5.533
Kosovo	5.435
Armenien	5.140
Gambia	4.927
Ungeklärt	4.903
Albanien	4.881
Indien	4.563
Türkei	4.228

**Hinweis zu den Tabellen „mit abgelehntem Asylantrag“: für die vorliegende Ausreisepflicht muss die im AZR erfasste Asylablehnung nicht ursächlich sein, da eine Asylablehnung im Regelfall dauerhaft gespeichert wird und ggf. bereits vor vielen Jahren oder Jahrzehnten erfolgt sein kann.*

Ausreisepflichtige ohne Duldung mit abgelehntem Asylantrag zum Stichtag 31. Dezember 2020	20.638
Länder	
Baden-Württemberg	1.592
Bayern	3.513
Berlin	1.618
Brandenburg	803
Bremen	184
Hamburg	549
Hessen	1.004
Mecklenburg-Vorpommern	313
Niedersachsen	2.090
Nordrhein-Westfalen	4.577
Rheinland-Pfalz	1.144
Saarland	80
Sachsen	1.336
Sachsen-Anhalt	439
Schleswig-Holstein	1.000
Thüringen	396

Ausreisepflichtige ohne Duldung mit abgelehntem Asylantrag zum Stichtag 31. Dezember 2020	20.638
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	
Afghanistan	2.009
Irak	1.825
Nigeria	1.103
Serbien	1.027
Russische Föderation	994
Türkei	919
Albanien	810
Pakistan	736
Iran	663
Kosovo	662
Georgien	569
Armenien	451
Syrien	415
Nordmazedonien	403
Moldau (Republik)	389

Ausreisepflichtige Personen mit einem anhängigen Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2020	33.214
Länder	
Baden-Württemberg	3.522
Bayern	4.654
Berlin	2.136
Brandenburg	1.982
Bremen	287
Hamburg	1.000
Hessen	2.098
Mecklenburg-Vorpommern	611
Niedersachsen	3.315
Nordrhein-Westfalen	7.119
Rheinland-Pfalz	1.173
Saarland	128
Sachsen	1.914
Sachsen-Anhalt	654
Schleswig-Holstein	1.903
Thüringen	718

Ausreisepflichtige Personen mit einem anhängigen Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2020	
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	33.214
Afghanistan	3.356
Irak	3.319
Nigeria	2.762
Russische Föderation	2.708
Iran	1.775
Syrien	1.646
Pakistan	1.236
Türkei	1.157
Georgien	901
Armenien	859
Somalia	849
Ungeklärt	779
Aserbaidshjan	753
Albanien	673
Guinea	664

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 31. Dezember 2020	Als Asylberechtigter anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Abs. 1 AsylG	Subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG	Gesamt
Länder	81	549	344	974
Baden-Württemberg	20	50	15	85
Bayern	2	94	49	145
Berlin	2	22	17	41
Brandenburg	0	4	6	10
Bremen	5	9	3	17
Hamburg	8	24	12	44
Hessen	6	47	26	79
Mecklenburg-Vorpommern	0	9	4	13
Niedersachsen	5	55	37	97
Nordrhein-Westfalen	26	125	113	264
Rheinland-Pfalz	4	36	23	63
Saarland	1	6	6	13
Sachsen	0	20	7	27
Sachsen-Anhalt	0	17	5	22
Schleswig-Holstein	2	17	16	35
Thüringen	0	14	5	19

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 31. Dezember 2020	Als Asylberechtigter anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Abs. 1 AsylG	Subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG	Gesamt
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	81	549	344	974
Syrien	3	123	174	300
Irak	6	82	24	112
Iran	11	69	4	84
Türkei	37	42	4	83
Afghanistan	4	40	21	65
Eritrea	0	21	26	47
Russische Föderation	0	17	24	41
Somalia	0	23	13	36
Ungeklärt	0	21	12	33
Äthiopien	3	13	4	20
Pakistan	0	13	0	13
Nigeria	2	10	0	12
Aserbaidshjan	1	7	2	10
Guinea	1	6	2	9
Libyen	1	4	3	8

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts** zum Stichtag 31. Dezember 2020	2.257
Länder	
Baden-Württemberg	600
Bayern	430
Berlin	84
Brandenburg	22
Bremen	13
Hamburg	58
Hessen	183
Mecklenburg-Vorpommern	10
Niedersachsen	121
Nordrhein-Westfalen	500
Rheinland-Pfalz	117
Saarland	7
Sachsen	36
Sachsen-Anhalt	19
Schleswig-Holstein	41
Thüringen	16

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts** zum Stichtag 31. Dezember 2020	
Alle Staatsangehörigkeiten darunter	2.257
Kroatien	845
Rumänien	347
Italien	253
Polen	205
Bulgarien	104
Griechenland	93
Spanien	90
Portugal	46
Niederlande	44
Ungarn	36
Litauen	35
Tschechien	33
Österreich	27
Frankreich	18
Lettland	17

***Hinweis zu den Tabellen „Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Entzug des Freizügigkeitsrechts“: Die Erlangung des EU-Freizügigkeitsrechts eines Ausländers bedeutet nicht automatisch, dass die vorher als Drittstaatsangehöriger erhaltene Ausreisepflicht erlischt. Vielmehr gilt die bisherige Ausreisepflicht rechtlich fort, solange eine Einzelfallprüfung der jeweils zuständigen Ausländerbehörde keinen anderen Sachverhalt ergibt und eine Löschung der Ausreisepflicht durch die Ausländerbehörde erfolgt.*

Frage 34:

Welche weiteren Maßnahmen zur Bereinigung der Daten im AZR insbesondere zu ausreisepflichtigen Personen hat es im Verlauf des zweiten Halbjahres 2020 gegeben, und welche konkreten Veränderungen und Korrekturen des Zahlenmaterials in Bezug auf welche Personengruppen sind infolgedessen feststellbar (bitte im Einzelnen und so detailliert wie möglich auflisten)?

Welche Tätigkeiten und Projekte hat insbesondere der Beauftragte für Datenqualität im zweiten Halbjahr 2020 mit welchen Erfolgen unternommen bzw. sind für die Zukunft geplant (bitte im Einzelnen auflisten)?

Antwort zu Frage 34:

Eine Datenbereinigung zum Einreise- und Aufenthaltsverbot ist aktuell noch nicht abgeschlossen. Die Speichersachverhalte werden jedoch laufend überprüft. Ferner erfolgen Bearbeitungshinweise an die Nutzer über die korrekte Erfassung der Speichersachverhalte zum Einreise- und Aufenthaltsverbot.

Eine weitere Bereinigungsliste über aufhältige Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsrecht wird aktuell vordringlich in Abstimmung mit den Vertretern der Bundesländer bearbeitet. Folgende Maßnahmen wurden im Einzelnen eingeleitet:

Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Die Ende 2019 vom Datenqualitätsbeauftragten begonnenen (Präsenz-)Veranstaltungen mit den Außenstellen werden zwischenzeitlich pandemiebedingt ausschließlich online und in kleineren Gruppen durchgeführt.

Ziel ist es weiterhin, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Asylbereiches zu aktuellen und konkreten Problemen sowie zur Bedeutung und zu den Anforderungen der Datenqualität zu sensibilisieren. Zuletzt haben bei insgesamt sechs Veranstaltungen 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilgenommen. Weitere Termine sind bereits in Planung.

Nutzung der Methoden der Fachanalytik (Datenanalytik): Zur Identifizierung von Defiziten im Bestand der Fachanwendung für das Asylverfahren Migration, Asyl, ReintegrationSystem (MARiS) sowie der entsprechenden Asyldaten im AZR hat sich die Nutzung der Methoden datenbasierter Analysen (Fachanalytik) etabliert. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen dem Datenqualitätsbeauftragten für das Anstoßen von Bereinigungen zu Asyldaten und begründen die erarbeiteten Vorschläge zu Anpassungen der Asylanwendung MARiS. Die Korrekturen und Aktualisierungen der entsprechenden Asyldaten im AZR (z. B. Asylantragstellung und Asylabschluss, Widerruf/Rücknahme, Einreise- und Aufenthaltsverbote) werden durch die zuständigen Organisationseinheiten des Asylbereiches vorgenommen.

Unterstützung bei der Weiterentwicklung der MARiS/AZR-Schnittstelle: Mit der Einführung der weiterentwickelten „MARiS/AZR-Schnittstelle“ (in Federführung der AZR-Kontaktstelle Asyl im BAMF) zum 1. November 2020 wurde die bestehende Schnittstelle auf den Standard XAusländer angehoben und ergänzend auf dieser Basis die Qualität der Meldung der asylrelevanten AZR-Speichersachverhalte aus der Fachanwendung für das Asylverfahren (MARiS) an das AZR verbessert. Übergreifendes Ziel ist eine weitgehende Automatisierung der MARiS/AZR-Schnittstelle. Eine entsprechend hohe Datenqualität ist die Voraussetzung für eine weiterführende Automatisierung, damit fehlerbedingte Unterbrechungen der Datenübermittlungsprozesse vermieden wird.

Die Unterstützung durch den Datenqualitätsbeauftragten erfolgt in Bezug auf die fachliche Ausgestaltung der MARiS/AZR-Schnittstelle. Ergänzend wurden Schulungsvideos zur Verwendung der neuen MARiS/AZR-Schnittstelle und mit dem Ziel der Sensibilisierung für die korrekte Dateneingabe aufgenommen und den Mitarbeitenden des Asylbereiches zur Verfügung gestellt.

Frage 35:

Gibt es inzwischen ein Ergebnis der seit mindestens zwei Jahren dauernden Beratungen und Prüfungen, inwieweit Personen statistisch als freiwillig ausgereist erfasst werden können, bei denen im AZR „Fortzug nach unbekannt“ einzutragen ist (vgl. bereits Bundestagsdrucksache 19/8258 zu Frage 5), wenn ja, welches (bitte darstellen), und wie groß war zum 31. Dezember 2020 die Zahl der im AZR gespeicherten Personen mit dem Vermerk „Fortzug nach unbekannt“ bzw. „Fortzug ins Ausland“ (bitte jeweils nach den 15 Hauptherkunftsstaaten, zuletzt erfasstem Aufenthaltsstatus und Bundesländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 35:

Es wird auf die Antwort zu Frage 35 der Kleinen Anfrage „Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2018“ der Fraktion DIE LINKE. in der Bundestagsdrucksache 19/8258 verwiesen. Der dort dargestellte Prozess ist aktuell noch nicht abgeschlossen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 3.090.686 Personen mit Meldestatus „Fortzug nach unbekannt“ im AZR erfasst. Angaben zum letzten erfassten Aufenthaltsstatus vor der gespeicherten Meldung „Fortzug nach unbekannt“ können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Personen mit Meldestatus „Fortzug nach unbekannt“ zum Stichtag 31. Dezember 2020	3.090.686
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	46,5
befristete Aufenthaltsrechte	16,0
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	37,5

Die Differenzierung nach Hauptherkunftsstaaten und Bundesländern kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Meldestatus „Fortzug nach unbekannt“ zum Stichtag 31. Dezember 2020	3.090.686
Länder	
Baden-Württemberg	407.331
Bayern	487.328
Berlin	247.375
Brandenburg	52.039
Bremen	39.850
Hamburg	83.412
Hessen	318.485
Mecklenburg-Vorpommern	30.733
Niedersachsen	202.430
Nordrhein-Westfalen	824.669
Rheinland-Pfalz	113.402
Saarland	18.725
Sachsen	111.103
Sachsen-Anhalt	48.337
Schleswig-Holstein	69.155
Thüringen	36.312

Personen mit Meldestatus „Fortzug nach unbekannt“ zum Stichtag 31. Dezember 2020	3.090.686
darunter:	
Rumänien	340.909
Polen	285.422
Türkei	146.137
Jugoslawien (ehemals)	139.047
Italien	129.669
Bulgarien	129.055
Griechenland	84.129
Ungarn	67.146
Vereinigte Staaten von Amerika	65.869
Frankreich	64.841
Vereinigtes Königreich	63.086
Bosnien und Herzegowina	58.055
Indien	53.709
Irak	52.092
Spanien	50.415

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren 3.140.087 Personen mit Meldestatus „Fortzug ins Ausland“ im AZR erfasst. Angaben zum letzten erfassten Aufenthaltsstatus vor der gespeicherten Meldung „Fortzug nach unbekannt“ können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Personen mit dem Meldestatus „Fortzug ins Ausland“ zum Stichtag 31. Dezember 2020	3.140.087
davon mit dem Aufenthaltsstatus sonstiges (z. B. Duldung)	in % 20,3
unbefristete Aufenthaltsrechte	60,6
befristete Aufenthaltsrechte	19,1

Die Differenzierung nach Hauptherkunftsstaaten und Bundesländern kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit dem Status „Fortzug ins Ausland“ zum Stichtag 31. Dezember 2020	3.140.087
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Polen	431.646
Rumänien	379.549
Italien	144.987
Ungarn	144.853
Bulgarien	117.469
Türkei	111.105
Vereinigte Staaten von Amerika	106.629
China	104.301
Indien	81.919
Kroatien	74.936
Spanien	72.464
Griechenland	62.426
Albanien	60.733
Frankreich	60.474
Serbien	57.516

Personen mit dem Status „Fortzug ins Ausland“ zum Stichtag 31. Dezember 2020	3.140.087
Länder	
Baden-Württemberg	591.745
Bayern	662.571
Berlin	146.633
Brandenburg	47.670
Bremen	23.864
Hamburg	69.912
Hessen	306.713
Mecklenburg-Vorpommern	33.243
Niedersachsen	278.760
Nordrhein-Westfalen	556.952
Rheinland-Pfalz	151.543
Saarland	24.723
Sachsen	85.342
Sachsen-Anhalt	46.259
Schleswig-Holstein	62.180
Thüringen	51.977

Frage 36:

Welche Angaben können dazu gemacht werden, wie viele der in Deutschland zum 30. Juni 2020 lebenden Geduldeten bzw. Asylsuchenden berechtigt bzw. nicht berechtigt waren, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, und wie vielen von ihnen wurde dies im Jahr 2020 erlaubt bzw. versagt (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren und zudem getrennt nach den Bundesländern auflisten)?

Antwort zu Frage 36:

Das AZR erfasst lediglich, in welchen Fällen Geduldeten bzw. Gestatteten eine Erwerbstätigkeit erlaubt bzw. versagt worden ist, allerdings lassen diese Daten keine Aussage darüber zu, ob die Erwerbstätigkeit, zu der die Erlaubnis erteilt wurde, auch tatsächlich aufgenommen wurde bzw. zum Stichtag noch bestand.

Zum 31. Dezember 2020 lag bei 40.034 geduldeten Personen eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 8.623 haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. In 3.841 Fällen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt.

Bei 31.035 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung lag eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 4.734 haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. Bei 1.816 wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt. Weitere Differenzierungen können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Aufhältige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit erlaubter Beschäftigung	
insgesamt	40.034
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Afghanistan	9.275
Irak	5.095
Pakistan	3.506
Nigeria	2.645
Gambia	1.807
Iran	1.533
Guinea	1.224
Somalia	1.019
Türkei	899
Indien	823
Libanon	738
Armenien	655
Russische Föderation	623
Äthiopien	560
Bangladesch	524

Aufhältige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit erlaubter Beschäftigung	40.034
Länder	
Baden-Württemberg	6.435
Bayern	5.204
Berlin	1.642
Brandenburg	652
Bremen	317
Hamburg	1.035
Hessen	2.902
Mecklenburg-Vorpommern	616
Niedersachsen	2.943
Nordrhein-Westfalen	9.794
Rheinland-Pfalz	2.791
Saarland	123
Sachsen	2.601
Sachsen-Anhalt	530
Schleswig-Holstein	1.620
Thüringen	829

Aufhältige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit zustimmungsfreier Beschäftigung	
insgesamt	8.623
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Afghanistan	2.216
Irak	1.082
Pakistan	482
Nigeria	408
Gambia	260
Russische Föderation	243
Iran	242
Guinea	232
Armenien	222
Libanon	208
Somalia	179
Serbien	179
Kosovo	170
Äthiopien	167
Aserbajdschan	150

Aufhältige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit zustimmungsfreier Beschäftigung	8.623
Länder	
Baden-Württemberg	832
Bayern	1.464
Berlin	51
Brandenburg	126
Bremen	68
Hamburg	298
Hessen	247
Mecklenburg-Vorpommern	202
Niedersachsen	486
Nordrhein-Westfalen	2.487
Rheinland-Pfalz	858
Saarland	18
Sachsen	774
Sachsen-Anhalt	37
Schleswig-Holstein	494
Thüringen	181

Aufhältige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit nicht erlaubter Beschäftigung	
insgesamt	3.841
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Afghanistan	520
Irak	422
Pakistan	250
Ungeklärt	215
Iran	192
Indien	149
Russische Föderation	135
Türkei	135
Libanon	130
Armenien	107
Nigeria	106
Ägypten	103
Guinea	100
Aserbaidshan	88
Kosovo	85

Aufhältige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit nicht erlaubter Beschäftigung	3.841
Länder	
Baden-Württemberg	236
Bayern	227
Berlin	703
Brandenburg	53
Bremen	47
Hamburg	351
Hessen	193
Mecklenburg-Vorpommern	69
Niedersachsen	252
Nordrhein-Westfalen	1.040
Rheinland-Pfalz	200
Saarland	17
Sachsen	166
Sachsen-Anhalt	42
Schleswig-Holstein	214
Thüringen	31

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit erlaubter Beschäftigung	
insgesamt	31.035
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Afghanistan	7.868
Iran	2.895
Irak	2.865
Türkei	2.321
Nigeria	2.129
Pakistan	2.118
Somalia	1.204
Guinea	918
Gambia	820
Syrien	652
Äthiopien	631
Russische Föderation	586
Kamerun	495
Ungeklärt	388
Eritrea	367

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit erlaubter Beschäftigung	31.035
Länder	
Baden-Württemberg	5.160
Bayern	3.660
Berlin	2.049
Brandenburg	1.818
Bremen	321
Hamburg	974
Hessen	4.970
Mecklenburg-Vorpommern	363
Niedersachsen	3.052
Nordrhein-Westfalen	5.464
Rheinland-Pfalz	476
Saarland	11
Sachsen	1.339
Sachsen-Anhalt	179
Schleswig-Holstein	747
Thüringen	452

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit zustimmungsfreier Beschäftigung	
insgesamt	4.734
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Afghanistan	1.578
Irak	386
Iran	361
Äthiopien	335
Pakistan	301
Nigeria	202
Russische Föderation	174
Somalia	153
Guinea	125
Gambia	116
Türkei	91
Syrien	89
Bangladesch	78
Ungeklärt	62
Kamerun	56

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit zustimmungsfreier Beschäftigung	4.734
Länder	
Baden-Württemberg	496
Bayern	1.136
Berlin	35
Brandenburg	359
Bremen	29
Hamburg	179
Hessen	498
Mecklenburg-Vorpommern	46
Niedersachsen	383
Nordrhein-Westfalen	1.059
Rheinland-Pfalz	69
Saarland	1
Sachsen	269
Sachsen-Anhalt	4
Schleswig-Holstein	123
Thüringen	48

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit nicht erlaubter Beschäftigung	
insgesamt	1.816
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Afghanistan	357
Türkei	229
Irak	212
Iran	200
Pakistan	135
Syrien	75
Russische Föderation	62
Nigeria	58
Ungeklärt	47
Somalia	42
Guinea	40
Äthiopien	34
Aserbaidshjan	30
Armenien	28
Ägypten	27

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit nicht erlaubter Beschäftigung	1.816
Länder	
Baden-Württemberg	131
Bayern	97
Berlin	335
Brandenburg	91
Bremen	27
Hamburg	128
Hessen	275
Mecklenburg-Vorpommern	15
Niedersachsen	149
Nordrhein-Westfalen	342
Rheinland-Pfalz	51
Saarland	1
Sachsen	60
Sachsen-Anhalt	9
Schleswig-Holstein	86
Thüringen	19



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 30. März 2021

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020
BT-Drucksache 19/26738**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020

BT-Drucksache 19/26738

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die von der Fraktion DIE LINKE regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/18498). Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2019 bei 56,6 Prozent, gegenüber der von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 38,2 Prozent. Die Statistikbehörde EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Union) verwendet ebenfalls eine um bestimmte formelle Entscheidungen (insbesondere Dublin-Entscheidungen) bereinigte „Anerkennungsrate“, diese lag nach ihren Berechnungen im Jahr 2019 für Deutschland bei 46 Prozent (70.320 Anerkennungen, <https://ec.europa.eu>, Pressemitteilung vom 27. April 2020).

Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung des BAMF. Gegen 75 Prozent aller ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2019 geklagt. Fast die Hälfte aller Asylklagen (44,7 Prozent) endete 2019 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, die wichtigsten Herkunftsländer hierbei waren: Afghanistan, Syrien, Nigeria und Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies z. B. als „sonstige Erledigung“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antwort zu Frage 26).

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur tatsächlich inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2019 in Höhe von 26,4 Prozent – das BAMF gibt demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur knapp 15 Prozent an („Gerichtsstatistik 2019“, Meldung vom 30. März 2020, www.bamf.de).

Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2019 bei 48,7 Prozent, d. h. fast jeder zweite Bescheid erwies sich nach einer gerichtlichen Überprüfung als falsch (Somalia: 44,4 Prozent, Iran: 38 Prozent). In absoluten Zahlen mussten die Verwaltungsgerichte 2019 insgesamt 22 302 BAMF-Bescheide korrigieren, zudem änderte das BAMF von sich aus weitere 3 831 Bescheide – gut 26 000 Schutzsuchende, die vom BAMF zunächst abgelehnt worden waren, erhielten 2019 also nachträglich doch noch einen Schutzstatus (gut 70 000 Anerkennungen des BAMF gab es im Jahr 2019 insgesamt). Zuletzt räumte die Bundesregierung ein (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22023, Antwort auf Frage 18), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ bei Gericht keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungspraxis des BAMF gewertet werden können.

Die Spannweite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Standorte des BAMF ist enorm: Bei afghanischen Schutzsuchenden lag sie im Jahr 2019 zwischen 32,5 und 84,7 Prozent, bei irakischen zwischen 1,8 und 91,9 Prozent, bei iranischen zwischen 8 und 67,4 Prozent, bei somalischen zwischen 23,7 und 94,7 Prozent und bei türkischen Asylsuchenden zwischen 25,1 und 96,6 Prozent. Mit deutlich negativ abweichenden Schutzquoten fielen z. B. die BAMF-Standorte Frankfurter Flughafen, Heidelberg, Chemnitz, Trier, Eisenhüttenstadt, Zirndorf und Berlin auf. Das Forschungszentrum des BAMF hatte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis im BAMF benannt: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Bundestagsdrucksache 19/6786, Antwort zu Frage 5), auf Nachfrage (Bundestagsdrucksache 19/18498, Antwort zu Frage 4f) hieß es, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-) Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“. In Bezug auf die Herkunftsländer Nigeria und Eritrea wurden Leitsätze und Textbausteine geändert, um Entscheidungen zu vereinheitlichen, die Entscheidungspraxis in Bamberg wurde beanstandet, weil es nicht nachvollziehbare Abweichungen gegeben habe (ebd., Frage 4b). In der Zeitschrift für Ausländerrecht (ZAR 7/2020, 223 ff.) erklärte die Vize-Präsidentin des BAMF, Ursula Gräfin Praschma, unterschiedliche Schutzquoten ließen sich vor allem auf individuell unterschiedliche Sachverhalte und Merkmale der jeweiligen Asylgesuche zurückführen. In einer Entgegnung (ZAR 1/2021, S. 10 ff.) legte Prof. Dr. Gerald Schneider aufgrund empirischer Daten zu Asylsuchenden in Deutschland dar, dass diese individuellen Merkmale gerade keinen messbaren Effekt auf die Schutzgewährung hätten. Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, „die zuvor im Wege des legalen Familiennachzugs eingereist sind“, so die Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 2b).

Beim GFK-Status (GFK, Genfer Flüchtlingskonvention) lag dieser Anteil des Familienschutzes im Jahr 2019 bei 80,6 Prozent (2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 noch zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp fünf Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10-11/2020, Seite 356). Die meisten GFK-Status werden derzeit also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, ansonsten fiele die Entscheidungspraxis des BAMF weitaus restriktiver aus.

Bei der Mehrheit aller Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche, 2019 lag der Anteil der unter 18jährigen Asylsuchenden bei 50,1 Prozent, 1,9 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Bei 31 417 Asylanträgen (22 Prozent aller Anträge) ging es um in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten: 2 567 waren Kinder von Asylsuchenden, 10 319 von anerkannten Flüchtlingen, bei vielen der übrigen 18 531 „nachgeborenen“ Asylsuchenden dürfte es sich um Kinder von Geduldeten oder Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG handeln, für die nach § 14a Absatz 2 AsylG bei Geburt in Deutschland ein Asylantrag von Amts wegen als gestellt gilt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat knüpft vor diesem Hintergrund in seiner Asylantragsstatistik seit Januar 2020 zentral an der Zahl „grenzüberschreitender Asylerstanträge“ an, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html>).

Frage 1a:

Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2020 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien und die Türkei sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?

Frage 1b:

Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen?

Antwort zu Frage 1a und 1b:

Die Fragen 1a und die Quote zu 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. Bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

4. Quartal 2020	Asyl- berechtigung Art 16a GG*		Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG**		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG***		Gesamtzuschutz		Quote zu Frage 1b
	abso- lut	Anteil	abso- lut	Anteil	abso- lut	Anteil	abso- lut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	342	1,0%	8.451	25,1%	5.028	15,0%	1.434	4,3%	15.255	45,4%	61,6%
darunter											
Syrien	66	0,7%	4.427	46,0%	4.203	43,6%	41	0,4%	8.737	90,7%	99,9%
Afghanistan	12	0,4%	403	13,1%	124	4,0%	688	22,3%	1.227	39,8%	64,6%
Irak	5	0,2%	718	24,9%	161	5,6%	197	6,8%	1.081	37,5%	51,9%
Türkei	68	3,7%	586	32,0%	8	0,4%	11	0,6%	673	36,7%	42,3%
Ungeklärt	36	3,0%	664	56,1%	75	6,3%	25	2,1%	800	67,6%	81,6%
Somalia	14	1,6%	358	41,2%	55	6,3%	52	6,0%	479	55,1%	81,6%
Nigeria	6	0,4%	63	3,9%	17	1,1%	64	4,0%	150	9,3%	14,2%
Eritrea	10	1,2%	482	56,2%	173	20,2%	54	6,3%	719	83,8%	91,8%
Iran	34	2,4%	307	21,3%	30	2,1%	22	1,5%	393	27,3%	34,1%
Algerien	-	-	-	-	-	-	1	0,2%	1	0,2%	0,6%
Georgien	-	-	1	0,2%	2	0,4%	3	0,5%	6	1,1%	1,8%
Moldau, Republik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Guinea	14	2,6%	78	14,3%	26	4,8%	18	3,3%	136	24,9%	38,0%
Russische Föderation	11	1,1%	29	2,9%	13	1,3%	14	1,4%	67	6,8%	13,3%
Marokko	-	-	1	0,3%	1	0,3%	-	-	2	0,5%	1,2%
Serbien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ghana	1	0,6%	-	-	1	0,6%	6	3,4%	8	4,5%	6,9%
Kosovo	-	-	1	0,8%	-	-	1	0,8%	2	1,6%	3,2%
Senegal	-	-	-	-	-	-	1	1,8%	1	1,8%	3,0%
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	1	1,1%	1	1,1%	3,7%
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Albanien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Armenien	-	-	2	1,0%	1	0,5%	4	1,9%	7	3,4%	6,4%
Tunesien	1	0,6%	-	-	-	-	1	0,6%	2	1,1%	2,5%

* Grundgesetz

** Asylgesetz

*** Aufenthaltsgesetz

4. Quartal 2020			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	342	1,0%	1,4%
darunter Familienschutz	134	0,4%	0,5%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	8.451	25,1%	34,1%
darunter Familienschutz	7.014	20,9%	28,3%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	4	0,0%	0,0%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	3.390	10,1%	13,7%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	350	1,0%	1,4%
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.284	3,8%	5,2%
Summe subsidiärer Schutz	5.028	15,0%	20,3%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	1.339	4,0%	5,4%
§ 60 VII AufenthG	95	0,3%	0,4%
Summe Abschiebungsverbot	1.434	4,3%	5,8%
Gesamtsschutz	15.255	45,4%	61,6%

Jahr 2020	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	Absolut	An- teil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer ge- samt	1.693	1,2%	36.125	24,9%	18.950	13,1%	5.702	3,9%	62.470	43,1%	57,3%
darunter											
Syrien	270	0,7%	18.563	48,0%	15.464	39,9%	192	0,5%	34.489	89,1%	99,8%
Afghanistan	49	0,5%	1.491	13,8%	496	4,6%	2.550	23,6%	4.586	42,5%	62,0%
Irak	18	0,1%	3.358	26,1%	566	4,4%	754	5,9%	4.696	36,5%	48,9%
Türkei	514	5,2%	3.706	37,1%	31	0,3%	38	0,4%	4.289	43,0%	47,7%
Ungeklärt	91	2,1%	2.147	50,0%	300	7,0%	89	2,1%	2.627	61,1%	77,1%
Nigeria	16	0,2%	273	3,6%	47	0,6%	287	3,8%	623	8,2%	13,5%
Iran	198	2,5%	1.366	17,3%	172	2,2%	64	0,8%	1.800	22,7%	27,9%
Somalia	50	1,3%	1.346	36,2%	261	7,0%	226	6,1%	1.883	50,7%	77,0%
Eritrea	42	1,1%	2.042	55,4%	674	18,3%	252	6,8%	3.010	81,7%	90,5%
Georgien	-	-	4	0,1%	5	0,2%	17	0,6%	26	0,9%	1,4%
Russische Föderation	63	1,5%	118	2,7%	58	1,3%	47	1,1%	286	6,6%	12,8%
Moldau, Republik	-	-	-	-	-	-	12	0,5%	12	0,5%	1,1%
Guinea	32	1,4%	274	12,0%	101	4,4%	97	4,3%	504	22,1%	29,9%
Algerien	1	0,1%	7	0,5%	5	0,3%	10	0,7%	23	1,6%	3,8%
Vietnam	-	-	1	0,1%	1	0,1%	4	0,3%	6	0,5%	0,7%
Serbien	-	-	1	0,1%	-	-	-	-	1	0,1%	0,2%
Ghana	1	0,1%	5	0,7%	4	0,5%	17	2,3%	27	3,6%	5,5%
Kosovo	-	-	1	0,2%	-	-	12	1,9%	13	2,1%	4,4%
Bosnien und Herze- gowina	-	-	-	-	1	0,2%	7	1,7%	8	1,9%	4,9%
Senegal	-	-	2	0,8%	1	0,4%	4	1,6%	7	2,8%	5,2%
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	1	0,1%	-	-	-	-	1	0,1%	0,2%
Albanien	-	-	4	0,3%	3	0,2%	4	0,3%	11	0,7%	1,3%
Marokko	-	-	9	0,7%	4	0,3%	15	1,2%	28	2,3%	4,4%
Armenien	-	-	8	0,8%	2	0,2%	27	2,7%	37	3,7%	5,5%
Tunesien	3	0,5%	8	1,3%	1	0,2%	4	0,6%	16	2,5%	4,8%

Jahr 2020			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.693	1,2%	1,6%
darunter Familienschutz	594	0,4%	0,5%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	36.125	24,9%	33,1%
darunter Familienschutz	29.628	20,4%	27,2%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	10	0,0%	0,0%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	8.252	5,7%	7,6%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	5.398	3,7%	4,9%
§ 4 I AsylG Familienschutz	5.290	3,6%	4,9%
Summe subsidiärer Schutz	18.950	13,1%	17,4%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	5.260	3,6%	4,8%
§ 60 VII AufenthG	442	0,3%	0,4%
Summe Abschiebungsverbot	5.702	3,9%	5,2%
Gesamtsschutz	62.470	43,1%	57,3%

Antwort zu Frage 1b:

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4.Quartal 2020 Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	2
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	681
nicht erforderlich, Dublin	69
sonstige Einstellung	570
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	3.489
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	701
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	9
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	2
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	743
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	2.579

Jahr 2020 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	8
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	2.226
nicht erforderlich, Dublin	313
sonstige Einstellung	2.483
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	11.368
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	4.830
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	30
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	24
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	4.110
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	10.622

Frage 1c:

Wie hoch war im Jahr 2020 der Anteil internationalen Flüchtlingsschutzes (Asylberechtigung bzw. Schutz nach GFK, bitte differenzieren) bzw. subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen BAMF-Entscheidungen (ohne formelle Entscheidungen), wenn die im Rahmen des Familienschutzes gewährten Schutzstatus nicht berücksichtigt werden (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie lauten im Vergleich dazu diese Werte für das Jahr 2015 (bitte wie zuvor differenzieren), und wie erklärt und bewertet die Bundesregierung den in diesem Zeitraum z. B. bei syrischen, aber auch eritreischen oder irakischen Flüchtlingen drastisch gesunkenen Anteil gewährten Schutzes nach der GFK, wenn Schutzstatus im Rahmen des Familienasyls nicht berücksichtigt werden (vgl. Vorbemerkung und: mediendienst-integration.de: Wie hat sich die Entscheidungspraxis entwickelt)?

Antwort zu Frage 1c:

Der Anteil des internationalen Flüchtlingsschutzes bzw. subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Entscheidungen zum Familienschutz kann nicht belastbar berechnet werden, da nicht alle Entscheidungen zum Familienschutz statistisch erfasst werden und demzufolge auch nicht aus der für die Berechnung erforderlichen Bezugsmenge (Anzahl aller materiellen Entscheidungen ohne Entscheidungen zum Familienschutz) herausgerechnet werden können. So wird bei Asylablehnungen statistisch nicht erfasst, wie viele ggf. im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Familienschutz erfolgten.

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne Quoten) können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2020	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz
Alle Herkunftsländer (HKL)	1.099	1.693	6.497	36.125	13.660	18.950
darunter						
Syrien	126	270	454	18.563	11.701	15.464
Afghanistan	33	49	448	1.491	260	496
Irak	5	18	198	3.358	140	566
Türkei	315	514	2.330	3.706	23	31
Ungeklärt	56	91	759	2.147	183	300
Nigeria	10	16	93	273	20	47
Iran	151	198	825	1.366	143	172
Somalia	40	50	554	1.346	95	261
Eritrea	3	42	46	2.042	354	674
Georgien	-	-	3	4	2	5
Russische Föderation	53	63	30	118	26	58
Moldau, Republik	-	-	-	-	-	-
Guinea	29	32	120	274	85	101
Algerien	1	1	4	7	3	5
Vietnam	-	-	-	1	1	1

2015	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz
Alle HKL	1.856		132.133		1.509	
darunter						
Syrien	1.123	1.167	99.283	99.970	30	61
Afghanistan	43	48	1.284	1.660	287	325
Irak	148	157	13.567	14.353	269	289
Türkei	11	17	34	81	13	19
Ungeklärt	33	35	3.190	3.256	3	5
Nigeria	5	7	15	25	6	7
Iran	177	208	1.142	1.325	20	29
Somalia	-	-	230	434	250	265
Eritrea	41	44	8.673	8.870	343	347
Georgien	-	-	-	-	-	-
Russische Föderation	8	9	115	185	36	71
Moldau, Republik	-	-	-	2	-	-
Guinea	2	4	35	47	1	2
Algerien	2	2	3	9	3	4
Vietnam	-	-	-	-	-	-

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prüft im individuellen Einzelfall, ob die Voraussetzungen für eine Schutzzuerkennung vorliegen.

Frage 2a:

Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes – AsylG – (GFK) im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2020 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Antwort zu Frage 2a:

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 AsylG erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts-spez. Verfolgung		davon geschlechts-spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	8.451	7.014	778	130	456	291
darunter:						
Syrien	4.427	4.296	95	11	16	5
Afghanistan	403	266	15	2	111	41
Irak	718	683	6	2	25	13
Türkei	586	244	324	40	1	0
Ungeklärt	664	414	112	7	43	4
Somalia	358	210	8	7	127	120
Nigeria	63	39	0	0	21	18
Eritrea	482	476	2	0	2	2
Iran	307	125	157	37	10	8
Algerien	0	0	0	0	0	0
Georgien	1	0	0	0	1	1
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	78	40	3	2	31	29
Russische Föderation	29	23	2	0	3	3
Marokko	1	0	1	1	0	0

Jahr 2020	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts-spez. Verfolgung		davon geschlechts-spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	36.125	29.628	4.052	574	1.714	1.122
darunter:						
Syrien	18.563	18.109	316	53	39	14
Afghanistan	1.491	1.043	51	13	365	151
Irak	3.358	3.160	35	16	126	70
Türkei	3.706	1.376	2.261	200	8	3
Ungeklärt	2.147	1.388	289	36	195	27
Nigeria	273	180	9	5	74	70
Iran	1.366	541	734	134	39	31
Somalia	1.346	792	21	17	471	443
Eritrea	2.042	1.996	19	4	17	15
Georgien	4	1	2	0	1	1
Russische Föderation	118	88	21	4	8	8
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	274	154	4	3	101	96
Algerien	7	3	1	1	2	2
Vietnam	1	1	0	0	0	0

Frage 2b:

Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 2b:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	§ 26 AsylG		§ 3 I AsylG		§ 4 I AsylG	
	Anerkennung		Familienschutz		Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	134	44	7.014	3.725	1.284	830
darunter:						
Syrien	41	10	4.296	2.208	886	572
Afghanistan	5	2	266	167	53	30
Irak	3	1	683	436	111	59
Türkei	27	5	244	69	0	0
Ungeklärt	16	5	414	159	34	27
Somalia	5	2	210	123	34	28
Nigeria	1	1	39	19	8	8
Eritrea	9	6	476	330	92	76
Iran	10	3	125	60	7	4
Algerien	0	0	0	0	0	0
Georgien	0	0	0	0	0	0
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	2	0	40	31	4	3
Russische Föderation	1	1	23	14	9	4
Marokko	0	0	0	0	1	0

Jahr 2020	§ 26 AsylG		§ 3 I AsylG		§ 4 I AsylG	
	Anerkennung		Familienschutz		Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	594	220	29.629	16.953	5.290	3.557
darunter:						
Syrien	144	61	18.109	10.411	3.763	2.503
Afghanistan	16	9	1.043	675	236	143
Irak	13	7	3.160	1.983	426	244
Türkei	199	38	1.376	273	8	3
Ungeklärt	35	13	1.388	731	117	94
Nigeria	6	1	180	113	27	23
Iran	47	16	541	283	29	15
Somalia	10	4	792	496	166	139
Eritrea	39	25	1.996	1.368	320	277
Georgien	0	0	1	1	3	1
Russische Föderation	10	4	88	41	32	13
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	3	0	154	114	16	13
Algerien	0	0	3	2	2	1
Vietnam	0	0	1	1	0	0

Frage 2c:

Wie viele der Asylsuchenden in den genannten Zeiträumen verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den 10 wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 19/22023 zu Frage 2c differenzieren)?

Antwort zu Frage 2c:

Zum Stichtag 31. Januar 2021 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 23.324 Personen erfasst, die im Jahr 2020 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 6.058 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten.

Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung während eine gültige AE oder eine Duldung vorlagen	4.Quartal 2020	Jahr 2020 gesamt
Gesamt	8.733	23.324
davon:		
AE - familiäre Gründe	2.880	11.543
Duldungen	1.812	6.205
AE- völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	3.914	4.998
AE - Besondere Aufenthaltsrechte	72	290
AE – Bildung/ Ausbildung	46	245
AE - Erwerbstätigkeit	9	41
EU-Aufenthaltsrechte		2

Asylantragstellung während eine gültige AE oder eine Duldung vorlagen	4.Quartal 2020	Jahr 2020 gesamt
alle Staatsangehörigkeiten	8.733	23.324
darunter:		
Syrien	5.998	13.690
Afghanistan	332	1.219
Ungeklärt	399	1.183
Irak	218	1.154
Iran	166	598
Türkei	199	582
Eritrea	139	547
Somalia	151	477
Russische Föderation	104	438
Nigeria	100	377

Asylantragstellung während einer gültigen AE zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	4.Quartal 2020	Jahr 2020 gesamt
Gesamt	1.701	6.058
davon		
nach § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3c Var. 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	65	232
nach § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3c Var. 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	72	265
nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	1.017	3.643
nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	6	23
nach § 36a Abs. 1 S. 1 Var. 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	10	37
nach § 36a Abs. 1 S. 1 Var. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	342	1.173
nach § 36a Abs. 1 S. 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	189	685

Frage 3:

Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria und Türkei im Jahr 2020, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren)?

Wie lauten diese Werte zur bereinigten Schutzquote der Organisationseinheiten, wenn Entscheidungen zur Gewährung eines Familienschutzes nicht berücksichtigt werden (bitte wie zuvor differenzieren)?

Antwort zu Frage 3:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01. – 31.12.2020	Syrien	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	38.710	99,8%
darunter:		
AS Dortmund im AZ	1.782	100,0%
AS Bielefeld im AZ	1.472	100,0%
AS Essen	1.025	100,0%
AS Ellwangen	786	100,0%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	758	100,0%
AS Mönchengladbach im AZ	751	100,0%
AS Heidelberg im AZ	653	100,0%
AS Freiburg	634	100,0%
AS Suhl im AZ	588	100,0%
AS Sigmaringen	568	100,0%
AS Büdingen	554	100,0%
AS Bremen im AZ, LAS	548	100,0%
AS Karlsruhe, LAS	546	100,0%
AS Deggendorf in AnKER	491	100,0%
AS Bamberg in AnKER	483	100,0%
AS Braunschweig	483	100,0%
AS Berlin im AZ	456	100,0%
AS Chemnitz im AZ, LAS	373	100,0%
AS Düsseldorf	358	100,0%
AS Neustadt	312	100,0%
AS München	301	100,0%
AS Regensburg in AnKER	270	100,0%
AS Manching in AnKER	258	100,0%
AS Schweinfurt in AnKER	219	100,0%
AS Frankfurt/Flughafen	66	100,0%
AS Trier, LAS	1.688	99,9%
AS Neumünster, LAS	1.593	99,9%
AS Gießen im AZ, LAS	1.386	99,9%
Entscheidungszentrum West Bonn	1.210	99,9%

AS Bonn im AZ	2.018	99,9%
AS Lebach in AnKER, LAS	993	99,9%
AS Bad Fallingbostal im AZ	962	99,9%
AS Friedland, LAS	908	99,9%
AS Halberstadt im AZ, LAS	1.205	99,8%
AS Speyer	428	99,8%
AS Hamburg im AZ, LAS	457	99,8%
AS Bochum, LAS	2.840	99,7%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	379	99,7%
AS Bramsche im AZ	934	99,7%
AS Oldenburg	589	99,7%
AS Leipzig im AZ	296	99,6%
AS Berlin, LAS	1.195	99,5%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	314	99,3%
AS Dresden in AnKER	375	99,2%
AS Zirndorf in AnKER	736	99,0%
AS Nostorf-Horst, LAS	142	98,5%
AS Schwerin im AZ	510	98,3%

01.01. – 31.12.2020	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	10.803	62,0%
darunter:		
AS Schweinfurt in AnKER	65	87,5%
AS Freiburg	63	85,5%
AS Nostorf-Horst, LAS	75	84,2%
AS Ellwangen	93	81,7%
AS Schwerin im AZ	186	80,0%
AS Sigmaringen	65	78,9%
AS Bochum, LAS	212	77,9%
AS München	504	77,8%
AS Büdingen	148	74,6%
AS Speyer	136	73,0%

AS Neustadt	52	72,7%
AS Karlsruhe, LAS	114	72,5%
AS Bremen im AZ, LAS	104	71,9%
AS Dortmund im AZ	182	71,7%
AS Trier, LAS	401	70,0%
AS Suhl im AZ	281	68,7%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	80	67,9%
AS Leipzig im AZ	58	67,4%
Entscheidungszentrum West Bonn	244	67,0%
AS Halberstadt im AZ, LAS	256	66,2%
AS Mönchengladbach im AZ	161	66,0%
AS Bramsche im AZ	232	64,7%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	230	64,7%
AS Essen	130	64,6%
AS Bonn im AZ	256	64,1%
AS Friedland, LAS	141	64,1%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	58	62,0%
AS Oldenburg	53	60,4%
AS Berlin, LAS	525	59,8%
AS Bad Fallingb. im AZ	132	58,4%
AS Hamburg im AZ, LAS	550	58,2%
AS Lebach in AnKER, LAS	60	58,2%
AS Bielefeld im AZ	203	56,6%
AS Neumünster, LAS	721	54,0%
AS Berlin im AZ	115	49,4%
AS Gießen im AZ, LAS	838	48,7%
AS Frankfurt/Flughafen	53	47,6%
AS Heidelberg im AZ	285	47,5%
AS Chemnitz im AZ, LAS	368	45,9%
AS Manching in AnKER	277	31,7%

01.01. – 31.12.2020	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	12.852	48,9%
darunter:		
AS Freiburg	140	78,0%
AS München	230	72,3%
AS Braunschweig	131	70,5%
AS Karlsruhe, LAS	262	70,5%
AS Oldenburg	326	68,2%
AS Bochum, LAS	480	68,2%
AS Friedland, LAS	230	67,9%
AS Bad Fallingbostal im AZ	454	62,6%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	63	62,5%
AS Ellwangen	108	60,6%
AS Dortmund im AZ	454	60,3%
AS Bielefeld im AZ	709	60,2%
AS Bremen im AZ, LAS	86	60,0%
AS Bonn im AZ	793	59,7%
Entscheidungszentrum West Bonn	529	59,1%
AS Sigmaringen	77	56,9%
AS Berlin, LAS	260	55,0%
AS Düsseldorf	99	53,3%
AS Leipzig im AZ	80	49,3%
AS Essen	301	47,0%
AS Zirndorf in AnKER	352	45,7%
AS Suhl im AZ	285	42,4%
AS Bramsche im AZ	518	39,8%
AS Gießen im AZ, LAS	352	39,2%
AS Hamburg im AZ, LAS	303	38,1%
AS Dresden in AnKER	133	36,5%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	162	36,5%
AS Trier, LAS	178	36,2%
AS Mönchengladbach im AZ	369	35,8%

AS Lebach in AnKER, LAS	66	33,3%
AS Halberstadt im AZ, LAS	128	33,0%
AS Neumünster, LAS	790	29,1%
AS Regensburg in AnKER	274	26,9%
AS Schwerin im AZ	121	25,9%
AS Berlin im AZ	130	24,0%
AS Chemnitz im AZ, LAS	182	21,0%
AS Bamberg in AnKER	184	18,7%
AS Frankfurt/Flughafen	89	16,0%
AS Heidelberg im AZ	440	15,6%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	85	8,8%

01.01. – 31.12.2020	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.917	27,9%
darunter:		
Entscheidungszentrum West Bonn	80	50,8%
AS Bochum, LAS	256	46,6%
AS Suhl im AZ	159	46,3%
AS Nostorf-Horst, LAS	224	46,3%
AS Düsseldorf	121	43,8%
AS Halberstadt im AZ, LAS	215	43,2%
AS Trier, LAS	306	43,0%
AS Lebach in AnKER, LAS	52	42,9%
AS Bad Fallingb. im AZ	104	41,8%
AS Speyer	133	39,5%
AS Dresden in AnKER	96	36,5%
AS Zirndorf in AnKER	219	34,8%
AS Berlin, LAS	275	29,9%
AS Dortmund im AZ	309	29,2%
AS Bremen im AZ, LAS	113	26,8%
AS Heidelberg im AZ	325	26,6%
AS Essen	132	25,8%

AS Chemnitz im AZ, LAS	315	25,3%
AS Friedland, LAS	62	24,5%
AS Bramsche im AZ	402	24,1%
AS Gießen im AZ, LAS	505	22,3%
AS Neumünster, LAS	438	21,7%
AS Mönchengladbach im AZ	323	19,9%
AS Bonn im AZ	496	19,3%
AS Bamberg in AnKER	286	19,2%
AS Hamburg im AZ, LAS	427	12,8%
AS Bielefeld im AZ	274	11,9%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	157	11,7%
AS Frankfurt/Flughafen	55	7,7%
AS Berlin im AZ	144	6,6%

01.01. – 31.12.2020	Eritrea	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.683	90,5%
darunter:		
AS Oldenburg	52	100,0%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	71	98,6%
AS Büdingen	167	98,1%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	51	97,8%
AS München	133	97,6%
AS Friedland, LAS	85	97,4%
AS Dortmund im AZ	92	96,6%
AS Sigmaringen	54	96,3%
AS Karlsruhe, LAS	62	94,6%
AS Bonn im AZ	180	93,9%
AS Trier, LAS	174	93,3%
AS Bochum, LAS	151	93,1%
AS Hamburg im AZ, LAS	110	93,0%
AS Freiburg	78	91,9%
AS Berlin, LAS	59	91,2%

AS Bramsche im AZ	77	89,5%
AS Halberstadt im AZ, LAS	97	89,4%
AS Gießen im AZ, LAS	391	89,3%
AS Essen	61	88,3%
AS Neumünster, LAS	158	87,8%
AS Bielefeld im AZ	121	86,3%
AS Bamberg in AnKER	123	84,7%
Entscheidungszentrum West Bonn	118	84,2%
AS Suhl im AZ	91	80,0%
AS Heidelberg im AZ	114	76,6%
AS Deggendorf in AnKER	93	76,1%

01.01. – 31.12.2020	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.714	77,0%
darunter:		
AS Büdingen	87	93,8%
AS München	146	93,6%
AS Schwerin im AZ	54	88,4%
AS Speyer	68	88,1%
AS Friedland, LAS	65	87,5%
AS Neustadt	53	87,2%
AS Trier, LAS	318	85,8%
AS Mönchengladbach im AZ	54	84,8%
AS Bochum, LAS	53	84,6%
AS Bonn im AZ	83	83,6%
AS Halberstadt im AZ, LAS	96	82,9%
AS Bielefeld im AZ	60	82,5%
AS Berlin, LAS	59	81,0%
AS Hamburg im AZ, LAS	98	78,3%
AS Dortmund im AZ	69	76,5%
AS Bad Fallingb. im AZ	57	75,0%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	71	74,5%

AS Karlsruhe, LAS	59	72,7%
AS Gießen im AZ, LAS	387	72,1%
AS Bramsche im AZ	72	70,1%
AS Suhl im AZ	64	67,4%
AS Neumünster, LAS	124	65,2%
AS Heidelberg im AZ	81	64,5%
Entscheidungszentrum West Bonn	73	61,4%
AS Leipzig im AZ	61	58,3%
AS Schweinfurt in AnKER	144	54,4%
AS Zirndorf in AnKER	51	53,8%

01.01. – 31.12.2020	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.557	13,5%
darunter:		
AS Halberstadt im AZ, LAS	101	38,0%
AS Bochum, LAS	197	33,3%
AS Bonn im AZ	186	32,7%
AS Dortmund im AZ	152	29,8%
AS Bad Fallingbostal im AZ	87	26,7%
AS Essen	93	22,5%
Entscheidungszentrum West Bonn	289	22,1%
AS Suhl im AZ	150	21,4%
AS Bielefeld im AZ	138	18,7%
AS Karlsruhe, LAS	160	15,8%
AS Manching in AnKER	56	14,3%
AS Ellwangen	135	12,3%
AS München	1.164	10,8%
AS Neumünster, LAS	112	10,1%
AS Sigmaringen	114	9,7%
AS Berlin im AZ	116	9,6%
AS Bamberg in AnKER	71	8,8%
AS Mönchengladbach im AZ	149	8,5%

AS Gießen im AZ, LAS	197	8,2%
AS Deggendorf in AnKER	122	7,1%
AS Trier, LAS	285	6,8%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	190	6,6%
AS Freiburg	105	5,9%
AS Zirndorf in AnKER	151	5,9%
AS Leipzig im AZ	138	5,9%
AS Regensburg in AnKER	96	3,9%
AS Frankfurt/Flughafen	72	3,4%
AS Schweinfurt in AnKER	140	2,6%
AS Heidelberg im AZ	811	2,4%
AS Hamburg im AZ, LAS	131	1,9%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	94	1,6%

01.01. – 31.12.2020	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	9.977	47,7%
darunter:		
AS Dortmund im AZ	378	67,9%
AS Büdingen	59	63,8%
AS Mönchengladbach im AZ	494	62,4%
AS Bielefeld im AZ	391	60,8%
AS Trier, LAS	476	60,7%
AS Düsseldorf	122	60,2%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	754	57,8%
AS Suhl im AZ	286	56,5%
AS Essen	208	54,6%
Entscheidungszentrum West Bonn	73	52,1%
AS Heidelberg im AZ	1.069	52,0%
AS Speyer	62	50,9%
AS Bramsche im AZ	295	50,2%
AS Bonn im AZ	608	49,9%
AS Bochum, LAS	276	49,4%

AS Gießen im AZ, LAS	1.033	49,0%
AS Sigmaringen	53	48,9%
AS Ellwangen	86	48,7%
AS Frankfurt/Flughafen	109	47,2%
AS Bad Fallingbostal im AZ	138	40,8%
AS Karlsruhe, LAS	73	40,4%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	159	38,0%
AS Berlin im AZ	72	37,1%
AS Dresden in AnKER	139	34,7%
AS Halberstadt im AZ, LAS	251	33,6%
AS Neumünster, LAS	291	32,1%
AS Friedland, LAS	118	30,1%
AS Lebach in AnKER, LAS	69	29,2%
AS Bremen im AZ, LAS	71	28,1%
AS Chemnitz im AZ, LAS	251	24,0%
AS Berlin, LAS	583	21,2%
AS Hamburg im AZ, LAS	142	20,9%
AS Nostorf-Horst, LAS	118	19,1%
AS Zirndorf in AnKER	120	11,4%

Entsprechende Angaben ohne Berücksichtigung von Entscheidungen zur Gewährung eines Familienschutzes können nicht ermittelt werden. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 1c verwiesen.

Frage 4:

Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im zweiten Halbjahr 2020 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/22023)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte entsprechende Ausführungen auch zum Schutzquotenbericht für das erste Halbjahr 2020 nachholen, die auf Bundestagsdrucksache 19/22023 zu Frage 4a noch nicht möglich waren)?

Antwort zu Frage 4:

Die Entscheidungspraxis der Außenstellen des BAMF für das zweite Halbjahr 2020 wird gegenwärtig geprüft.

Die Abweichungen im ersten Halbjahr 2020 können im Wesentlichen auf die heterogene bundesweite Verteilung der Antragstellenden in Bezug auf schutzrelevante Faktoren zurückgeführt werden. Maßgebliche Auswirkungen auf die Schutzquote haben unter anderem Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl bzw. Familienflüchtlingsschutz in Betracht kommt. Ebenfalls können persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) maßgebend sein.

Frage 5:

Welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, dass im ersten Halbjahr 2020 im AnKER-Zentrum in Manching die bereinigte Schutzquote bei afghanischen Asylsuchenden mit nur 27,6 Prozent (bei 112 Entscheidungen) mit Abstand im bundesweiten Vergleich am niedrigsten war (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22023, Antwort auf Frage 3), und warum wird das AnKER-Zentrum in Manching bei der Aufzählung der Organisationseinheiten mit deutlicher Unterschreitung der bereinigten Schutzquoten im ersten Halbjahr 2020 (vgl. ebd., Antwort zu Frage 4) bei afghanischen Schutzsuchenden nicht genannt (bitte ausführen)?

Antwort zu Frage 5:

Die Abweichungen der „Schutzquote unter Außerachtlassung der formellen Entscheidungen“ des AnKER-Zentrums Manching von der bundesdurchschnittlichen Schutzquote in Höhe von -27,6 Prozent (98 materiell rechtliche Entscheidungen, davon 71 Ablehnungen) wurde in der Bundestagsdrucksache 19/22023 in der Antwort zu Frage 4b thematisiert. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 verwiesen.

Frage 6:

Wie ist die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/3148 zu Frage 31, in der es heißt, dass die von EUROSTAT verwandte statistische Angabe/Größe „endgültiger Berufungsbescheide“ sowohl rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte, falls Rechtsmittel eingelegt wurden, enthalte, als auch Behördenbescheide, wenn diese bestandskräftig wurden, weil keine Rechtsmittel eingelegt wurden, – wovon alle erstinstanzlichen Entscheidungen des BAMF abgezogen würden – damit vereinbar, dass EUROSTAT in der Pressemitteilung 70/2020 vom 27. April 2020 erklärt, dass ein endgültiger Berufungsentcheid „eine Entscheidung in der letzten Instanz des administrativen/juristischen Asylverfahrens als Ergebnis eines von einem in der vorherigen Verfahrensstufe abgewiesenen Asylbewerber eingelegten Rechtsmittels“ bezeichne, was dem Wortlaut nach so zu verstehen ist, dass Rechtsmittel eingelegt worden sein müssen und keine mangels Rechtsmitteleinlegung bestandskräftig gewordenen Behördenbescheide gemeint sein können (bitte ausführen und den Widerspruch auflösen: berechnet EUROSTAT diese Quote nach Auffassung der Bundesregierung falsch, haben EUROSTAT und Bundesregierung eine unterschiedliche Auffassung der hier maßgeblichen Begriffe oder Berechnungsweisen, welche anderen Erklärungen gibt es; bitte nachvollziehbar darlegen)?

Antwort zu Frage 6:

Grundlage zur Berechnung der „final decisions in appeal or review“ sind die *Technical Guidelines for the Data Collection under Art. 4.1-4.3 of amended Regulation 862/2007 – Statistics on Asylum*. Zu erfassen sind demnach „all persons covered by final decisions taken in appeal or review by any authority against which the applicant can-not further appeal on the substance of his application“ (S. 44). Die Guidelines weisen in diesem Zusammenhang explizit darauf hin, dass sich die Asylverfahren und die Anzahl der Entscheidungsgremien zwischen den Mitgliedstaaten unterscheiden (“the asylum procedures and the numbers/levels of decision making bodies differ between Member States”). Insofern sind auch nach Auffassung des BAMF alle vollständig unanfechtbaren Entscheidungen (bestands- und rechtskräftige Entscheidungen) zu berücksichtigen. Zur genauen Berechnung wird auf die Antwort zu Frage 31 in der Bundestagsdrucksache 19/3148 verwiesen.

Frage 7:

Wie ist es zu erklären, dass die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/19333 zu Frage 24 für das Jahr 2019 insgesamt 70 328 Schutzgewährungen durch das BAMF benennt – was den Angaben von „EUROSTAT in der Pressemitteilung 70/2020 vom 27. April 2020 zu 70.320 Schutzgewährungen in Deutschland im Jahr 2019 in der ersten Instanz fast genau entspricht –, und ihren diesbezüglichen Angaben zufolge im selben Jahr durch die Gerichte zusätzlich insgesamt 22.353 Schutzstatus erteilt wurden (die geringe Differenz zu 22.302 Schutzgewährungen durch die Verwaltungsgerichte in der ersten Instanz laut Bundestagsdrucksache 19/18498, Antwort zu Frage 16, ergibt sich vermutlich durch Schutzgewährungen in höheren Gerichtsinstanzen), während EUROSTAT für Deutschland für 2019 zusätzlich 45.910 gewährte Schutzstatus durch „endgültige Berufungsentscheide“ vermeldet (a. a. O.), was nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller erklärungsbedürftig erscheint, weil die Zahlen der vom BAMF gewährten Schutzstatus nach beiden Quellen (fast) übereinstimmen und somit fraglich ist, wie EUROSTAT auf 45.910 zusätzlich gewährte Schutzstatus in der Berufungsinstanz kommt, obwohl die Gerichte nach Angaben der Bundesregierung nur gut 23.000 zusätzliche Schutzstatus erteilt haben sollen (bitte nachvollziehbar ausführen)?

Antwort zu Frage 7:

Zur Erläuterung der "final decisions on appeal" wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen. Die 45.910 "endgültigen Berufungsentscheidungen" umfassen die Asylentscheidungen des BAMF mit Schutzgewährung, die im Jahr 2019 Bestandskraft erlangten, soweit sie nicht bereits in der Asylstatistik 2019 (70.320) enthalten sind (z. B.: BAMF-Entscheidung 2018, Bestandskraft erlangt 2019). Zudem umfassen sie alle Schutzgewährungen durch gerichtliche Entscheidungen, die 2019 Rechtskraft erlangten. Dies können sowohl Gerichtsentscheidungen aus dem Jahr 2019 (dann in der Zahl 22.353 der Gerichtsstatistik des BAMF enthalten) als auch aus früheren Jahren sein (dann in den entsprechenden Statistiken zu früheren Jahren enthalten).

Diese Zahl wird ausschließlich für das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) ermittelt und ist mit keinen sonst vom BAMF veröffentlichten Zahlen vergleichbar und kann z. B. auch nicht mit den anderen in der Frage genannten Daten saldiert werden.

Frage 8:

Entspricht die Verfahrensweise im Umgang mit einem im Glauben konvertierten iranischen Asylsuchenden (vgl. „Christ & Welt“, Seite 64: „Er glaubt. Das Amt glaubt ihm nicht“; zwei Pressesprecher des BAMF waren beim Gespräch mit dem Journalisten anwesend und ergänzten schriftlich) den internen Vorgaben und Qualitätsvorstellungen im BAMF, wenn es demnach zwei mehrstündige Anhörungen durch zwei verschiedene Anhörer gab, die Entscheidung, d. h. die Ablehnung jedoch von einem Dritten getroffen und so begründet wurde, dass nicht glaubhaft gemacht worden sei, dass der Betroffene „aus innerer Überzeugung zum christlichen Glauben übergetreten ist“, obwohl der Entscheider bei den Anhörungen gar nicht dabei war und sich so kein eigenes Bild von der Glaubhaftigkeit des Vorbringens machen konnte (in dem Artikel heißt es, dem Asylsuchenden sei im Bescheid vorgeworfen worden, seine Wortwahl sei „farblos, kurz, glatt und lediglich zielgerichtet“ gewesen, den Anhörungsprotokollen zufolge sei die Erzählung des Asylsuchenden jedoch „anschaulich und detailreich“ gewesen)?

Inwieweit wird es in diesem Fall gegebenenfalls eine interne Überprüfung der Ablehnungsentscheidung geben, um gegebenenfalls auch das damit befasste Gericht entlasten zu können, und inwieweit hat es eine interne Qualitätskontrolle zu diesem Bescheid mit welchem Ergebnis gegeben, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung im März 2019 auf Bundestags-drucksache 19/8701 zu Frage 28 ausführte, dass eine Einheit von Anhörer und Entscheider nach Dienstanweisung grundsätzlich vorgesehen ist und hierzu, bei wenigen Ausnahmen, vollständig wieder zurückgekehrt werden soll?

Antwort zu Frage 8:

Das BAMF prüft in jedem individuellen Einzelfall auf Grundlage des geltenden Rechts, insbesondere des Grundgesetzes und des Asylgesetzes, die Verfolgung oder das Drohen eines ernsthaften Schadens für eine Person im Falle einer Rückkehr in das Herkunftsland. Das Ergebnis dieser Prüfung hängt von vielen Faktoren ab, die z. B. in der Person der Antragstellerin oder des Antragstellers, in den Umständen im Herkunftsstaat oder in der individuellen Gefährdungssituation liegen können.

Frage 9:

Was wurde bzw. wird innerhalb des BAMF unternommen, um die Vorgabe von Bundesinnenminister Horst Seehofer in Bezug auf Abschiebungen nach Syrien umzusetzen, „ab 1. Januar 2021 jeden einzelnen Fall genau“ zu prüfen und zu „versuchen, eine Abschiebung zu ermöglichen“ (Seehofer gegenüber der „Bild am Sonntag“ laut „Der Spiegel“ vom 27. Dezember 2020; bitte so differenziert und genau wie möglich darlegen)?

Um welche Größenordnung von Verfahren geht es dabei, welche Personengruppen/Verfahren werden dabei in welcher Weise gesondert geprüft, gibt es auch rückwirkende Neubeurteilungen bzw. Rücknahmen oder Widerrufe in solchen Fällen, in denen zuvor zumindest ein Abschiebungsverbot ausgesprochen wurde, und in wie vielen Fällen seit 2015 wurde bei Asylsuchenden aus Syrien selbst ein Abschiebungsverbot verneint, so dass eine Abschiebung rein rechtlich möglich wäre (ohne formelle Erledigungen, bitte nach Jahren und Quartalen auflisten und nach ablehnenden Entscheidungen bzw. Widerrufen/Rücknahmen differenzieren)?

Antwort zu Frage 9:

Erste Gespräche zu dieser Thematik haben im März 2021 unter Beteiligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, des BAMF und Vertretern der Innenministerien der Länder stattgefunden.

Die Angaben zu Ablehnungen (ohne formelle Entscheidungen) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Ein Schutzstatus ist nach §§ 73 ff. AsylG zu widerrufen oder zurückzunehmen, wenn dessen Erteilungsvoraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die Erteilung auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben beruhte. Das BAMF prüft bei Bekanntwerden entsprechender Sachverhalte, ob ein Verfahren zum Entzug des Schutzstatus einzuleiten ist. Dies gilt auch für syrische Staatsangehörige. Die Angaben zu Widerrufen/Rücknahmen (ohne Erteilung eines Abschiebungsverbots) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Syrien	Ablehnungen (ohne formelle Entscheidungen)	Widerrufe / Rücknahmen (ohne Erteilung eines Abschiebungsverbots)
Gesamt (2015 bis 2020)	504	1.849
Q1/2015	3	5
Q2/2015	4	2
Q3/2015	-	1
Q4/2015	16	-
Gesamt 2015	23	8
Q1/2016	23	3
Q2/2016	42	9
Q3/2016	38	12
Q4/2016	64	15
Gesamt 2016	167	39
Q1/2017	49	10
Q2/2017	44	12
Q3/2017	32	4
Q4/2017	8	24
Gesamt 2017	133	50
Q1/2018	36	34
Q2/2018	10	57
Q3/2018	11	61
Q4/2018	12	118
Gesamt 2018	69	270
Q1/2019	14	157
Q2/2019	13	266
Q3/2019	20	518
Q4/2019	10	119
Gesamt 2019	57	1.060
Q1/2020	18	103
Q2/2020	12	117
Q3/2020	18	134
Q4/2020	7	68
Gesamt 2020	55	422

Die Zahlen zu Ablehnungen bzw. Widerrufern / Rücknahmen geben jedoch keinen Aufschluss darüber, wie viele Personen tatsächlich nach Syrien abgeschoben werden konnten.

Frage 10:

Hat das BAMF seine internen Vorgaben, Herkunftsländerleitsätze usw. in Bezug auf die Feststellung von Abschiebungshindernissen beim Herkunftsland Afghanistan, insbesondere auch bei gesunden, alleinstehenden Männern und mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, geändert oder plant sie dies (bitte so genau wie möglich darlegen)? Wird das BAMF auch vor dem Hintergrund einer diesbezüglich teilweise geänderten Rechtsprechung mehrerer (Ober-) Verwaltungsgerichte, die nunmehr auch bei gesunden jungen Männern Abschiebungsverbote feststellen (vgl. z. B.: Flüchtlingsrat Niedersachsen: Droht eine Abschiebung aus Niedersachsen nach Afghanistan?; Pro Asyl: Aus guten Gründen. Immer wieder stoppen Gerichte Abschiebungen nach Afghanistan), und angesichts der hohen Aufhebungsquote von BAMF-Bescheiden beim Herkunftsland Afghanistan (vgl. z. B.: Verwaltungsgerichte: Tausende abgelehnte Asylbescheide aufgehoben; tagesschau.de) gezielt beklagte und gerichtlich noch anhängige Ablehnungsbescheide zum Herkunftsland Afghanistan intern noch einmal überprüfen, auch um die Gerichte in diesen Fällen bei einer geänderten Einschätzung ggf. entlasten zu können (bitte begründen)?

Antwort zu Frage 10:

Die Rechtsprechung der Gerichte – insbesondere der Oberverwaltungsgerichte – wird laufend durch das BAMF ausgewertet. Ob und inwieweit dies zu einer Änderung der Entscheidungspraxis führen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Rahmen der Prüfung von Abschiebungsverboten in jedem Einzelfall zu berücksichtigen. Das BAMF prüft in den Fällen, in denen belastbare Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Schutzgewährung im Einzelfall gegeben sind, ob eine Klaglosstellung in Betracht kommt.

Frage 11:

Welche Konsequenzen wurden innerhalb des BAMF aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 zur Unzulässigkeit von Rückkehrentscheidungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mit ungeklärten Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat gezogen oder sind geplant (vgl. auch: EuGH stärkt die Rechte von unbegleiteten Minderjährigen!|PRO ASYL; bitte so genau wie möglich darlegen), und inwieweit wird bislang bzw. derzeit bei minderjährig unbegleiteten Asylsuchenden im Asylverfahren vor Erlass einer Abschiebungsandrohung geprüft, inwieweit es geeignete Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat gibt?

Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu (ebd.), dass das bisherige Vorgehen in Deutschland, solche jugendlichen unbegleiteten Minderjährigen im Falle einer Ablehnung eines Schutzes trotz der ungeklärten Lage im Rückkehrstaat bis zur Volljährigkeit lediglich zu dulden, mit dem genannten Urteil des EuGH und dem vorrangig zu berücksichtigenden Kindeswohl nicht vereinbar ist (bitte ausführen)?

Wie soll in Fällen bereits erfolgter Ablehnungen unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (ohne Prüfung geeigneter Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat) verfahren werden, wie viele minderjährige unbegleitete Asylsuchende wurden in den letzten Jahren (seit 2015) abgelehnt (bitte nach Jahren und wichtigsten Herkunftsländern auflisten), wie viele von diesen sind jetzt noch unter 18 Jahre alt und wie viele von ihnen werden derzeit geduldet oder haben eine Aufenthaltserlaubnis (bitte so genau wie möglich auflisten)?

Antwort zu Frage 11:

Die Prüfung zu den Auswirkungen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) auf die deutsche Rechtspraxis ist noch nicht abgeschlossen. Angaben zu Asylablehnungen bei unbegleiteten Minderjährigen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Ablehnungen	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Afghanistan	25	229	2.841	522	115	119
Guinea	0	7	176	242	238	73
Irak	1	32	276	194	106	64
Somalia	3	11	171	208	97	26
Pakistan	3	38	158	43	22	12
Gesamt	191	479	4.473	1.699	901	467

Von zwischen 2015 und 2020 abgelehnten unbegleiteten minderjährigen Antragstellern waren mit Stand 8. März 2021 noch 972 Personen in einem Alter von unter 18 Jahren.

Zum Aufenthaltsstatus von abgelehnten unbegleiteten minderjährigen Antragstellern liegen keine statistischen Erkenntnisse vor.

Frage 12:

Wie viele Asylsuchende wurden im Gesamtjahr 2020 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Antwort zu Frage 12:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2020	12.245	12.212
Februar 2020	9.704	10.140
März 2020	7.826	7.120
April 2020	2.999	5.106
Mai 2020	3.618	3.777
Juni 2020	5.720	4.789
Juli 2020	10.522	7.588
August 2020	10.409	7.275
September 2020	10.678	9.302
Oktober 2020	10.137	8.557
November 2020	9.937	8.736
Dezember 2020	8.406	7.459
Jahr 2020 (kumuliert)	106.685	102.581

*Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

Frage 13:

Zu wie vielen asylsuchenden Personen wurde im Gesamtjahr 2020 nach Angaben des Ausländerzentralregisters eine Ausreise registriert, obwohl noch kein Abschluss des Asylverfahrens erfasst war (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Bundesländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 13:

Zum Stichtag 31. Januar 2021 waren im AZR 8.156 Personen erfasst, bei denen im Jahr 2020 eine Ausreise registriert wurde, obwohl noch kein Abschluss ihres Asylverfahrens erfasst war. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

	Jahr 2020
alle Staatsangehörigkeiten	8.156
darunter:	
Georgien	729
Moldau (Republik)	682
Nigeria	520
Irak	511
Albanien	426
Pakistan	421
Afghanistan	371
Serbien	368
Türkei	293
Nordmazedonien	272
Iran	272
Algerien	258
Syrien	225
Marokko	218
Somalia	193

nach Bundesland	Gesamt
gesamt	8.156
davon:	
Baden-Württemberg	888
Bayern	1.720
Berlin	612
Brandenburg	308
Bremen	20
Hamburg	103
Hessen	478
Mecklenburg-Vorpommern	130
Niedersachsen	628
Nordrhein-Westfalen	1.582
Rheinland-Pfalz	524
Saarland	57
Sachsen	476
Sachsen-Anhalt	208
Schleswig-Holstein	226
Thüringen	196

Frage 14:

Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Gesamtjahr 2020 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft/Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 14:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren - Jahr 2020				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren (* Pass, Passersatz, Personalausweis)	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	47.244	22.794	24.450	51,8%
darunter:				
Syrien	13.011	8.704	4.307	33,1%
Afghanistan	4.459	934	3.525	79,1%
Irak	3.996	2.247	1.749	43,8%
Türkei	4.097	2.756	1.341	32,7%
Ungeklärt	1.645	816	829	50,4%
Nigeria	1.113	80	1.033	92,8%
Iran	2.062	877	1.185	57,5%
Somalia	798	62	736	92,2%
Eritrea	358	123	235	65,6%
Georgien	1.558	867	691	44,4%
Russische Föderation	629	217	412	65,5%
Moldau, Republik	721	481	240	33,3%
Guinea	640	13	627	98,0%
Algerien	1.064	65	999	93,9%
Vietnam	1.011	763	248	24,5%

Frage 15:

In wie vielen Fällen wurden im Gesamtjahr 2020 (bitte nach Quartalen auflisten und Gesamtzahlen nennen) mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Antwort zu Frage 15:

Im Gesamtjahr 2020 wurden insgesamt 6.247* Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren ausgelesen. Differenzierte Angaben nach Monaten und den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2020	Anzahl an Datenträgern*
1. Quartal	1.859
2. Quartal	448
3. Quartal	1.649
4. Quartal	2.291
Gesamt 2020	6.247

* Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem, wie z. B. die Einreichung von Pass/Passersatz Dokumenten, kann es zu Abweichungen der Daten im vgl. zu vorherigen Angaben kommen. Es werden diejenigen Fälle ausgewertet, bei denen aus Prozesssicht alle erforderlichen Angaben im Kerndatensystem korrekt und valide hinterlegt sind.

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Syrien	329	85	356	466	1.236
Afghanistan	249	66	333	522	1.170
Irak	164	35	127	208	534
Nigeria	124	19	108	78	329
Ungeklärt	41	11	100	106	258
Iran	89	15	65	82	251
Türkei	70	27	62	87	246
Somalia	63	13	42	43	161
Russische Föderation	34	10	23	32	99
Eritrea	22	4	8	21	55

Frage 15a:

Zu welchem Anteil verfügten im Jahr 2020 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträger-Geräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Antwort zu Frage 15a:

Im Gesamtjahr 2020 gaben ca. 35 Prozent der persönlichen Erstantragsteller ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von ca. 79 Prozent konnten die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden.

Asylbewerber werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

Frage 15b:

In wie vielen der Fälle, in denen eine Daten-Auslesung im Jahr 2020 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?

Antwort zu Frage 15b:

Im Gesamtjahr 2020 wurden zu den insgesamt 6.247 ausgelesenen Datenträgern von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren 2.581 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden bisher 1.779 Datenträger-Auswertungen freigegeben. Die individuellen Gründe für entsprechende Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst.

Frage 15c:

In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Daten-Auslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft/Identität/Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Antwort zu Frage 15c:

Im Gesamtjahr 2020 führte die Ergebnisdokumentation der Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren dazu, dass bei ungefähr 30 Prozent die Identität der Antragsteller bestätigt und bei ungefähr zwei Prozent die Identität widerlegt werden konnte. In ca. 69 Prozent der Fälle konnten keine verwertbaren Erkenntnisse aus der Ergebnisdokumentation gewonnen werden.

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren für die 1.779 freigegebenen Datenträger-Auswertungen insgesamt 1.270 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentation wird als Bezugsgröße für die oben genannten Prozentsätze herangezogen.

Daraus ergibt sich die folgende Darstellung (Gesamt 1.270):

29,5 Prozent (375) Identität der Antragssteller bestätigt

1,8 Prozent (23) Identität widerlegt

68,7 Prozent (872) keine verwertbaren Erkenntnisse.

Frage 15d:

Welche gerichtlichen Entscheidungen zur Auswertung mobiler Datenträger durch das BAMF sind inzwischen ergangen (bitte etwaige Entscheidungen/Verfahren konkret benennen und kurz darstellen), und welche Konsequenzen für die Praxis des BAMF wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte darstellen)?

Antwort zu Frage 15d:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6d der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. vom 11. Oktober 2019 auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.

Frage 16:

Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Antwort zu Frage 16:

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2020 bei 67,8 Prozent (4. Quartal 2020: 76,0 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 46,2 Prozent (4. Quartal 2020: 48,5 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 62,5 Prozent (4. Quartal 2020: 65,3 Prozent).

Der Anteil des Gesamtschutzes unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2020 bei 72,0 Prozent (4. Quartal 2020 bei 79,8 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 52,9 Prozent (4. Quartal 2020: 55,1 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 72,9 Prozent (4. Quartal 2020: 76,1 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

		4. Quartal 2020	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		27.455	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		14.120	51,4%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		13.021	47,4%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre		192	0,7%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		1.785	6,5%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		1.099	4,0%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)		479	1,7%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		12	0,0%

		Jahr 2020	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		102.581	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		55.337	53,9%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		51.370	50,1%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre		677	0,7%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		7.365	7,2%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		3.967	3,9%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)		1.523	1,5%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		45	0,0%

Frage 17:

Wie viele der Asylsuchenden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 waren sogenannte „Nachgeborene“, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele dieser waren Kinder von Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen oder sonstigen Personen (bitte differenzieren)?

Antwort zu Frage 17:

26.521 Asylsuchende im Gesamtjahr 2020 (6.317 in 4. Quartal 2020) waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 6.770 Kinder von Asylsuchenden und 8.703 von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a Grundgesetz und § 3 Absatz 1AsylG). Weitere statistische Erkenntnisse zum Status der Eltern liegen nicht vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Absolut	Verhältnis zu Asyleranträgen gesamt
Gesamt	6.317	23,0%
darunter:		
Syrien	2.668	26,2%
Afghanistan	449	12,7%
Irak	600	21,4%
Türkei	131	9,3%
Ungeklärt	251	23,5%
Somalia	291	36,1%
Nigeria	371	50,1%
Eritrea	394	63,4%
Iran	119	19,9%
Algerien	18	4,0%

Jahr 2020	Absolut	Verhältnis zu Asyleranträgen gesamt
Gesamt	26.521	25,9%
darunter:		
Syrien	11.061	30,4%
Afghanistan	1.850	18,7%
Irak	2.491	25,3%
Türkei	582	10,1%
Ungeklärt	1.025	26,3%
Nigeria	1.812	54,9%
Iran	553	17,7%
Somalia	1.153	44,3%
Eritrea	1.589	62,0%
Georgien	165	8,1%

Frage 18:

Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 einen Asylerantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 18:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minder- jähriger
Herkunftsländer gesamt	681
darunter	
Afghanistan	265
Syrien	190
Somalia	47
Guinea	41
Irak	22
Pakistan	18
Gambia	15
Algerien	9
Iran	9
Türkei	7
Vietnam	6
Eritrea	5
Ungeklärt	5
Benin	4
Libyen	4

4. Quartal 2020	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerken- nung als asylberech- tigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	307	1	35	92	52
darunter:					
Afghanistan	82	-	10	7	39
Syrien	77	-	6	71	-
Somalia	16	-	4	7	1
Guinea	27	-	5	2	1
Irak	12	-	-	-	-
Pakistan	2	-	-	-	-
Gambia	8	-	-	1	1
Algerien	1	-	-	-	-
Iran	6	-	-	-	1
Türkei	6	-	2	-	-
Vietnam	5	-	-	-	-
Eritrea	11	-	5	1	2
Ungeklärt	5	-	1	1	-
Benin	1	-	-	-	1
Libyen	-	-	-	-	-

4. Quartal 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	681
Baden-Württemberg	65
Bayern	120
Berlin	20
Brandenburg	16
Bremen	15
Hamburg	21
Hessen	74
Mecklenburg-Vorpommern	10
Niedersachsen	76
Nordrhein-Westfalen	109
Rheinland-Pfalz	39
Saarland	4
Sachsen	41
Sachsen-Anhalt	25
Schleswig-Holstein	32
Thüringen	14

Jahr 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Herkunftsländer gesamt	2.232
darunter:	
Afghanistan	703
Syrien	511
Guinea	194
Somalia	149
Irak	98
Gambia	62
Iran	49
Pakistan	45
Eritrea	41
Türkei	38
Marokko	30
Ungeklärt	30
Algerien	28
Nigeria	22
Albanien	16

Jahr 2020	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerken- nung als Asylbe-rech- tigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	1.241	3	115	291	256
darunter:					
Afghanistan	313	-	28	26	122
Syrien	228	-	18	202	3
Guinea	128	-	14	12	23
Somalia	105	-	22	27	14
Irak	104	-	4	2	26
Gambia	26	-	1	1	6
Iran	32	-	5	4	2
Pakistan	17	-	-	1	1
Eritrea	35	-	8	4	16
Türkei	26	-	2	-	-
Marokko	25	-	-	-	1
Ungeklärt	18	2	7	2	1
Algerien	10	-	-	-	2
Nigeria	11	-	-	1	2
Albanien	19	-	-	-	-

Jahr 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	2.232
Baden-Württemberg	176
Bayern	320
Berlin	83
Brandenburg	45
Bremen	46
Hamburg	116
Hessen	235
Mecklenburg-Vorpommern	26
Niedersachsen	259
Nordrhein-Westfalen	469
Rheinland-Pfalz	140
Saarland	21
Sachsen	106
Sachsen-Anhalt	69
Schleswig-Holstein	73
Thüringen	48

Frage 19:

Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 19:

Die Angaben für das vierte Quartal 2020 bzw. für das Gesamtjahr 2020 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurückgeschoben	davon zurückgewiesen	davon Übergabe an Jugendamt
Gesamt	644	34	137	368
Grenze zu				
Österreich	262	7	135	91
Frankreich	104	12	-	76
Tschechien	87	-	-	63
Belgien	57	-	-	53
Schweiz	28	3	-	19
Niederlande	22	11	-	9
ungeklärt	20	-	-	17
Dänemark	16	-	-	14
Polen	13	-	-	6
Luxemburg	11	-	-	9
Luftgrenze	18	1	2	5
Seegrenze	6	-	-	6
Staatsangehörigkeit (Top-5)				
afghanisch	238	2	70	129
syrisch	131	5	55	53
marokkanisch	71	11	-	55
algerisch	55	4	1	37
tunesisch	21	2	2	14

2020	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurückgeschoben	davon zurückgewiesen	davon Übergabe an Jugendamt
Gesamt	1.480	67	292	846
Grenze zu				
Österreich	539	9	270	195
Frankreich	293	30	11	194
Belgien	169	1	-	146
Tschechien	121	-	-	90
Niederlande	74	22	1	39
Schweiz	65	4	1	43
Dänemark	56	-	1	41
ungeklärt	47	-	1	38
Polen	22	-	-	13
Luxemburg	18	-	-	13
Luftgrenze	64	1	7	23
Seegrenze	12	-	-	11
Staatsangehörigkeit (Top-5)				
afghanisch	495	3	157	261
syrisch	227	7	72	105
marokkanisch	183	22	6	135
algerisch	135	8	6	98
guineisch	59	6	1	44

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

Frage 20:

Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Antwort zu Frage 20:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	9.505	2.606	27,42%
darunter:			
Syrien	7	0	0,0%
Afghanistan	671	30	4,5%
Irak	1.002	51	5,1%
Türkei	918	133	14,5%
Ungeklärt	180	67	37,2%
Somalia	108	4	3,7%
Nigeria	903	132	14,6%
Eritrea	64	3	4,7%
Iran	760	50	6,6%
Algerien	159	104	65,4%
Georgien	322	247	76,7%
Moldau, Republik	232	181	78,0%
Guinea	222	27	12,2%
Russische Föderation	436	73	16,7%
Marokko	160	90	56,3%

Jahr 2020	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	46.586	12.497	26,8%
darunter:			
Syrien	55	5	9,1%
Afghanistan	2.809	122	4,3%
Irak	4.912	352	7,2%
Türkei	4.711	575	12,2%
Ungeklärt	782	300	38,4%
Nigeria	3.980	652	16,4%
Iran	4.650	238	5,1%
Somalia	564	30	5,3%
Eritrea	315	21	6,7%
Georgien	1.778	1.259	70,8%
Russische Föderation	1.953	332	17,0%
Moldau, Republik	1.093	754	69,0%

Frage 21:

Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Antwort zu Frage 21:

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	44	8	32	14	-
darunter:					
Syrien	12	4	12	-	-
Iran	8	2	4	4	-
Algerien	3	-	-	3	-
Irak	3	-	2	-	-
Jemen	3	-	6	-	-
Ungeklärt	3	-	-	3	-
Ägypten	2	-	1	1	-
Brasilien	1	1	1	-	-
Eritrea	1	-	1	-	-
Kongo	1	-	-	1	-

4. Quartal 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	44	8	32	14	-
darunter:					
Flughafen Berlin	2	-	1	1	-
Flughafen Frankfurt	36	7	25	13	-
Flughafen München	6	1	6	-	-

Jahr 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	145	13	78	67	-
darunter:					
Iran	24	3	11	13	-
Syrien	20	4	19	-	-
Irak	14	2	5	9	-
Jemen	12	-	12	-	-
Ägypten	7	-	3	4	-
Kongo, Demokratische Republik	7	-	1	6	-
Türkei	6	-	4	2	-
Afghanistan	5	2	1	4	-
Marokko	5	-	2	3	-
Kuba	4	-	-	4	-

Jahr 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	145	13	78	67	-
darunter:					
Flughafen Berlin	5	-	2	3	-
Flughafen Frankfurt	125	12	67	58	-
Flughafen Hamburg	3	-	3	-	-
Flughafen München	12	1	6	6	-

Frage 22:

Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2020 (soweit vorliegend; bitte jeweils in der Differenzierung wie auf Bundestagsdrucksache 19/18498 in der Antwort zu Frage 16 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Antwort zu Frage 22:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
01.01- 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs- verbot	Ablehnungen	sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	71.371	126.715	433	6.278	1.700	12.813	46.837	37,0%	58.654	46,3%	191.110
darunter											
Syrien	7.943	15.486	8	865	15	839	5.398	34,9%	8.361	54,0%	19.003
Irak	7.748	14.660	15	557	341	1.528	6.287	42,9%	5.932	40,5%	21.944
Nigeria	6.310	10.682	4	69	13	612	4.161	39,0%	5.823	54,5%	14.588
Iran	6.043	7.029	46	1.507	23	109	2.559	36,4%	2.785	39,6%	16.317
Afghanistan	5.822	21.168	6	1.195	651	6.435	5.518	26,1%	7.363	34,8%	27.002
Türkei	5.292	4.264	119	431	32	56	1.830	42,9%	1.796	42,1%	11.273
Russische Föderation	3.551	5.014	88	155	20	170	1.989	39,7%	2.592	51,7%	12.519
Pakistan	1.906	4.999	7	516	18	144	2.353	47,1%	1.961	39,2%	5.969
Georgien	1.772	2.550	1	10	8	41	1.219	47,8%	1.271	49,8%	2.914

Somalia	1.666	3.347	1	109	91	354	711	21,2%	2.081	62,2%	4.979
Guinea	1.499	2.252	3	24	12	66	1.040	46,2%	1.107	49,2%	3.763
Ungeklärt	1.381	2.098	2	138	82	115	683	32,6%	1.078	51,4%	3.982
Aserbaidshan	1.082	2.162	5	19	6	37	1.119	51,8%	976	45,1%	3.360
Moldau, Republik	986	895	-	-	-	-	330	36,9%	565	63,1%	829
Gambia	871	3.228	1	19	11	114	1.782	55,2%	1.301	40,3%	2.211
Marokko	539	558	2	15	8	9	153	27,4%	371	66,5%	859
Tunesien	316	274	1	7	0	1	73	26,6%	192	70,1%	463
Algerien	588	552	1	3	0	10	169	30,6%	369	66,8%	846
Armenien	844	2.547	0	0	10	144	1.245	48,9%	1.148	45,1%	2.739
Albanien	667	1.172	0	2	4	38	340	29,0%	788	67,2%	1.254
Serbien	498	699	0	0	0	9	170	24,3%	520	74,4%	973
Nordmazedonien	365	644	0	0	6	11	150	23,3%	477	74,1%	731
Kosovo	259	539	0	1	0	28	132	24,5%	378	70,1%	637
Ghana	428	642	0	3	0	30	192	29,9%	417	65,0%	860
Bosnien und Herzegowina	139	247	0	0	0	6	39	15,8%	202	81,8%	264
Senegal	154	219	0	1	0	7	77	35,2%	134	61,2%	354
Montenegro	109	103	0	0	0	0	11	10,7%	92	89,3%	131

Widerrufsverfahren										
01.01 - 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingsgesellschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)			
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.851	961	395	41,1%	77	8,0%	489	50,9%	4.227	
darunter										
Afghanistan	656	256	101	39,5%	31	12,1%	124	48,4%	917	
Irak	540	145	63	43,4%	3	2,1%	79	54,5%	946	
Syrien	381	189	74	39,2%	18	9,5%	97	51,3%	533	
Russische Föderation	156	40	10	25,0%	2	5,0%	28	70,0%	220	
Ungeklärt	135	40	19	47,5%	3	7,5%	18	45,0%	174	

Türkei	100	29	9	31,0%	5	17,2%	15	51,7%	151
Libanon	87	13	7	53,8%	-	0,0%	6	46,2%	111
Eritrea	85	25	15	60,0%	3	12,0%	7	28,0%	106
Iran	81	19	9	47,4%	1	5,3%	9	47,4%	105
Nigeria	73	16	12	75,0%	-	0,0%	4	25,0%	93
Armenien	73	21	12	57,1%	-	0,0%	9	42,9%	101
Somalia	70	22	11	50,0%	2	9,1%	9	40,9%	85
Äthiopien	47	6	-	0,0%	1	16,7%	5	83,3%	63
Serbien	28	18	2	11,1%	-	0,0%	16	88,9%	63
Kosovo	25	17	9	52,9%	-	0,0%	8	47,1%	44
Marokko	13	3	2	66,7%	-	0,0%	1	33,3%	18
Algerien	7	2	1	50,0%	-	0,0%	1	50,0%	12
Georgien	7	3	2	66,7%	-	0,0%	1	33,3%	10
Tunesien	3	0	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	6
Albanien	18	13	2	15,4%	1	7,7%	10	76,9%	17
Nordmazedonien	6	5	3	60,0%	-	0,0%	2	40,0%	18
Ghana	4	2	-	0,0%	-	0,0%	2	100,0%	7
Bosnien und Herzegowina	14	2	1	50,0%	-	0,0%	1	50,0%	16
Senegal	-	3	-	0,0%	-	0,0%	3	100,0%	-
Montenegro	5	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	7

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten (Klagen)		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01 - 31.12.2020	24,3	11,6

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

01.01.2020 – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	5.637	2.231	7.868
darunter:			
Nigeria	578	447	1.025
Russische Föderation	571	245	816
Irak	590	189	779
Afghanistan	477	130	607
Iran	340	229	569
Syrien	385	179	564
Türkei	188	88	276
Guinea	169	54	223
Somalia	148	43	191
Pakistan	152	37	189
Gambia	146	42	188
Aserbaidshan	125	49	174
Libanon	113	37	150
Eritrea	93	45	138
Algerien	110	17	127
Marokko	45	8	53
Georgien	86	14	100
Tunesien	34	10	44
Armenien	83	25	108
Serbien	29	-	29
Nordmazedonien	20	-	20
Kosovo	20	3	23
Ghana	36	17	53
Bosnien und Herzegowina	13	6	19
Senegal	25	12	37
Montenegro	1	-	1

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublinverfahren (in Tagen)

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 Verwal- tungsge- richtsord- nung, (VwGO)	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach §123 VwGO
Staatsangehörigkeiten ge- samt	86,0	33,9	29,4
darunter:			
Nigeria	164,2	36,2	15,5
Russische Föderation	59,3	35,1	26,5
Irak	59,5	51,3	26,0
Afghanistan	78,0	23,4	32,7
Iran	69,5	32,7	31,3
Syrien	59,5	18,0	26,9
Türkei	95,8	22,4	55,3
Guinea	56,5	37,1	22,2
Somalia	43,4	38,9	51,7
Pakistan	39,7	29,6	24,2
Gambia	92,1	42,0	27,0
Aserbaidtschan	54,3	32,3	21,6
Libanon	41,5	23,5	27,2
Eritrea	350,0	36,5	35,8
Algerien	32,8	18,7	11,0
Marokko	39,5	29,3	7,0
Georgien	50,4	18,0	-
Tunesien	155,6	36,9	-
Armenien	86,2	28,7	18,1
Serbien	39,0	69,0	22,0
Nordmazedonien	47,7	-	-
Kosovo	187,9	77,0	-
Ghana	69,1	22,5	10,3
Bosnien und Herzegowina	145,8	-	-
Senegal	108,0	40,4	7,0
Montenegro	28,0	-	-

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	21.093	6.658	27.751
darunter:			
Nigeria	2.248	1.040	3.288
Irak	1.548	724	2.272
Afghanistan	1.288	593	1.881
Russische Föderation	1.334	411	1.745
Syrien	1.252	404	1.656
Iran	1.033	549	1.582
Georgien	1.234	88	1.322
Türkei	849	336	1.185
Pakistan	584	142	726
Moldau (Republik)	687	3	690
Albanien	602	64	666
Armenien	547	90	637
Somalia	433	182	615
Guinea	454	135	589
Aserbaidtschan	443	134	577
Algerien	274	33	307
Marokko	236	41	277
Tunesien	132	33	165
Serbien	404	38	442
Nordmazedonien	333	16	349
Kosovo	178	31	209
Ghana	313	94	407
Bosnien und Herzegowina	109	18	127
Senegal	136	34	170
Montenegro	86	2	88

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach §123 VwGO
Staatsangehörigkeiten ge- samt	68,7	35,5	42,5
darunter:			
Nigeria	132,6	46,2	61,9
Irak	62,9	42,8	42,3
Afghanistan	64,2	28,7	50,6
Russische Föderation	50,3	40,2	46,4
Syrien	89,9	30,8	39,4
Iran	57,3	29,7	41,0
Georgien	28,0	20,0	27,9
Türkei	54,9	35,2	29,0
Pakistan	36,6	49,5	34,6
Moldau (Republik)	34,9	28,2	55,7
Albanien	40,2	21,7	32,4
Armenien	51,2	23,5	21,1
Somalia	60,4	36,5	45,3
Guinea	56,7	32,1	24,4
Aserbaidshan	34,1	26,6	26,7
Algerien	46,5	36,6	38,3
Marokko	41,7	24,4	44,4
Tunesien	113,0	45,2	63,6
Serbien	46,1	17,2	43,4
Nordmazedonien	47,5	16,9	23,6
Kosovo	61,6	50,0	24,6
Ghana	60,2	26,8	88,3
Bosnien und Herzegowina	53,1	12,9	26,7
Senegal	60,6	45,8	64,7
Montenegro	18,3	16,5	13,4

Frage 22a:

Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2020 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte ebenfalls nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Antwort zu Frage 22a:

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 31. Dezember 2020 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. Dezember 2020	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	13.583
darunter:	
Syrien	10.802
Irak	804
Eritrea	484
Ungeklärt	402
Jemen	247
Staatenlos	164
Afghanistan	217
Somalia	107
Iran	62
Sudan	52

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. Dezember 2020	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	13.583
Baden-Württemberg	1.556
Bayern	1.188
Berlin	1.103
Brandenburg	1.178
Bremen	137
Hamburg	201
Hessen	2.343
Mecklenburg-Vorpommern	109
Niedersachsen	1.463
Nordrhein-Westfalen	3.158
Rheinland-Pfalz	92
Saarland	56
Sachsen	304
Sachsen-Anhalt	244
Schleswig-Holstein	226
Thüringen	225

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbot es waren zum Stichtag 31. Mai 2020 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot es zum 31. Dezember 2020	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	3.761
darunter:	
Afghanistan	1.716
Irak	639
Eritrea	240
Syrien	217
Somalia	194
Nigeria	98
Äthiopien	85
Ungeklärt	71
Guinea	37
Türkei	37

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot es zum 31. Dezember 2020	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	3.761
Baden-Württemberg	354
Bayern	301
Berlin	226
Brandenburg	220
Bremen	71
Hamburg	56
Hessen	704
Mecklenburg-Vorpommern	37
Niedersachsen	590
Nordrhein-Westfalen	932
Rheinland-Pfalz	30
Saarland	10
Sachsen	70
Sachsen-Anhalt	40
Schleswig-Holstein	75
Thüringen	45

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	10.630	6	1.110	9.514
darunter:				
Syrien	8.009	3	835	7.171
Irak	1.116	1	53	1.062
Eritrea	467	-	66	401
Ungeklärt	292	-	65	227
Afghanistan	206	-	13	193
Jemen	109	-	11	98
Staatenlos	107	-	31	76
Somalia	73	-	9	64
Libyen	35	-	-	35
Sudan	30	-	6	24

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	10.630	6	1.110	9.514
Baden-Württemberg	1.613	1	198	1.414
Bayern	1.108	-	33	1.075
Berlin	1.048	-	33	1.015
Brandenburg	347	-	26	321
Bremen	69	-	8	61
Hamburg	228	-	17	211
Hessen	1.562	2	272	1.288
Mecklenburg-Vorpommern	73	-	15	58
Niedersachsen	1.336	1	75	1.260
Nordrhein-Westfalen	2.308	1	272	2.035
Rheinland-Pfalz	139	-	10	129
Saarland	51	-	6	45
Sachsen	131	-	7	124
Sachsen-Anhalt	261	-	85	176
Schleswig-Holstein	233	1	21	211
Thüringen	123	-	32	91

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	3.122	4	231	177	2.710
darunter:					
Afghanistan	1.698	2	146	90	1.460
Irak	448	1	28	19	400
Somalia	167	-	9	19	139
Eritrea	164	-	11	35	118
Syrien	139	-	3	1	135
Nigeria	102	-	1	-	101
Äthiopien	48	-	1	-	47
Iran	40	-	6	-	34
Ungeklärt	37	-	4	1	32
Libyen	32	-	-	10	22

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	3.122	4	231	177	2.710
Baden-Württemberg	701	1	67	36	597
Bayern	184	1	8	5	170
Berlin	162	-	15	20	127
Brandenburg	60	-	6	1	53
Bremen	58	-	4	12	42
Hamburg	69	-	6	4	59
Hessen	497	-	28	38	431
Mecklenburg-Vorpommern	23	-	-	4	19
Niedersachsen	403	-	24	4	375
Nordrhein-Westfalen	623	2	55	40	526
Rheinland-Pfalz	62	-	1	2	59
Saarland	10	-	1	-	9
Sachsen	64	-	7	1	56
Sachsen-Anhalt	61	-	3	1	57
Schleswig-Holstein	98	-	2	7	89
Thüringen	47	-	4	2	41

Frage 22b:

Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2020 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig/Dublin-Bescheid)?

Antwort zu Frage 22b:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung "abgelehnt"			davon Entscheidung „o.u. abgelehnt“			davon Entscheidung "unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Gesamt	145.071	65.404	45,1%	34.089	30.846	90,5%	12.497	7.145	57,2%	31.787	22.699	71,4%
darunter:												
Syrien	38.710	7.027	18,2%	50	38	76,0%	5	3	60,0%	3.948	3.294	83,4%
Irak	12.852	6.971	54,2%	4.560	4.158	91,2%	352	237	67,3%	3.039	2.391	78,7%
Afghanistan	10.803	5.382	49,8%	2.687	2.494	92,8%	122	78	63,9%	3.270	2.561	78,3%
Türkei	9.977	5.064	50,8%	4.136	3.919	94,8%	575	466	81,0%	752	606	80,6%
Iran	7.917	5.571	70,4%	4.412	4.257	96,5%	238	195	81,9%	1.339	1.070	79,9%
Nigeria	7.557	5.810	76,9%	3.328	2.999	90,1%	652	510	78,2%	2.752	2.288	83,1%
Russische Föderation	4.333	3.254	75,1%	1.621	1.463	90,3%	332	200	60,2%	2.047	1.699	83,0%
Ungeklärt	4.298	1.250	29,1%	482	385	79,9%	300	156	52,0%	805	620	77,0%
Somalia	3.714	1.463	39,4%	534	481	90,1%	30	16	53,3%	1.227	918	74,8%
Eritrea	3.683	712	19,3%	294	257	87,4%	21	16	76,2%	337	260	77,2%
Georgien	2.787	1.663	59,7%	519	437	84,2%	1.259	827	65,7%	648	378	58,3%
Moldau (Republik)	2.557	953	37,3%	339	241	71,1%	754	325	43,1%	1.116	417	37,4%
Pakistan	2.525	1.732	68,6%	953	854	89,6%	208	150	72,1%	1.103	752	68,2%
Guinea	2.280	1.374	60,3%	992	864	87,1%	190	139	73,2%	531	350	65,9%
Albanien	1.469	627	42,7%	6	4	66,7%	853	415	48,7%	461	199	43,2%
Serbien	1.363	470	34,5%	5	3	60,0%	606	214	35,3%	638	262	41,1%
Bosnien und Herzegowina	415	139	33,5%	2	0	0,0%	153	58	37,9%	228	77	33,8%
Ghana	744	380	51,1%	5	4	80,0%	457	278	60,8%	171	91	53,2%
Kosovo	632	241	38,1%	1	1	100,0%	284	112	39,4%	292	124	42,5%
Nordmazedonien	917	340	37,1%	9	5	55,6%	432	168	38,9%	382	168	44,0%
Montenegro	218	105	48,2%	0	0	0,0%	79	41	51,9%	129	65	50,4%
Senegal	248	137	55,2%	2	2	100,0%	126	91	72,2%	106	48	45,3%

Frage 22c:

Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-) Verwaltungsgerichten?

Antwort zu Frage 22c:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 31.12.2020	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	192.987
Bundesverwaltungsgericht	42
VGH Baden-Württemberg	98
VG Freiburg	5.495
VG Karlsruhe	4.875
VG Sigmaringen	5.263
VG Stuttgart	7.079
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	234
VG Ansbach	4.961
VG Augsburg	1.546
VG Bayreuth	1.937
VG München	11.743
VG Regensburg	3.709
VG Würzburg	1.202
Bayerischer VGH - Außenstelle Ansbach	423
OVG Berlin-Brandenburg	131
VG Berlin	13.173
VG Cottbus	3.061
VG Frankfurt / Oder	3.382
VG Potsdam	7.147
OVG der Freien Hansestadt Bremen	2
VG Bremen	1.751
Hamburgisches Obergericht	10
VG Hamburg	4.622
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	135
VG Darmstadt	5.343
VG Frankfurt/Main	3.390
VG Kassel	3.561

VG Wiesbaden	3.825
VG Gießen	6.004
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	226
VG Braunschweig	3.094
VG Hannover	6.835
VG Oldenburg	3.976
VG Osnabrück	2.633
VG Stade	2.745
VG Lüneburg	2.055
VG Göttingen	1.449
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	294
VG Aachen	3.898
VG Arnberg	7.078
VG Düsseldorf	6.389
VG Gelsenkirchen	5.516
VG Köln	7.957
VG Minden	4.257
VG Münster	4.042
OVG Rheinland-Pfalz	58
VG Trier	2.383
OVG des Saarlands	12
VG des Saarlandes	437
Schleswig-Holsteinisches OVG	66
VG Schleswig-Holstein	6.081
OVG Sachsen-Anhalt	10
VG Magdeburg	1.585
VG Halle	950
Thüringer Oberverwaltungsgericht	-
VG Gera	257
VG Meiningen	1.623
VG Weimar	1.405
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	82
VG Chemnitz	4.117
VG Dresden	2.825
VG Leipzig	1.803
OVG Mecklenburg-Vorpommern	83
VG Greifswald	1.431
VG Schwerin	1.191

Frage 22d:

Welche Entscheidungen wurden in Asyl-Gerichtsverfahren im Jahr 2020 (soweit vorliegend) getroffen, differenziert nach Bundesländern, wichtigsten Herkunftsstaaten und erster bzw. zweiter Instanz?

Antwort zu Frage 22d:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01. – 31.12. 2020	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmittel
	Eingelegt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	Flüchtlings-schutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungs- verbot	Ableh-nungen	sonst. Ver-fahrenser-ledigungen (z.B. Rücknah-men)	
Staatsangehörigkeiten gesamt	72.725	127.932	433	6.287	1.701	12.832	47.561	59.118	192.987
darunter:									
Syrien	8.673	16.297	8	871	15	839	6.042	8.522	19.921
Afghanistan	5.922	21.233	6	1.196	651	6.445	5.525	7.410	27.129
Irak	7.820	14.733	15	557	341	1.529	6.294	5.997	22.017
Türkei	5.312	4.270	119	431	32	56	1.830	1.802	11.291
Ungeklärt	1.403	2.105	2	138	82	115	685	1.083	4.029
Nigeria	6.348	10.702	4	69	13	612	4.164	5.840	14.637
Iran	6.084	7.053	46	1.508	23	109	2.567	2.800	16.358
Somalia	1.729	3.388	1	109	92	357	711	2.118	5.051
Eritrea	885	1.859	1	115	113	77	438	1.115	2.341
Georgien	1.773	2.551	1	10	8	42	1.219	1.271	2.914
Russische Föderation	3.578	5.043	88	155	20	171	2.004	2.605	12.566
Moldau, Republik	986	895	0	0	0	0	330	565	829
Guinea	1.511	2.260	3	24	12	66	1.041	1.114	3.774
Algerien	589	552	1	3	0	10	169	369	847
Vietnam	123	142	0	1	0	0	58	83	144

01.01. – 31.12. 2020	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmit- tel
	Einge- legt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	Flücht- lings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsidiä- rer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungs- verbot	Ableh- nungen	sonst. Ver- fahrenser- ledigungen (z.B. Rücknah- men)	
BDL gesamt	72.725	127.932	433	6.287	1.701	12.832	47.561	59.118	192.987
darunter:									
Baden-Württemberg	7.558	24.381	84	1.384	407	3.000	10.114	9.392	22.875
Bayern	9.925	18.358	12	403	127	1.653	7.678	8.485	25.534
Berlin	4.136	5.822	8	169	202	305	2.084	3.054	13.578
Brandenburg	3.174	3.788	2	177	13	264	1.022	2.310	13.243
Bremen	793	912	9	88	47	97	229	442	1.806
Hamburg	1.583	2.738	-	254	76	467	636	1.305	4.693
Hessen	5.013	10.145	40	763	240	1.337	3.126	4.639	22.059
Mecklenburg-Vorpom- mern	1.669	1.197	2	29	10	54	453	649	2.673
Niedersachsen	7.966	11.779	23	784	109	1.304	4.283	5.276	22.937
Nordrhein-Westfalen	15.402	27.123	92	1.246	274	2.289	10.092	13.130	39.826
Rheinland-Pfalz	3.229	5.673	92	300	29	391	2.072	2.789	2.507
Saarland	477	598	2	14	1	183	119	279	463
Sachsen	4.586	4.731	45	244	54	415	1.778	2.195	8.799
Sachsen-Anhalt	1.948	2.680	7	205	19	383	669	1.397	2.511
Schleswig-Holstein	3.172	5.442	5	121	41	447	2.543	2.285	6.195
Thüringen	2.079	2.545	10	106	52	242	662	1.473	3.258
unbekannt	15	20	-	-	-	1	1	18	30

Stand		Gerichtsentscheidungen							anhän- gige Rechts- mittel
		Einge- legt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	Flücht- lings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsidi- ärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot	Ablehnun- gen	
Insgesamt	72.725	127.932	433	6.287	1.701	12.832	47.561	59.118	192.987
darunter:									
1. Instanz	71.347	126.709	433	6.277	1.700	12.813	46.837	58.649	191.081
2. Instanz	1.316	1.175	-	10	1	19	719	426	1.864

Frage 22e:

In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2020 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Antwort zu Frage 22e:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2020			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsent- scheidung	Abhilfeentscheidun- gen
Gesamt	24.328	20.517	3.811
darunter:			
Syrien	2.396	2.038	358
Afghanistan	9.507	7.886	1.621
Irak	2.689	2.429	260
Türkei	842	586	256
Ungeklärt	487	338	149
Nigeria	763	675	88
Iran	1.734	1.566	168
Somalia	610	548	62
Eritrea	281	231	50
Georgien	67	58	9
Russische Föderation	528	458	70
Moldau, Republik	0	0	0
Guinea	115	84	31
Algerien	16	13	3
Vietnam	6	2	4

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2020	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	2.471
darunter:	
Syrien	457
Afghanistan	630
Irak	249
Türkei	100
Ungeklärt	64
Nigeria	92
Iran	206
Somalia	119
Eritrea	107
Georgien	3
Russische Föderation	111
Moldau, Republik	4
Guinea	23
Algerien	0
Vietnam	1

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2020	
HKL	Summe
Gesamt	403
darunter:	
Syrien	5
Afghanistan	199
Irak	19
Türkei	3
Ungeklärt	4
Nigeria	18
Iran	5
Somalia	7
Eritrea	5
Georgien	0
Russische Föderation	6
Moldau, Republik	0
Guinea	8
Algerien	0
Vietnam	0

Frage 22f:

Bei wie vielen der Klagen und Rechtsschutzanträge im Asylbereich im Jahr 2020 ging es um Dublin-Bescheide, bei wie vielen um Schutzgewährungen in einem anderen Mitgliedstaat (bitte differenzieren und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), und wie wurden die Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden bzw. Schutzgewährungen in einem anderen Mitgliedstaat (bitte differenzieren) im Jahr 2020 entschieden (bitte in absoluten und relativen Zahlen und so differenziert wie möglich angeben)?

Antwort zu Frage 22f:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen in Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden (inklusive Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG –Schutzgewährung in einem anderen MS)			
Zeitraum: 01.01.-31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	6.607	2.320	8.927
darunter:			
Syrien	933	257	1.190
Nigeria	626	434	1.060
Irak	730	212	942
Russische Föderation	560	222	782
Afghanistan	576	132	708
Iran	347	216	563
Somalia	283	76	359
Türkei	188	95	283
Guinea	158	50	208
Gambia	149	40	189

Klagen gegen Dublin-Bescheide	
Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	
Staatsangehörigkeit	
Gesamt	8.130
darunter:	
Afghanistan	922
Irak	913
Russische Föderation	808
Nigeria	798
Syrien	744
Iran	485
Türkei	265
Somalia	248
Guinea	209
Gambia	199

Klagen gegen Dublin-Bescheide (inkl. Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG)	
Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	
Staatsangehörigkeit	
Gesamt	13.016
darunter:	
Syrien	2.997
Afghanistan	1.493
Irak	1.467
Nigeria	1.017
Russische Föderation	837
Somalia	738
Iran	534
Ungeklärt	445
Türkei	274
Eritrea	228

01.01.- 31.12.2020 Stand 15.02.2021		Gerichtsentcheidungen im Dublinverfahren											
HKL	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot		Ablehnung		sonst. Verfahrenserledigung		Abschiebungsandrohung		Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	47	0,5%	9	0,1%	132	1,5%	384	4,4%	8.067	93,3%	8	0,1%	8.647
darunter:													
Nigeria	0	0,0%	0	0,0%	8	0,6%	29	2,1%	1.314	97,0%	3	0,2%	1.354
Irak	1	0,1%	0	0,0%	13	1,6%	39	4,7%	776	93,6%	0	0,0%	829
Russische Föderation	4	0,6%	0	0,0%	15	2,1%	67	9,5%	618	87,8%	0	0,0%	704
Iran	14	2,4%	0	0,0%	1	0,2%	7	1,2%	563	96,1%	1	0,2%	586
Afghanistan	10	1,7%	2	0,3%	27	4,6%	21	3,6%	522	89,7%	0	0,0%	582
Syrien	4	0,8%	0	0,0%	12	2,4%	10	2,0%	470	94,8%	0	0,0%	496
Somalia	5	1,4%	1	0,3%	17	4,7%	9	2,5%	325	90,8%	1	0,3%	358
Gambia	0	0,0%	0	0,0%	4	1,3%	24	7,7%	285	91,1%	0	0,0%	313
Guinea	1	0,4%	1	0,4%	1	0,4%	19	6,7%	260	92,2%	0	0,0%	282
Pakistan	2	0,8%	0	0,0%	0	0,0%	11	4,5%	230	94,7%	0	0,0%	243
Aserbaidshan	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	15	6,6%	212	93,4%	0	0,0%	227
Eritrea	2	1,0%	3	1,4%	4	1,9%	7	3,4%	192	92,3%	0	0,0%	208
Türkei	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	2	1,3%	157	98,7%	0	0,0%	159
Ungeklärt	0	0,0%	1	0,8%	0	0,0%	7	5,4%	122	93,8%	0	0,0%	130
China	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	2	1,6%	126	98,4%	0	0,0%	128

01.01.- 31.12.2020 Stand 15.02.2021		Gerichtsentcheidungen im Dublinverfahren (inkl. Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG)											
HKL	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot		Ablehnung		sonst. Verfahrenserledigung		Abschiebungsandrohung		Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	54	0,3%	13	0,1%	1.544	9,1%	438	2,6%	14.943	87,8%	28	0,2%	17.020
darunter:													
Syrien	7	0,2%	0	0,0%	756	17,3%	35	0,8%	3.571	81,5%	13	0,3%	4.382
Irak	1	0,0%	4	0,2%	329	14,9%	40	1,8%	1.826	82,9%	2	0,1%	2.202
Nigeria	0	0,0%	0	0,0%	26	1,5%	38	2,2%	1.665	96,1%	3	0,2%	1.732
Afghanistan	10	0,7%	2	0,1%	157	11,6%	21	1,5%	1.168	85,9%	1	0,1%	1.359
Somalia	5	0,4%	1	0,1%	75	6,6%	15	1,3%	1.046	91,4%	2	0,2%	1.144
Russische Föderation	4	0,5%	0	0,0%	16	2,0%	72	9,1%	698	88,4%	0	0,0%	790
Iran	14	2,0%	0	0,0%	34	4,9%	7	1,0%	644	92,0%	1	0,1%	700
Eritrea	2	0,4%	3	0,7%	16	3,6%	8	1,8%	420	93,5%	0	0,0%	449
Ungeklärt	3	0,8%	1	0,3%	41	11,0%	12	3,2%	315	84,2%	2	0,5%	374
Gambia	0	0,0%	0	0,0%	4	1,1%	24	6,8%	324	92,0%	0	0,0%	352
Pakistan	2	0,7%	0	0,0%	11	3,7%	11	3,7%	277	92,0%	0	0,0%	301
Guinea	1	0,3%	1	0,3%	3	1,0%	19	6,4%	275	92,0%	0	0,0%	299
Aserbaidshan	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	15	6,6%	213	93,4%	0	0,0%	228
Türkei	0	0,0%	0	0,0%	5	2,9%	2	1,2%	165	95,9%	0	0,0%	172
Sudan	1	0,7%	0	0,0%	8	5,5%	5	3,4%	130	89,7%	1	0,7%	145

Frage 22g:

Wie lauten die differenzierteren Angaben des BAMF zu der Kategorie „sonstige Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das Jahr 2020?

Antwort zu Frage 22g:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	Jan-Dez 2020
Keine Schutzgewährung festgestellt	44.564
Schutzgewährung offen	11.322
Schutzgewährung	3.232
Summe	59.118

Frage 22h:

Wie lauten die 15 Organisationseinheiten des BAMF mit den höchsten Aufhebungsquoten ihrer Bescheide durch die Gerichte (bitte mit absoluten und relativen Zahlen auflisten), und wie werden diese erhöhten Aufhebungen jeweils erklärt bzw. inwieweit wird im Rahmen der Qualitätskontrolle dem nachgegangen, was die Gründe für diese vermehrten gerichtlichen Aufhebungen sind (bitte ausführen)?

Antwort zu Frage 22h:

Angaben zu den 15 Organisationseinheiten des BAMF mit den höchsten Aufhebungsquoten ihrer Bescheide durch die Gerichte können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	21.253	16,6%
darunter:		
AS Hamburg im AZ, LAS	628	32,7%
AS Oldenburg	278	30,8%
AS Neustadt	209	29,7%
AS Mühlhausen/Th.	140	28,5%
AS Kusel	59	28,0%
AZ Gießen - Offenbach	809	27,6%
AS Diez	175	27,4%
AS Ingelheim/Bingen	57	26,4%

Entscheidungszentrum Südwest Mannheim	585	25,9%
AS Freiburg	160	25,7%
AS Zirndorf in AnKER	1.149	25,0%
AS Lebach in AnKER, LAS	241	24,5%
AS Hermeskeil	30	24,2%
AS Büdingen	298	24,0%
Entscheidungszentrum Ost Berlin	2.197	22,4%

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als hundert Entscheidungen.

Die von den Gerichten 2020 getroffenen Entscheidungen galten nicht ausschließlich Bescheiden, die aus dem vergangenen Jahr stammen. Mit den Entscheidungen waren in den letzten Jahren nicht selten in regional und/oder thematisch übergreifender Weise verschiedene Einheiten des BAMF befasst, wie z. B. die sog. Entscheidungszentren, die so heute nicht mehr bestehen.

Allgemein sind alle gerichtlichen Entscheidungen das Ergebnis einer auf den konkreten Einzelfall bezogenen Prüfung. Dabei können nicht selten unterschiedliche Glaubwürdigkeitsbewertungen oder die Fortentwicklung der tatsächlichen Verhältnisse in der Zeit zwischen behördlicher Entscheidung und gerichtlicher Überprüfung des Bescheids eine Rolle spielen. Außerdem sind in mancher Hinsicht die Bearbeitungszuständigkeiten regional teilweise deutlich unterschiedlich. Beispielsweise werden manche Herkunftsländer ausschließlich bei einer Außenstelle des BAMF bearbeitet. Die Höhe der Verpflichtungsquote allein lässt im Übrigen keine Rückschlüsse auf die Qualität zu. Als Bundesbehörde entscheidet das BAMF nach einheitlichen Leitsätzen. Diese einheitliche Linie wird von den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeiten in unterschiedlicher Weise vor dem Hintergrund des jeweiligen Einzelfalles beurteilt. Hinzuweisen ist auch darauf, dass eine Überprüfung der Bescheide im Rahmen der dezentralen Qualitätssicherung erfolgt.

Frage 23:

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF für das vierte Quartal 2020 bzw. das Gesamtjahr 2020?

Antwort zu Frage 23:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Klagequote ablehnende Bescheide
4. Quartal 2020	69,8%
Jahr 2020	73,3%

Frage 24:

Wie viele Asyl-Anhörungen gab es im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 24:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen 4. Quartal 2020	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	15.038
darunter:	
Syrien	4.494
Afghanistan	1.667
Irak	1.299
Türkei	1.190
Ungeklärt	532
Somalia	434
Nigeria	461
Eritrea	265
Iran	580
Algerien	252
Georgien	313
Moldau, Republik	201
Guinea	305
Russische Föderation	169
Marokko	186

Anhörungen Jahr 2020	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	47.179
darunter:	
Syrien	12.407
Afghanistan	4.189
Irak	3.996
Türkei	3.624
Ungeklärt	1.443
Nigeria	1.632
Iran	2.194
Somalia	1.280
Eritrea	759
Georgien	1.389
Russische Föderation	720
Moldau, Republik	764
Guinea	872
Algerien	671
Vietnam	872

Frage 25:

Wie waren die bereinigten Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen, Georgien, Armenien und der Türkei im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020?

Antwort zu Frage 25:

Die Angaben zum Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	4. Quartal 2020			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	1.632	673	36,7%	42,3%
Algerien	541	1	0,2%	0,6%
Georgien	528	6	1,1%	1,8%
Armenien	146	7	3,4%	6,4%
Libyen	176	47	31,1%	58,8%
Marokko	335	2	0,5%	1,2%
Tunesien	172	2	1,1%	2,5%
Ägypten	86	19	13,2%	17,8%

Staatsangehörigkeiten	Jahr 2020			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	6.562	4.289	43,0%	47,7%
Algerien	1.484	23	1,6%	3,8%
Georgien	2.526	26	0,9%	1,4%
Armenien	567	37	3,7%	5,5%
Libyen	609	297	37,3%	54,0%
Marokko	1.117	28	2,3%	4,4%
Tunesien	518	16	2,5%	4,8%
Ägypten	499	116	16,8%	23,7%

Frage 26:

Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im Jahr 2020 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Antwort zu Frage 26:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2020	Asylanträge			Entscheidungen über Asylanträge						
	Gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegl./abgel./offens. unbegl. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	1.292	606	686	1.363	-	1	-	-	611	751
davon Roma	1.036	422	614	1.094	-	1	-	-	454	639
Kosovo	560	260	300	632	-	1	-	12	285	334
davon Roma	244	90	154	239	-	-	-	2	91	146
Nordmazedonien	823	410	413	917	-	1	-	-	441	475
davon Roma	580	260	320	635	-	1	-	-	292	342
Montenegro	151	62	89	218	-	-	-	-	79	139
davon Roma	108	31	77	153	-	-	-	-	41	112
Albanien	1.220	817	403	1.469	-	4	3	4	859	599
davon Roma	230	126	104	255	-	-	-	-	127	128
Bosnien und Herzegowina	401	177	224	415	-	-	1	7	155	252
davon Roma	297	102	195	299	-	-	-	1	92	206

Frage 27:

Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, -entwicklung und -planung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen)?

Antwort zu Frage 27:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)				
	Einfacher Dienst / mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1.134,7	748,3	41,5	1.924,5
Widerrufsprüfung*	145,0	365,4	9,4	519,8
Prozess gesamt	145,9	175,5	42,7	364,1
dezentral*	136,2	170,3	22,4	328,9
zentral (61D & 61E)**	9,7	5,2	20,3	35,2
QS gesamt	45,4	139,3	16,7	201,4
dezentral*	38,8	104,3	9,7	152,8
zentral (62A, 62B, 62C)**	6,6	35,0	7,0	48,6
Dublin*	145,9	199,4	6,5	351,8
dezentral (Dublinzentren)*	63,4	127,1	0,5	191,0
Dublinreferate (32A/B/C)**	82,5	72,3	6,0	160,8

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW 32 (01.02. - 05.02.2021)

** gemäß Zentraler Steuerungsdatei Personal (ZSD) Stand 1. Februar 2021

Vakante Stellen in VZÄ (Stand 01. Februar 2021)			
	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
Prozess zentral (61D, 61E)	0,3	1,8	0,6
QS zentral (62A, 62B, 62C)	1,4	0,0	0,5
Dublin (32A-F)	66,1	26,1	8,5

Soll in VZÄ (Stand 01. Februar 2021)			
	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	20,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	7,5
Dublin (32A-F)	212,0	225,5	15,0

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

Frage 28:

Wie viele Asylverfahren wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 eingestellt (bitte nach Gründen und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Antwort zu Frage 28:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	Sonstige Einstellung	Gesamt
Gesamt	681	570	1.251
darunter:			
Syrien	26	44	70
Afghanistan	33	14	47
Irak	45	48	93
Türkei	37	22	59
Ungeklärt	24	4	28
Somalia	7	7	14
Nigeria	19	44	63
Eritrea	4	-	4
Iran	19	13	32
Algerien	66	29	95
Georgien	37	18	55
Moldau, Republik	87	28	115
Guinea	21	7	28
Russische Föderation	17	34	51
Marokko	51	19	70

Jahr 2020	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	Sonstige Einstellung	Gesamtergebnis
Gesamt	2.226	2.483	4.709
darunter:			
Syrien	92	163	255
Afghanistan	80	61	141
Irak	104	155	259
Türkei	129	107	236
Ungeklärt	61	27	88
Nigeria	63	157	220
Iran	53	93	146
Somalia	26	20	46
Eritrea	18	9	27
Georgien	214	124	338
Russische Föderation	43	128	171
Moldau, Republik	247	145	392
Guinea	54	28	82
Algerien	169	73	242
Vietnam	72	191	263

Frage 29:

Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte jeweils nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Antwort zu Frage 29:

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Entscheidungen zu §11III	Entscheidungen zu § 11VII	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/oder § 11 VII)
Gesamt	14.066	726	14.345
darunter:			
Syrien	613	3	615
Afghanistan	1.546	9	1.555
Irak	1.475	12	1.487
Türkei	914	6	920
Ungeklärt	276	7	278
Somalia	287	0	287
Nigeria	1.189	11	1.200
Eritrea	107	0	107
Iran	812	15	827
Algerien	403	3	406

Jahr 2020	Entscheidungen zu §11III	Entscheidungen zu § 11VII	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/oder § 11 VII)
Gesamt	66.691	3.710	67.716
darunter:			
Syrien	2.892	12	2.903
Afghanistan	5.011	43	5.054
Irak	6.871	35	6.906
Türkei	4.936	12	4.947
Ungeklärt	1.297	34	1.318
Nigeria	5.840	35	5.875
Iran	5.284	30	5.313
Somalia	1.493	14	1.507
Eritrea	520	3	523
Georgien	2.323	28	2.351

Frage 30:

Wie viele Asylgesuche gab es im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren; außerdem differenzieren, ob das Asylgesuch im Kontext einer unerlaubten Einreise gestellt wurde)?

Antwort zu Frage 30:

Die Angaben für das vierte Quartal 2020 bzw. für das Gesamtjahr 2020 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Anzahl Asylnachsuchender	davon im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise
Gesamt	2.710	1.465
Grenze zu		
Inlandsfeststellung	662	40
Österreich	308	180
Frankreich	288	273
Belgien	228	207
Polen	194	68
Tschechien	182	43
Schweiz	173	171
ungeklärt	56	29
Niederlande	37	35
Dänemark	36	35
Luxemburg	29	25
Luftgrenze	272	183
Seegrenze	245	176
Staatsangehörigkeit (Top-5)		
afghanisch	576	268
syrisch	430	173
algerisch	341	217
irakisch	268	125
marokkanisch	162	99

2020	Anzahl Asylnachsuchender	davon im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise
Gesamt	7.921	4.488
Grenze zu		
Inlandsfeststellung	1.936	102
Frankreich	822	762
Österreich	797	502
Belgien	719	653
Schweiz	460	442
Tschechien	384	107
Polen	362	162
Niederlande	165	154
Dänemark	147	142
ungeklärt	153	83
Luxemburg	75	62
Luftgrenze	1.348	970
Seegrenze	553	347
Staatsangehörigkeit (Top-5)		
afghanisch	1.460	775
syrisch	1.021	442
algerisch	738	457
irakisch	715	338
türkisch	454	294

Frage 31:

In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 31:

Angaben zur Beteiligung des BAMF nach § 72 Absatz 2 AufenthG bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Gesamt	212	50	83	79
Baden-Württemberg	16	1	7	8
Bayern	9	2	5	2
Berlin	21	5	10	6
Bremen	1	-	1	-
Hamburg	28	13	5	10
Hessen	13	3	4	6
Mecklenburg-Vor- pommern	3	-	3	-
Niedersachsen	14	2	11	1
Nordrhein-Westfalen	85	15	32	38
Rheinland-Pfalz	1	-	-	1
Saarland	4	1	-	3
Sachsen	9	6	1	2
Sachsen-Anhalt	3	1	2	-
Schleswig-Holstein	5	1	2	2

4. Quartal 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
alle HKL	212	50	83	79
darunter:				
Syrien	7	2	1	4
Afghanistan	47	17	8	22
Irak	12	2	3	7
Türkei	15	1	13	1
Ungeklärt	7	1	5	1
Somalia	2	1	-	1
Nigeria	2	1	-	1
Eritrea	2	2	-	-
Iran	6	-	3	3
Algerien	5	-	4	1

Jahr 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Gesamt	837	216	360	261
Baden-Württemberg	66	13	29	24
Bayern	54	18	22	14
Berlin	81	26	27	28
Brandenburg	4		2	2
Bremen	16	3	7	6
Hamburg	89	48	19	22
Hessen	45	15	15	15
Mecklenburg-Vor- pommern	17	3	4	10
Niedersachsen	54	9	30	15
Nordrhein-Westfalen	334	53	180	101
Rheinland-Pfalz	13	3	6	4
Saarland	8	3	2	3
Sachsen	31	17	8	6
Sachsen-Anhalt	10	4	5	1
Schleswig-Holstein	11	1	4	6
Thüringen	1	-	-	1
unbekannt	3	-	-	3

Jahr 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
alle HKL	837	216	360	261
darunter:				
Syrien	27	13	2	12
Afghanistan	82	26	18	38
Irak	35	7	11	17
Türkei	56	5	33	18
Ungeklärt	11	4	6	1
Nigeria	17	5	3	9
Iran	27	2	7	18
Somalia	8	3	1	4
Eritrea	9	7	-	2
Georgien	6	1	2	3

Frage 32:

Welche Angaben für das vierte Quartal 2020 bzw. das Gesamtjahr 2020 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern), und warum werden keine Daten dazu erhoben, in welchem Umfang ge- oder verfälschte Dokumente mit falschen Angaben zur Person oder Herkunft verbunden sind bzw. inwieweit die Betroffenen dennoch als schutzbedürftig anerkannt wurden (bitte ausführen)?

Antwort zu Frage 32:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020:

	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Syrien	18.056	16.749	720	587	3,3
Afghanistan	3.160	2.890	191	79	2,5
Irak	5.432	5.144	180	108	2,0
Türkei	1.707	1.579	75	53	3,1
HKL ungeklärt	1.722	1.722	-	-	-
Nigeria	207	121	80	6	2,9
Iran	1.369	1.294	56	19	1,4
Somalia	126	80	28	18	14,3
Eritrea	596	519	59	18	3,0
Georgien	360	325	33	2	0,6
Rest (ca. 150 weitere HKL)	3.891	2.975	784	132	3,4
Gesamt	36.626	33.398	2.206	1.022	2,8

Jahr 2020:

	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Syrien	100.676	95.036	3028	2.612	2,6
Afghanistan	11.228	10.073	831	324	2,9
Irak	28.436	27.125	851	460	1,6
Türkei	7.368	6.847	391	130	1,8
HKL ungeklärt	8.010	8.010	-	-	-
Nigeria	787	425	317	45	5,7
Iran	6.789	6.427	274	88	1,3
Somalia	585	334	177	74	12,6
Eritrea	3.027	2.528	433	66	2,2
Georgien	1.810	1.490	300	20	1,1
<i>Rest (ca. 150 weitere HKL)</i>	21.892	17.198	4.025	669	3,1
Gesamt	190.608	175.493	10.627	4.488	2,4

Zum zweiten Teil der Frage wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 30 der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.